

Vorwärts

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljahr 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-
 Preisliste. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Oesterreich-Ungarn
 2 Mark, für das übrige Ausland
 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 17. März 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Zukunft des Gegenwartstaates.

Das Centrum treibt seit Wochen in der Budget-Kommission des Reichstags eine zielbewusste Obstruktionspolitik: beim Militär- und Marine-Etat stellte es Anträge auf Anträge, die es zum Teil selbst wieder zurückzog, wenn sie ihrem Zwecke, die Verhandlungen zu verschleppen, gedient hatten. Den Hauptimpuls spielte es aber bei der am Mittwoch begonnenen Beratung des Stengelschen Entwurfs einer Reichs-Finanzreform aus. Die Vorlage ist seit dem Beginn der Session in den Händen der Abgeordneten, vor Wochen schon wurde über den Zeitpunkt ihrer Beratung in der Budgetkommission Beschluß gefaßt, und dennoch brachten es die Abgeordneten Müller-Julda, Spahn und Gröber fertig, die Regierung und die Kommissionsmitglieder erst am Dienstagabend mit einem umfangreichen Antrage zu überraschen, worin die Regierung aufgefordert wird, vor dem Beginn der Einzelberatung des Gesetzesentwurfs zunächst erst einmal über die Gestaltung der Reichsausgaben und -Einnahmen in den nächsten zehn Jahren, über die etwaigen Pläne auf dem Gebiete des Meer- und Flottenwesens sowie endlich über die Wirkung der vorgeschlagenen Finanzreform auf das Budgetrecht des Reichstags Auskunft zu erteilen. Diese auffallende Wipfeligkeit des Centrum führte zu einer sehr interessanten Debatte in der Kommission, über die uns folgendes berichtet wird:

Zu der Beratung über den Entwurf eines Gesetzes betreffend Änderungen im Finanzwesen des Reichs wurde die Generaldiskussion eröffnet und Abg. Müller-Julda erklärte namens der Antragsteller: Bevor man an eine Verteilung der sehr wichtigen Vorlage herantreten könne, müsse die Regierung noch mehr Material beibringen, denn die Vorlage liefere weder den Nachweis der Notwendigkeit gesetzgeberischer Maßnahmen, noch gestatte sie einen Einblick auf die Zukunft. Der Reichstag müsse wissen, welche Pläne ihm noch bevorstünden und erst daran könne man erkennen, wie sich die nächsten Jahre gestalten würden. Ebenso sei es mit den Einnahmen: man tappe vollständig im Dunkeln darüber, welchen finanziellen Effekt der neue Zolltarif haben werde. Jetzt sei erst ein Handelsvertrag (mit Italien) abgeschlossen, aber auch dieser bedürfe noch der Zustimmung des Reichstags. Vor allem thue eine Sicherung des Budgetrechts des Reichstags not. Ohne eine Verhinderung des Materials sei eine Beratung der Vorlage unmöglich.

Der Schatzsekretär v. Stengel erwiderte darauf: In dem Antrage der Centrumspartei werde viel von der Regierung verlangt, dem Schatzsekretär werde da eine kräftige Ferienaufgabe gestellt; es gehöre eine seltene Prophetengabe dazu, alle diese Fragen zu beantworten. So solle er sagen, wie es in den nächsten 10 Jahren mit der Reichs-Stempelsteuer stehen werde; das hänge doch ganz und gar von der Konjunktur ab, und wenn er diese vorauswissen könnte, dann wäre er in ganz kurzer Zeit der reichste Mann der Welt. Er werde versuchen, den gestellten Anforderungen zu genügen und hoffe, daß es gelingen werde, der Kommission bis nach der Osterpause eine Fülle von Material zu unterbreiten; Vorarbeiten seien bereits im Gange. Beim schwankenden Charakter der Reichseinnahmen seien die Aufstellungen sehr schwer, aber doch nicht ganz unmöglich, und man müsse in der That einmal sich ein Bild von der Dede machen, nach der es sich dann strecken heiße. Im Detail möge man manches an der Vorlage tabeln, aber im Ganzen sei sie doch wohl dankenswert; er hoffe auf eine Verständigung vor Abschluß des Etats für 1904.

Abg. Dr. Paasche belämpfte den Antrag Müller-Julda. Es sei besser gewesen, wenn das Centrum rundweg Absehung der Vorlage von der Tagesordnung beantragt hätte. Was sein Antrag verlangte, das könne kein Staatssekretär sagen: eine Antwort ließe entweder auf wertlose Konjekturen hinaus oder müsse etwas ver-raten, was geheim zu halten sei. Abg. Müller-Julda habe selbst einmal mit einer weitläufigen Aufstellung über die Gestaltung der Veteranenbeihilfe in 20 Jahren elend Schiffbruch gelitten und auch beim Flottengesetz habe sich die Gefahr von Plänen auf lange Zeit gezeigt. Die Entwürfe des neuen Zolltarifs seien ganz unsicher, da niemand wissen könne, was für Zustände wir den Russen machen müßten. Ebenso sei es bei den Verbrauchsabgaben: zur Zeit bestöhe eine lebhafteste Temperenzbewegung und der Branntwein-Konsum gehe zurück, aber man könne gar nicht wissen, ob die Schnapsfässer nicht wieder zahlreicher würden; schließlich sei auch die Witwen- und Waisenversorgung herangezogen worden, über die noch nicht einmal ein Gesetzesentwurf vorliege.

Abgeordneter Sebel, der danach zum Worte kam, nützte die Situation in folgender Weise: Als ihm neulich der Kanzler die Frage entgegengeworfen habe, wie es im Zukunftsstaat aussehen werde, da hätten die Herren im Centrum dem Frager Beifall gezollt und seien von seiner, Sebel's, Antwort gewiß sehr un-befriedigt gewesen, daß er das nicht wisse und nicht wissen könne. Am Dienstagabend habe ihm aber der Antrag Müller-Spahn zehn Minuten reinster Freude verschafft; er habe sich schon im voraus darauf gefreut, wie der Staatssekretär die Frage nach der Zukunft des Gegenwartstaates beantworten werde. Darin müsse man dem Schatzsekretär beistimmen: diese Fragen könnten nicht beantwortet werden und so weit sie es doch würden, hätten die Antworten keinen Wert. Beim Flottengesetz seien ähnliche Fragen gestellt worden, aber von den Aus-künftigen entspräche kaum noch etwas der Wirklichkeit. Habe man etwa die große Krise vorausgesehen, die den ganzen Finanzstand ver-ändere? Jetzt scheine man einer Prosperitätsperiode entgegen zu gehen, aber auch die werde wieder von einer Krise abgelöst werden; etwas Bestimmtes könne davon niemand wissen. Auch der Abg. Paasche habe gewiß zu denen gehört, die sich neulich über die Frage des Grafen Bülow geäußert hätten — jetzt sei es sehr gut, daß er den Antrag Müller-Spahn so heftig belämpfe. Das läme uns sehr zu statten, und wenn man im Plenum oder in der Agitation einmal wieder mit jener berühmten Frage komme, dann würden wir uns auf diese Verhandlung berufen.

Abg. Richter ging in der Kritik der Anträge nicht so weit, sondern betonte, daß in der That noch nähere Auskünfte gegeben

werden müßten; solche habe man auch früher schon verlangt. Wenn das so ganz unmöglich wäre, dann dürfe man mit einem solchen Befehl überhaupt nicht kommen. Die Finanzlage sei nicht nur im Reich sondern auch in den Einzelstaaten dunkel und unsicher. Ueber die zukünftigen Zolleinnahmen wisse man um so weniger, weil hohe Zollsätze oft zu einer Verminderung der Einnahmen führten. Die Situation sei genau so, wie 1870: damals wollte man durch die clausula Francienfrei verhindern, daß die Mehreinnahmen für Meer und Marine aufgewendet wurden. Die Fragen seien an sich auch deshalb berechtigt, weil die Treibereien für eine Flottenvermehrung schon wieder eingeleitet hätten; der Bundesrat müsse doch wissen, wie es darum stehe. Dazu käme dann noch die Meeresvermehrung, die Umbewaffnung der Artillerie und andres, wie die voraussetzliche Steigerung des Reichs-zuschusses zu der Alters- und Invaliditätsversicherung. Die Vorlage erwecke den Verdacht, daß man neue Verbrauchsabgaben vorbereiten wolle; da solle man aber lieber erst einmal die bestehenden revidieren, z. B. die Raufraumsteuer, die ganz im Verfall sei. Nach allen Richtungen hin tappe man noch im Dunkeln.

Schatzsekretär v. Stengel befuhrwortete nochmals seine Finanzreform und bemerkte u. a.: In der neueren Zeit begegne man der Auffassung, die Einzelstaaten müßten durch ungedeckte Militär-lieferungen für die Einführung direkter Reichssteuern müde gemacht werden. Daran sei gar nicht zu denken. Vom Standpunkte des Reiches aus würde er es auch für bedenklich halten, einen solchen Druck oder Zwang auszuüben. Bei der Schaffung der Verfassung im Jahre 1867 hätten die Verhältnisse ganz anders gelegen. Miquel selbst sei von seiner Vorliebe für direkte Reichssteuern zurückgekommen, als in Preußen das Steuersystem reformiert wäre.

Damit ist die Erörterung der Reichsfinanz-Reform zunächst erledigt. Ob es nach den Osterferien etwas damit wird, läßt sich bei der zweifelhaften Haltung des Centrum weder bejahen noch verneinen. Den agitatorischen Wert des ersten Teils der Erörterungen aber werden unsre Genossen auszunutzen wissen. So ist denn diese Debatte wenigstens zu etwas gut gewesen. —

Politische Uebersicht.

Berlin, den 16. März.

Im Reichstage

nahm den größten Teil auch der Mittwoch-Sitzung das Kapitel „Technische Institute der Artillerie“ in Anspruch. Genosse Zubeil, der als erster Redner zu Wort kam, lieferte eine gründliche Kritik der Arbeiterverhältnisse in den Militär-werkstätten. Seitdem sich die Finanzlage des Reiches verschlechtert hat, hat man kein besseres und wirksameres Mittel gefunden, sie zu verbessern, als die Löhne der dort beschäftigten Arbeiter herabzubrüden und bei erhöhten Anforderungen an die Leistungsfähigkeit der Institute die Zahl der Arbeiter zu vermindern. Man hat diese Gelegenheit auch benutzt, um Arbeiter, die sich in irgend einer Beziehung mißliebig gemacht haben, zu entlassen, selbst wenn sie schon Jahrzehnte lang im Staats-betriebe thätig waren und Kraft und Gesundheit geopfert hätten. Man ist sogar davor nicht zurückgeschreckt, durch Spitzel zu ermitteln, ob einer der Arbeiter Sozialdemokrat ist, um auch ihn dann aufs Pfaster zu werfen. Unter diesen Uebelständen leidet nicht nur die Spandauer Arbeiter-schaft, sondern genau ebenso die in Erfurt und in den Pulver-fabriken in Hanau. Und noch viel trauriger ist die Lage der Schreiber in diesen staatlichen Instituten, die selbst bei größter Arbeitsleistung und längst ausgebeuteter Arbeitszeit einen zum Leben ausreichenden Lohn nicht verdienen können. Der konservative Abgeordnete für Potsdam, Herr Pauli, den Zubeil öfters als den „schlichten Mann aus der Werkstatt“ apostrophiert hatte, fühlte sich bewogen, der Militärverwaltung seine volle Zufriedenheit auszusprechen. Dabei hatte er gestern selbst eine ganze Reihe von Klagen vorgebracht, und der Vertreter des Bundes-rats, Generalmajor Sigt v. Armin, hatte heute die Kritik unsres Genossen Zubeil in weitem Umfange als berechtigt anerkannt. Er befähigte auch, daß man die Staatsarbeiter mit den Bülow-Reden belästigt habe, obwohl sonst jede Agitation in der Werkstatt bei Strafe der Entlassung verboten ist. Herr Pauli, gegen dessen Wahl bekanntlich ein wohlnotierter Protest vorliegt, hatte den traurigen Mut, sich mit seinem Reichstagswahl-siege zu rühmen. Nebenbei brachte er die dumme Verleumdung vor, — den Aus-druck „Verleumdung“ gebrauchte der Vicepräsident Dr. Paasche selbst dafür — daß unsre Genossen nur zu dem Zwecke Agitation treiben, sich ihre Taschen zu füllen. Als Genosse Singer dies gebührend charakterisiert und Beweise verlangt hatte, erzählte Herr Pauli zwei Märchen über die Genossen Zubeil und Herbert, für die er als Ge-währsmänner den klugen Landtags-Abgeordneten Hammer und den Biedermann Pfarrer a. D. Krösel hat. Erstreulicher-weise waren die betreffenden Genossen im Hause anwesend und konnten auf der Stelle das Unwahre des Vorwurfs nach-weisen. Aber wie viel Agitationsreden mögen die Herren von der Rechten auf dem Lande damit schon gearbeitet haben!

Eine kurze Diskussion knüpfte sich dann noch an die be-kannte Affäre der Bouillon-Quelle in Reg., die der Ab-geordnete Gröber von neuem aufrollte. Sonst wurde der Militär-etat ohne Debatte zu Ende geführt.

Um so lebhafter ging es bei den folgenden Wahl-prüfungen zu. Zunächst benutzte die Mehrheit die Prüfung der Wahl des Präsidenten Grafen Vallestrom, um diesem eine Ovation darzubringen. Nachdem dann eine größere Anzahl von Wahlen, nach den

Kommissionsanträgen, für gültig erklärt oder zwecks weiterer Beweiserhebung zurückverwiesen wurden, kam der Antrag der Kommission auf Ungültigkeitserklärung der Wahl des Genossen Buchwald-Altenburg zur Debatte. Bekanntlich soll das Mandat deswegen kassiert werden, weil der Gegenkandidat, Herr v. Bödau, dem altenburgischen Minister ein zu extremer Agrarier war, als daß er ihn hätte unter-stützen wollen. Dieser Wegfall der amtlichen Wahlbeeinflussung zu ihren Gunsten erschien den Herren von der Rechten, die daran gewöhnt sind, so ungeheuerlich, daß sie daraus eine Beeinflussung zu Gunsten unsres Genossen Buchwald konstruieren. Mit den zwingendsten Gründen wiesen Genosse Fischer auf Grund der Akten, Genosse Stücklen auf Grund eigener Kenntnis der Vorgänge das Unsinnige dieser Behauptung nach. Vergebens traten auch die freisinnigen Abgeordneten v. Gerlach und Dr. Wiemer für das klare Recht unsres Genossen ein. Die Mehrheit aber war entschlossen, Recht vor Recht gehen zu lassen und die Wahl des Sozialdemokraten zu kassieren. Selbst einen Antrag auf Rückverweisung an die Kommission lehnte die Mehrheit ab. Es konnte niemand überraschen, daß in der namentlichen Abstimmung die Wahl mit 121 gegen 86 Stimmen kassiert wurde. Den Zweck, uns das Mandat zu rauben, dürften die Herren aber keinesfalls erreicht haben.

Donnerstag: Zweiter Nachtrags-etat für Südwestafrika und Marine-Etat.

„Kulturfrieden“.

Die diesmalige Beratung des preussischen Kultusetats, die am Mittwoch im Abgeordneten-hause begann, wurde zu einer feierlich drohenden Kundgebung des „Kulturfriedens“ zwischen Protestantismus und Ultramontanismus benutzt. Die Rationalliberalen und Konser-vativen erwießen dem Reichstagsler Graf Bülow den Gefallen, daß er sich über seine weise, tolerante, gerechte — und der Himmel weiß, was sonst noch — Kirchenpolitik äußern konnte. Darum mußten der protestantische liberale Gottesdiener Hadenberg und Herr Heydebrand von der Laa besorgte Klagen anstimmen, ob man nicht den Katholiken allzu weit entgegen käme. Die Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes, welcher die Ausweisungsbefugnis be-seitigt, und des Verbots katholischer Schülervereinigungen (der „Marianischen Kongregationen“) bildeten den Vorwand der evangelischen Beschwerden. Es war selbstverständlich dem Herrn Porsch vom Centrum ein Leichtes, diese windige Kulturkampfsucht zurückzuweisen. Denn die Aufhebung von Ausnahmegesetzen ist natürlich keine Ver-zugung des Centrum. Im übrigen aber thaten die Liberalen und Konservativen eben nur so, als ob sie den Katholiken zu Leibe gehen wollten, aus der alten Wohnstube, ihr evangelisches Gewissen zu salbieren, um dem neuen Bedürfnis, durch elliches Gelärm den definitiven Kulturfrieden etwas auffälliger zu gestalten. Des-halb redete man davon, daß die Gemüter über den Ablauf des Jesuitengesetzes beunruhigt seien, und sprach sogar von Geistes-freiheit. In Wirklichkeit hat der Protestantismus und der Liberalismus längst vor der katholischen Kirche kapituliert. Niemand verlangt mehr Trennung des Staates von der Kirche, niemand die weltliche Schule. Die Religion muß eben — auch nach liberaler Anschauung — dem Volke erhalten werden. Höchstens findet man es lästig, wenn die „höheren“ Schichten allzu sehr dogmatisch eingezwängt werden. Ohne solche positiven Kulturforderungen aber ist alles Kulturkampfs-gerassel Schwindel. Man hat jetzt keine Zeit, die „heiligsten Güter der Menschheit“, nämlich die religiösen Weltwahrheiten im Streit der Konfessionen zu schützen, man predigt Toleranz, Parteilichkeit, weil über diesen heiligsten Gütern noch heiligere stehen, nämlich der Konfessionslose Profit! Hier finden sich Lutheraner und Katholik, Reformation und Gegenreformation, Thomas von Aquino und die „kölnische Zeitung“, Porsch und Hadenberg.

So lang denn auch durch die Debatten die Lösung: Was kümmern uns die religiösen Unterschiede, wir müssen in diesen „schweren Zeiten“ einig sein, einig gegen die gemeinsame Gefahr, die Sozialdemokratie. Das sagt auch Graf Bülow, der gekommen war, um dem Jesuitengesetz gegen die grimmigen Feinde vom evangelischen Bunde, die es durchaus wieder ausbuddeln wollen, eine längere, staatsmännische Leichenrede zu halten. Er sprach natürlich wieder „mittlere Linie“, demonstrierte mit Stolz seine Unabhängigkeit vom Centrum, bekannte sich — Gott, wie modern! — zu dem Princip der Geistesfreiheit, der Toleranz wies einerseits herikalische Angriffe auf die Souveränität des Staats energisch zurück, meinte, daß man geistige Bewegungen nicht mit Zwangs-gesetzen unterdrücken könnte, und forderte andererseits den Zusammen-schluß gegen den gemeinsamen Feind, gegen die sozialdemokratische Gefahr, zu deren Verbreitung er bereit ist, wie das Weiblein zu Süssens Scheiterhaufen, Reisig herbeizuschleppen.

Nachher bestieg man den frühlichen Kulturfrieden bei einer ausgedehnten Weinprobe, zu der sich die Herren rechts und links und in der Mitte zusammenfanden. Man hat Frieden auch mit der „Kultur“ des Merkantilismus geschlossen — denn der Sozialdemokrat steht vor den Thoren!

Am Donnerstag wird die Debatte fortgesetzt. —

Salali!

Der große Wurf ist gelungen. Das Deutsche Reich läßt seiner nicht spotten, — von rechtlosen Gästen; es weiß sich seiner Haut zu wehren — gegen wehrlose freiheitsbegeisterte Jünglinge; es weiß seine Würde zu wahren — gegen beschämteste Männer und Frauen, die ihre Ehre und Menschenwürde, obwohl nur Gäste, zu verteidigen wissen. So führte Graf Bülow seine Klinge, ein Haisstiff der deutschen Großmannsdacht: wie polizeioffiziös gemeldet wird, ist eine größere Zahl von Russen, insbesondere

Studenten aus Preußen ausgewiesen worden, die sich als Einberufer, Leiter und Redner an der Protestversammlung vom 5. d. M. beteiligt haben.

Bisher sind 12 Fälle gemeldet.

Da sich aber 428 Russen und Russinnen bei uns „manig gemacht“ haben — um in dem Edel-Stil des mecklenburgischen, auf Reichskosten in Rom vorübergehend klassisch gebildeten Junkers Wilow zu sprechen, so werden noch 416 nachfolgen. Graf Wilow hat's gesagt; und da es sich nicht um Kanakrebelln, Kühnemannn, Soldatenschinder, Krenberge und Jesuiten handelt wird's wahr werden.

Die offiziöse Notiz verleiht schon die vorläufige Wahrheit. Silberfarb ist — das leuchtet die Lieberpolizeilichkeit unsrer Universtität — schon vor über einer Woche religiös. Silberfarb ist unter den Ausgewiesenen. Was? Er war nicht Einberufer, Redner oder Leiter der Versammlung! Silberfarb ist ausgewiesen — jemu, weil eben der Jude verbrannt werden mußte.

Man verdächtigt und beleidigt Fremde, unsre Gäste. Die Gäste verteidigen sich maßvoll und zurückhaltend, aber mit würdevollem Nachdruck. Ob dieser Verteidigung werden sie offiziell beschimpft und verhöhnt und bedroht, sie, die wahrscheinlich in ihrem kurzen Leben alleamt schon mehr Gefahren durchlebt, mehr Mannedmut zu beweisen gehabt haben, als Graf Wilow, Freiherr v. Rasthofen, die Polizei-Offiziere und die mannhaften Vertreter des Teutstums in der „Vossischen“ und im „Tageblatt“ in ihrem ganzen, hoffentlich recht langen Leben jemals haben werden. Eine neue Abwehr von 428 mutigen Männern und Frauen, die sich vor Spitzeln und Polizei nicht scheuen, in öffentlicher Versammlung ihre Entrüstung gegenüber dem höchsten deutschen Beamten anzusprechen, von denen sich an dreihundert nicht abhalten ließen, ihre Namen der Öffentlichkeit und den deutschen Schergen noch ausdrücklich nachträglich preiszugeben.

Wie wird diese lächerliche That in Deutschland aufgenommen? Wenige weiße Raben der Zivilisation wissen den Heroismus, die Tiefe des sittlichen Empfindens zu würdigen, aus denen diese Kundgebung, die die Menschwürde anbelehrt, erwachsen ist. Im übrigen Jammer und Dede. Kein 30-jähriger Krieg kam die deutschen Fluren so veröflichten, wie der russisch klingende Kapitalismus, wie das feine Baudruschen vor der Kunde das sittliche Empfinden unsres Bürgeriums verwüstet haben. Das „Berliner Tageblatt“ demütigt und apportiert im Morgenblatt vom 15. März die Manifestanten zur Ausweisung. Nirgends ein Wort des Freimuts; jämmerliches Schweigen.

Und die Ausweisungen erfolgen — mit Frist von acht Tagen: Was Wunder? Bei solchem Bürgerium, solchem „Liberalismus“ sogar, sollte die Polizei ängstlich zurückzucken?

Und die Schmach wird voll: Auch über die Gewaltthat der Ausweisungen nirgends, außer bei jenen weißen Raben, ein Wort der Entrüstung, der Abwehr, der Mißbilligung auch nur!

Daß die Offiziere die Verteidiger ihrer Ehre als „zuchtlose Elemente“ bezeichnen und die Frist von 8 Tagen schon als Ausfluß weidlicher Humanität mißbilligen, versteht sich am Rande.

Und die so überaus arische „Lante Boh“ erschöpft gestern abend ihren ganzen Männerstolz vor Jarenthronen in gewaltiger Kraftanstrengung in dem launigen Gossingsumfische, die Regierung werde den Ausweisungsbefehl denen gegenüber zurücknehmen, „die nachträglich zur Besinnung kommen und ihr Vorgehen bereuen“. Die Scham ist wahrlich zu den Hunden geflohen.

Wir vermögen die Ausweisungen nicht zu bedauern um der Ausgewiesenen willen — sie schütteln als Sieger, als Märtyrer der Humanität den Staub der preussisch-russischen Reaktion von den Füßen. Jammer und Schande aber dem Deutschen Reiche, das im zwanzigsten Jahrhundert der Tummelplatz solcher Ausschweifungen politischer und moralischer Verfalls sein muß.

Dem Grafen Wilow aber, dem Kanzler und Werteweltphilosophen, dem bescheidenen Schüler des großen Slagiriten und dem gelehrigen Schüler des weißen Zaren widmen wir ein paar Verschen ins Stammbuch, die ihm schon von einer Montagszeitung jüngst gewidmet waren:

„Ich ward ein Zwitter, ein Mittelding,
Das weder Fleisch noch Fisch ist.
Das von den Extremen unsrer Zeit
Ein närrisches Gemisch ist.“

„Ich bin nicht schlecht, ich bin nicht gut,
Nicht dumm und nicht gekweute,
Und wenn ich gestern vorwärts ging,
So geh' ich rückwärts heute.“

„Ein aufgeklärter Obskurant,
Und weder Hengst noch Stute,
Ja, ich begehrte mich zugleich
Für Sophokles und die Knete.“

Deutsches Reich.

Die Weisheit der Gebildeten.

Die Breslauer „Vollswacht“ veröffentlicht ein vertrauliches Rundschreiben, das sich „eine Anregung zur Gründung eines Vereins zur Herbeiführung einer Reform des Reichstags-Wahlrechts nennt und dessen Zweck ist, einen „Petitionssturm“ zu entfachen, in dem das deutsche Volk sich selber die Vernichtung seines politischen Grundrechts erbitteln soll.

Das Krause Machtwort ist an sich belanglos, verdient aber als Dokument der Geistesverfassung einige Beachtung, in der sich die Elemente befinden, die Anspruch darauf haben, die Welt der „Bildung“ zu repräsentieren, die freilich nur die Bildung von Besitz darstellt.

Die „Anregung“ entwirft zunächst ein Bild von den Wirkungen einer sozialdemokratischen Reichstags-Mehrheit. Die Sozialdemokraten würden dann nichts Besseres zu thun haben, als sich selbst — umzubringen. Sie würden nämlich das Vaterland wehrlos machen und dadurch eine russische Fremdherrschaft veranlassen. Diese Fremdherrschaft würde niemanden gefallen.

„Aber das eine Gute würde eine russische Okkupation uns wohl bringen, nämlich ein gründliches Aufräumen mit der Sozialdemokratie und dem, was sie großzog, dem allgemeinen Wahlrecht, der Press- und Redefreiheit usw.“

Die Sozialdemokratie verfolgt also das Ziel, den russischen Zukunftsstaat der heute herrschenden Klassen bei der ersten besten Gelegenheit herbeizuführen. Man versteht nicht, warum der Verfasser dieses Schriftwerkes nicht den Tag herbeiführt, da die Sozialdemokratie die Mehrheit hat.

Einmal in Ausland angelangt, feiert der Gebildete — in einem lichten Augenblick, in dem er sieht, was ist — eine russisch-deutsche Alliance:

„Jedenfalls wird niemand unsern bedrohten Fürsten bedenken, wenn sie sich nicht geduldig den Strid um den Hals legen lassen, sondern sie sich bei Zeiten gegen revolutionäre Bewegungen durch Allianzen mit andern gleichfalls bedrohten Fürsten schütten würden; ein Vorgehen, mit dem alle Gebildeten im Volke herzlich einverstanden sein werden, umso mehr, als durch eine derartige russisch-deutsche Alliance die Gefahr eines russisch-französischen Angriffs auf Deutschland so gut wie beseitigt wäre.“

Hier scheint der „Gebildete“ aus der Schule zu schwagen! Der Verein zum Umsturz des Wahlrechts soll den Vertrag und die Täuschung zum Fundament seiner Organisation machen:

„Die Gründung des Vereins müßte von angesehenen Männern aller Parteien und Konfessionen ausgehen, in erster Linie aber von einflussreichen Katholiken, dann von Professoren, Lehrern, Ab-

geordneten der Einzelstaaten, Bürgermeister, Rerzten, Richtern, angesehenen Bürgern, Hofbesitzern, vor allem aber müßte man den Mittelstand, Handwerker, Bäcker, Bauern usw. zu gewinnen suchen. — während adelige, konservative Herren, Beamte und Offiziere sich bei der Gründung eines solchen Reform-Vereins etwas zurückhalten sollten, damit dem Verein nicht nachgesagt werden kann, daß er eine reaktionäre Sache sei.“

Keinesfalls müßten Reichstags-Abgeordnete dem Verein angehören, weil diese Herren ihre Wahl dem allgemeinen und geheimen Wahlrecht verdanken und in den Wählerversammlungen zu oft gedrängt worden sind, Erklärungen zu Gunsten des allgemeinen und geheimen Wahlrechts abzugeben.

Ebenso wenig darf man von der Presse eine erhebliche Unterstützung des projektirten Vereins erwarten, denn trotzdem mancher Zeitungsbesitzer, selbst von freisinnigen Blättern, im stillen Kämmerlein das jetzige Wahlrecht lieber zu allen Teufeln gewünscht haben wird, so wird kaum ein Blatt, selbst konservativer Richtung existieren, das schon, um im Wahlkampf die Kandidaten seiner Partei zu unterstützen, sich nicht für das jetzige Wahlrecht hat engagieren müssen; außerdem wollen die Blätter so viele Abonnenten wie irgend möglich haben, und da neun Zehntel aller Blätter auch auf die breite Masse rechnen, so darf doch in diesen Blättern nichts gesagt werden, was die breite Masse verlegen könnte.

Die Mitgliederlisten müssen geheim gehalten werden, um Nachhaken der Sozialdemokratie zu vermeiden.

Der Verein müßte einige talentvolle Sekretäre gegen Honorar engagieren, um eine permanente Agitation durch Schriften und durch Einsendungen an die Presse im Gange zu halten.

Versammlungen zu arrangieren, wäre wohl bedenklicher, weil die Soci solche Versammlungen schon zu stören wissen würden, und weil auch der ruhige Bürger eine berechtigzte Scheu haben wird, Versammlungen zu besuchen, in denen er Brutalitäten und Prügeleien ausgeübt ist.

Dahingegen wären folgende Agitations-Methoden, vorausgesetzt, daß die dafür erforderlichen großen Mittel vorhanden sind, zu erwägen:

Man sollte eine Massen-Petition an den Reichstag in der Art in Scene setzen, daß man möglichst vielen Wählern eine Petition an den Reichstag ins Haus schickt. Das ließe sich in verschiedener Weise bewerkstelligen, unter anderem so, daß man außer in den hoffnungslosen städtischen Arbeiterquartieren solche Flugblätter mit der Petition Haus bei Haus durch sichere Leute (wenn solche zu haben?) abreißen und nach einigen Tagen die Petitionszettel abholen ließe.

Da aber zuverlässige Leute schwer zu haben sind, so wäre es wohl einfacher, man verschickte die Flugblätter mit der Petition gelegentlich als Beilage durch stark gelese Zeitungen. Die sozialistischen Zeitungen werden sich natürlich weigern, solche Beilagen zu bringen, aber alle andern Zeitungen bringen doch aus standlos jede Annonce, also warum nicht auch diese?

Als „talentvollster“ Sekretär dürfte sich wohl der Autor der „Anregung“ empfehlen, der denn „gerade heraus“ erklärt, „daß wir, die gebildeten und besitzenden Massen nicht gewillt sind, uns von den ungebildeten Massen, auch wenn sie numerisch die Ueberzahl haben, unterjochen zu lassen“. Die „ungebildeten Massen“ des brutalen Besitzes werden in dem Maße aufhören, numerisch die Ueberzahl zu haben, als die sozialistische Bildung fortschreitet. Politische Analphabeten, wie der Verfasser des vorliegenden Schriftstückes, sind allerdings nicht wert des Wahlrechts.

Am Wahlrecht werden folgende „bescheidene“ Aenderungen vorgeschlagen:

1. die Wahl, wie Bismard anfänglich vorschlug, öffentlich zu machen;
 2. das Wahl-Alter auf 30 Jahre heraufzusetzen und
 3. eine zwei- bis dreijährige Sehaftigkeit im Wahlbezirk und
 4. Wahlpflicht zu stipulieren.
- Erachtet das nicht genug, so könnte man
5. das System der Zusatz-Stimmen, wie in Belgien, einführen.
 6. wäre sehr zu erwägen ein von anderer Seite gemachter Vorschlag, die Zahl der Reichstagsmandate um ein Drittel zu vermehren und dieses Drittel von Handels- und Landwirtschaftskammern, Hochschulen, Gewerkekammern, von der Geißlichkeit, den Magistraten und event. von andern Berufsclassen wählen zu lassen.

Dieser Vorschlag hätte unter anderem den großen Vorteil, daß man dann das jetzige Wahlrecht ganz unverändert lassen könnte.

Man könnte den sozialistischen Führern die Form vielleicht etwas verfeinern, indem gleichzeitig Diäten bewilligt würden, nicht zu hohe, und ferner event. dadurch, daß das preussische Wahlrecht etwas liberaler gestaltet würde.

In dieser Weise geht der Ill weiter. „Belehrungen der unteren Klassen könnte man sich eigentlich als aussichtslos sparen“, meint der Gebildete in dem dunklen Gefühl, daß kein Mitglied der „unteren Klassen“ mehr so idiotisch ist, um sich durch derartige Faselien belehren zu lassen.

Zum Schluß wendet sich der Verfasser noch an die „Augen Centrumsführer“, die sich der Einsicht nicht verschließen werden, daß die Sozialisten doch schon erhebliche Eroberungen in gut latholischen Arbeiterkreisen gemacht haben und sogar weitere und erheblichere Eroberungen machen werden.“

Die unternimmende Arbeit der Wahlrechtsüberschwörer ist längst nichts Neues mehr. Jede neue Demonstration aber dieser Sippschaft beweist aufs neue, daß die herrschenden Klassen nicht nur die Privilegien ihres Besitzes, sondern auch ihre Unbildung vor dem Kulturanstreiß der aufgeklärten Massen zu schützen trachten. Sie fühlen eben, daß ihre geistigen Fähigkeiten in keinem Verhältnis zu der Rolle stehen, die sie im Staate spielen. Deshalb wollen sie die politische Bildung gewaltsam an jeder Betätigung hindern. Sie fürchten die proletarische Konkurrenz. —

Wenn man der Regierung vertraut!

Aus München wird uns geschrieben:
Die von dem Kriegsminister v. Aisch über den Fall Eras-Dr. Pichler am Montag abgegebene Erklärung hat am nächsten Tage eine sehr gefasene Entgegnung Pichlers und ein förmliches Mißtrauensvotum der gesamten Centrumspartei zur Folge gehabt. Bei einer objektiven Betrachtung dieser Vorgänge wird man nicht übersehen können, daß Herr Dr. Pichler zweifellos sehr unklug handelte, als er Herrn v. Aisch das Originalschreiben des unglücklichen Eras übergab. So vertrauensselig darf nicht ein Abgeordneter handeln, dessen Partei sich dagegen verwahrt, Regierungspartei zu sein.

Aber dadurch kann das Urteil über das höchst merkwürdige Verhalten des Herrn v. Aisch und über seine noch merkwürdigere Erklärung vom Montag nicht beeinflusst werden. Abg. Dr. Pichler hat mit vollem Recht darauf hingewiesen, daß die Aisch'sche Erklärung zunächst einen bisher noch nicht dagewesenen Eingriff in ein noch schwebendes militärgerichtliches Verfahren bedeutet. Der Einjährige Eras hat gegen das kriegsgerichtliche Urteil Berufung eingelegt, worüber erst Ende dieses Monats verhandelt werden soll. Bisher ist von den Ministern immer betont worden, es sei durchaus unzulässig, irgend eine Kritik über einen Rechtsfall oder über einen Angeklagten und dessen Verurteilung zu üben, so lange das Urteil noch nicht rechtskräftig sei. Und nun durchbricht ein Minister selbst dieses bisher ängstlich gewahrte Prinzip und urteilt in den stärksten Ausdrücken gegen den unglücklichen Eras!

Dazu kommt noch ein andres. Eras kann nach dem Quatzen des militärgerichtlichen Sachverständigen gar nicht beim Militär behalten werden, da er früher schon einmal geisteskrank und deswegen in Anstaltsbehandlung war. Und thatsächlich ist er auch am vorigen Sonnabend pöchtig aus dem Heeresdienst entlassen worden. Er stellte sich am Dienstag in Zivilkleidung Bekannten im Landtage vor. Eras hatte ferner behauptet, er fühle sich den Anforderungen des

Dienstes nicht gewachsen, weil er in seiner Jugend einen Armbruch erlitten habe. Das wurde vor dem Kriegsgericht von den militärischen Sachverständigen bestritten. Nun fürchten aber in Abgeordnetenkreisen neuerdings aufgenommene Röntgenphotographien, aus denen deutlich zu ersehen ist, daß diese Behauptung des Eras den Thatsachen entspricht. Unter solchen Umständen es leicht möglich sein, daß die Berufungsverhandlung vor dem Oberkriegsgericht ein ganz andres Resultat ergibt, als die Verhandlung vor der ersten Instanz.

Zweifellos ist auch, daß Pichler's Behauptung Glauben verdient, er habe nicht annehmen können, daß der Minister den ihm mit einer vertraulichen Anfrage übergebenen Brief ohne sein Wissen und Willen verwerthen werde als corpus delicti für eine strafgerichtliche Verhandlung. Wenn sich Herr v. Aisch verpflichtet fühlte, so vorzugehen, wie er es gethan hat, so hätte Dr. Pichler wohl erwarten dürfen, daß er bei Uebergabe des Briefes darauf aufmerksam gemacht wurde. Uebrigens wurde durch den ultramontanen Parteiführer Dr. v. Daller festgestellt, daß der § 147 des Militär-Strafgesetzbuches, auf den sich der Kriegsminister beruft, nur die Fälle dienstlicher, niemals aber privater Kenntnisaufnahme umfaßt.

Dr. v. Daller gab im Namen seiner Fraktion auch die Erklärung ab, das Vorgehen des Ministers werde erachtet als eine Verletzung jenes Vertrauens, das zum geschäftlichen Zusammenwirken zwischen Abgeordneten und Vertretern der Regierung nötig sei. Also ein Mißtrauensvotum in aller Form.

Was der Kriegsminister darauf zu antworten wußte, war gewiß sehr thöricht, konnte aber die Leute nicht überraschen, die seine parlamentarische Unbeholfenheit schon länger aus eigener Anschauung kennen. Er bemerkte, er habe seinen Erklärungen nichts hinzuzufügen und nichts hinzuzunehmen. Doch müßte er betonen, daß er von der Manneszucht in der Armee nicht ein Jota werde hinwegnehmen lassen. Mit der Manneszucht in der Armee hat aber die ganze Sache gar nichts zu thun und alle Verjuche, die Diskussion auf dieses Gebiet hinüberzuspielen, werden völlig vergeblich sein.

Bei der Beratung des Militäretats für das Jahr 1904 sollen die Einzelheiten des Falles Eras noch erörtert werden. —

Mandelstamm. Ueber den jüdischen „Schworer und Verschwörer“ den Graf Wilow mit gepanzerter Faust freigeich aus dem Lande getrieben hat, erzählte Genosin Zekin in der Breslauer Protestversammlung:

„Hut ab vor Mandelstamm! Zweimal ist dieser russische Jude um seiner Ueberzeugung willen in Sibirien gewesen und hat sich dabei als ein Feld benommen. Gemeinam mit einer Anzahl gemeiner Verbrecher wurde er nach den Eiswästen transportiert. Als die schmalen Nationen des Transports durch Unterschlagungen der Schergen noch weiter herabgesetzt waren, beschwerte sich ein Sträfling über die mangelhafte Ernährung. Er wurde auf Befehl des Offiziers erschossen und zum zweitenmal erörnte der Pflichtruf: Hat jemand eine Beschwerde? Wieder trat einer der Armen vor und wieder wurde seine Beschwerde mit Kugeln beantwortet. Da fragte der Offizier zum drittenmal, niemand glaubte, daß noch einer den Mut haben würde, seinem sicheren Tode entgegen zu gehen. Da trat Mandelstamm vor und rief: Jawohl, ich habe noch eine Beschwerde! Der Mut des Mannes handigte selbst die Grausamkeit des Schurken und Mandelstamm entging dem sicheren Tode. Das ist Mandelstamm. Ich behaupte, der Zweig des Geschlechtes derer v. Wilow, dem der Kaiser angehört, hat seit den Tagen des Raubritterthums nicht so viel Heldenmut gezeigt, als der arme russische Jude Mandelstamm.“

Zur Strafe. Aus Magdeburg meldet uns ein Privat-Telegramm: „Die Stadtverordneten von Stendal lehnten es ab, den Oberpräsidenten v. Bötticher zum Ehrenbürger zu ernennen, weil Herr v. Bötticher Bismard gestürzt hat.“

Xun, eigentlich hat doch ein — anderer Bismard gestürzt. Sollten die tapferen Stadtväter Stendals am Ende gar auf Bötticher schlagen, um eine — antimonarchische Demonstration zu riskieren? —

Herans mit der Sprache!

Auf die wüsten Angriffe und schäbigen Verleumdungen gegen die südwesafrikanischen Missionare, die unsre kolonialfreundliche Presse durch Abdruck zahlreicher Brief- und Tagebuchstellen unsrer Südwesafrikaner erhebt, antwortet der „Reichshote“ offenbar als Sprachrohr der den Angegriffenen nahestehenden Missionskreise:

„Man hat in missionarischen Kreisen bisher zurückgehalten, was man über das Treiben der Weissen weiß, wodurch sie die Erbitterung, den Haß und die Rachsucht der Hereros hervorgerufen haben, das wüste Leben der Männer gegenüber den Hererosfrauen, die brutale Behandlung der Hereros, ihre Ausbeutung durch die Händler, die als „Kulturträger“ Schnaps und Kupwaren brachten —, aber wenn man fortfährt, die Missionare in dieser Weise zu verdächtigen, als hätten sie den Hereros ihre Häuser und Kirchen zur Verfügung gestellt, um aus ihnen die Weissen zu beschleichen, dann wird es Zeit, daß die Missionare ihre Zurückhaltung aufgeben und die Haltung dieser gerühmten Kulturträger schildern. Es wird das nötig werden, damit man klar sieht über die Ursachen des Aufstandes, der dem Reiche so viel Geld und Soldaten kostet, und weil auch noch Millionen Karl Entschädigungen für die Verwüstungen der Hereros auf den Farmen verlangt werden. Die deutsche Nation will nicht, daß eine Handvoll Abenteuer in den Kolonien wüste Brutalitäten üben, die Eingeborenen zur Rache erbittern und das Reich dann alles ausbaden soll! Wir wollen wirkliche Kultur in diese Länder bringen — das Beste, was wir haben — und das ist das Christentum, deutsche Arbeit und Sittlichkeit. Sonst lasse man lieber Kolonien Kolonien sein.“

Es ist in der That allerhöchste Zeit, daß die Missionare jetzt endlich die Offenlichkeit über die Zustände in unsrer so „teuren“ Kolonie aufklären. Unbegreiflich und ganz unentschuldig ist nur ihre bisherige „Zurückhaltung“. Daß sie durch Vorstellungen bei der Regierung nichts erreichten, daß die Zustände im Gegenteile immer schlimmer wurden, hätten sie ja schon längst einsehen müssen! Hätten sie schon früher an die Offenlichkeit appelliert, so würde ihnen auch nicht der Vorwurf gemacht werden können, daß sie ihr Schweigen, das sie bis zu einem gewissen Grade zu Risikaldigen gemacht hat, nur deshalb brächen, weil sie selbst angegriffen worden sind! Es hätte weit eher der Würde ihres Berufes entsprochen, wenn sie sofort jedes ihnen bekannt gewordene Unrecht gebrandmarkt hätten, das an anderen verübt würde!

Jedenfalls werden es die Missionare jetzt nicht mehr bei der Drohung bewenden lassen können, wenn sie sich nicht selbst wieder die Achtung verschärzen wollen, die ihnen die Angriffe der Kolonialabenteurer erworben haben! —

Die Zeichnung eines Gedenkbildes für den Hereroskrieg soll der Kaiser bereits in Arbeit genommen haben.

Ferner steht, wie eine Korrespondenz erwähnt, die Stiftung eines Kolonialordens unmittelbar bevor. Der Orden soll in zwei Klassen, eine Kriegs- und eine Friedensklasse, zerfallen. —

„Ein Exempel statuieren.“

Eine Strafexpedition gegen die Graf- Leute in Kamerun, die ein Detachement unter Befehl des Grafen Bülker überfallen hatten, befindet sich bereits im Vormarsch. Die Expedition wird befehligt von dem vorher in Garua stationiert gewesenen und

im Busch erfahrenen Lieutenant Ritschmann. Dazu treten Lieutenant v. Puttlich, Sanitätsarzt Lorenzen, Unteroffizier Denshardt und 35 Mann der Stammcompagnie. Mit gleicher Gelegenheit ist als Nachfolger des Grafen Bückler der Stationsleiter Summey mit 20 Mann Polizei nach Ostfriesland entsandt worden. Bis zur Herstellung geordneter Verhältnisse ist für den Bezirk der Kriegszustand erklärt. Lieutenant Ritschmann hat Befehl, zunächst das nördliche Groß-Her von Feinde zu säubern und die dort bedrohten Punkte zu sichern. — Gleichzeitig hiermit hat der Stationschef und Compagnieführer v. Knobloch in Pomeda, das nur etwa drei bis vier Tagesreisen von Schaaplage der Ereignisse entfernt liegt, den Befehl erhalten, mit einem größeren Teil seiner Compagnie in das aufständische Gebiet einzumarschieren und sich sobald als möglich mit der Kolonne Ritschmann zu vereinigen. Beide Expeditionen sollen dann unter dem Befehle des Oberleutnants v. Knobloch vereint nach Norden marschieren, in Vorho ein Exempel statuieren und das ganze Gebiet nördlich des Grob an der englischen Grenze entlang von Rebellen säubern und ein für allemal unterwerfen. —

Ein Hoflieferant. München, 15. März. (Fig. Ver.) In einer Verhandlung vor dem hiesigen Schöffengericht gegen den kaiserlichen und königlichen Hoflieferanten Dolar Meyer kam es zu skandalösen Enthüllungen. Meyer verlangt einen erheblichen Prozentsatz der Münchener Bevölkerung mit Milch aus seinen Ställen; die Milch wurde aber seit Jahren in gemeiner Weise verfälcht und verunreinigt. Mit Vorliebe benutzte Meyer zur Verdünnung der Milch schmutziges Wasser aus Mädeln, in denen sich die Mädel Hände und Füße wuschen. Das unappetitliche Zeug ließ sich Meyer als Kindermilch teuer bezahlen. Das Schöffengericht erklärte sich für unzuständig und verwies den gemeingefährlichen Pantfänger zur Aburteilung an das Landgericht. Meyer hatte, als seiner Zeit die Sache rührbar wurde und verschiedene Zeitungen von den Milchfälschungen Notiz nahmen, an alle diese Blätter unter Bezugnahme auf § 11 des Preßgesetzes Verächtigungen gefandt, in denen er alles in Abrede stellte.

In der heutigen Sitzung des Magistrats brachte nun Genosse Schmid eine Interpellation ein, in welcher er Aufschluß verlangt, was der Magistrat zu thun gedenkt, um einem derartigen gesundheitsgefährlichen Treiben wirksam entgegenzutreten. In der Verhandlung stellte nämlich der städtische Bezirksinspektor Steigensberger fest, daß die Vorschriften für Milchkontrolle unzulänglich seien. Die den Beamten zur Verfügung stehenden Apparate seien so mangelhaft, daß nur ganz eklatante Fälschungen eruiert werden könnten. Die Milchkontrolle im Stalle sei überhaupt verboten, und Herr Meyer fälschte daher principieel nur im Stalle, wo er vor jeder Kontrolle gesichert war! Die Verantwortung der Interpellation dürfte dem Directorium des Magistrats ziemlich unangenehm sein. —

Sittlichkeits- und Meineidverbrechen eines Unteroffiziers. Der vom Kriegsgericht in Aachen kürzlich wegen Sittlichkeitsverbrechens zu drei Jahren Gefängnis verurteilte Sergeant Wiemann vom Infanterie-Regiment Nr. 20 wurde jetzt von dem nämlichen Gericht wegen Verleitung zum Meineid zu weiteren vier Jahren Zuchthaus verurteilt. Er hatte versucht, einen Soldaten, auf Grund dessen Zeugenaussagen seine erste Verurteilung erfolgt ist, zur Widerlegung seiner Aussagen zu überreden. Der Soldat sollte ausfragen, der Feldwebel, mit dem der Sergeant nicht gut stehe, habe ihn zu der ersten falschen Aussage verleitet; es komme dann, so meinte der Sergeant, zu einem Verfahren gegen den Feldwebel, und er und der Soldat würden schwinden; sie kämen dann frei, gingen zur Bekleidung und die Sache sei erledigt. Der Soldat ließ sich auf das Angebot nicht ein. Das Gericht ging weit über den Antrag des Anklägers hinaus, der nur zwei Jahre Zuchthaus beantragt hatte. —

Ausland.

Oestreich-Ungarn.

Der Märzgang der Wiener Arbeiterschaft hat am Sonntag unter Beteiligung von 25 000 bis 30 000 Mann stattgefunden. Die jugendlichen Arbeiter, die Turner, Touristen und die Radfahrer bildeten besondere Gruppen. Die Polizei hat sich von Jahr zu Jahr mehr und mehr von den demonstrierenden Arbeitern zurückgehalten, und somit ging der Umzug in aller Ruhe vor sich. Die Massen bewegten sich hinaus nach dem Central-Friedhof, wo auf den Gräbern der gefallenen Achtundvierziger Kränze niedergelegt wurden; die Zahl der letzteren betrug 137. Auf dem Friedhofe hielten die Abgeordneten Dr. Ellenbogen, Rieger und einige andre Genossen begeistert aufgenommene Ansprachen. —

Frankreich.

Die gänzliche Beseitigung der Kongregationschulen. In der Kammer hat am Montag die Debatte über das Gesetz, betreffend das Unterrichtsverbot für die Kongregationschulen begonnen. Der grundlegende Artikel I des Gesetzes lautet: Die Erteilung von Unterricht jeder Art ist in Frankreich den Kongregationen verboten. Die Merikalen und Rationalisten versuchten alles Mögliche, um noch etwas für die Ordensbrüder zu retten. Es wurden Amendements gestellt, wonach den Ordensbrüdern der höhere Unterricht, ferner der Unterricht in den Gewerbe- und landwirtschaftlichen Schulen vorbehalten bleiben sollte; ein anderer Antrag verlangte, daß in Gemeinden von 500 Einwohnern, in denen Mädchen-schulen nicht existieren, die Kongregationen weiter unterrichten dürfen. Alle diese Anträge wurden abgelehnt. Dagegen läßt der Wortlaut des Artikel I wohl die Möglichkeit zu, daß die Kongregationen sich in den französischen Kolonien niederlassen können. Die Diskussion über den Entwurf wird weitergeführt. —

Norwegen.

Ein antimilitaristischer Beschluß hat das norwegische Storting am Sonabend gefaßt, indem es nach einer fünf Sitzungen dauernden Debatte mit 65 gegen 51 Stimmen beschloß, die Bataillonsübungen der Linie in diesem Jahre ausfallen zu lassen und ein dementsprechendes Gesetz dem Kronprinzenregenten zu übermitteln. Damit hat das Storting sich dafür ausgesprochen, daß die von der Regierung und ihrer Partei so warm empfohlene Sparmaßregel im Staatshaushalt auch ein wenig auf das Militärwesen übertragen wird. Der Kriegsminister war freilich nicht dafür zu haben und meinte: „Es streitet gegen die Würde des Landes, vom Gesetz befohlene Militärbildungen einzustellen.“ Bemerkenswert ist, daß der von Arbeitern gewählt, und auch sonst für Arbeiterinteressen eintretende Demokrat Kasperberg für die Bataillonsübungen sprach und sich, ebenso wie der konservative Lagerup-Pull, auf die bei der letzten Militärdebatte im Deutschen Reichstag von Genossen Webel gehaltenen Versicherungen über die Bereitwilligkeit der Socialdemokraten zur Verteidigung des Vaterlandes berief und den norwegischen die deutschen Socialdemokraten als die reinsten patriotischen Musterknaben gegenüberstellte, ein Verfahren, das bekanntlich in Deutschland von den Vertretern der herrschenden Klasse mit den französischen Socialdemokraten gegenüber denen des eignen Landes angewandt wird. —

Rußland.

Das Schreckensregiment in Rußland.

In Petersburg sind vier (nach amtlicher Version nur drei) Todesurteile gegen Socialisten gefällt. Es handelt sich um Mitglieder der russischen Partei der socialistischen Revolutionäre. Diese Partei hat vor einigen Wochen eine Proklamation erlassen, worin mit aller Schärfe eine Niederlage des Parlements für unaußenwärtig erklärt und der wehrpflichtige Teil der Bevölkerung aufgefordert wurde, durch Dienstverweigerung, Desertion usw. das Seinige dazu beizutragen. Daraufhin erschien im russischen „Staatsanzeiger“ eine Ausrufung, wonach von jetzt ab die bloße Zugehörigkeit zur Partei der socialistischen Revolutionäre mit

dem Tode am Galgen bestraft werden soll. Die jetzt gefällten drei Todesurteile, von denen nach amtlicher Version zwei schon vollstreckt sind, wären also die erste Anwendung dieser unerhört barbarischen Maßregel. An der Version der russischen Telegraphenagentur fällt aber zweierlei auf, erstens: daß nur von drei Verurteilten die Rede ist (den vierten scheint man also in aller Stille begnadigt zu haben), und zweitens, daß von dem bekanntesten und aufscheinend hervorragendsten der Verurteilten, Hauptmann Gersjun, behauptet wird: Das Urteil gegen ihn sei deshalb nicht vollstreckt worden, weil er kniefällig um Gnade gefleht und gebeten habe, als einfacher Soldat den Krieg in Ostasien mitmachen zu dürfen. Letztere Meldung ist mit größter Vorsicht aufzunehmen; sie hat das Aussehen eines laienhaft russischen Tendenzmärchens, das den gefangenen Revolutionär in den Augen seiner eigenen Genossen verächtlich machen und zugleich die Wirkung jener von den socialistischen Revolutionären unter das Volk gestreuten Proklamation abschwächen soll. —

Vom Kriegsschauplatz.

London, 16. März. „Daily Telegraph“ meldet aus Tschifu: Nach russischen Meldungen sind 18 japanische Spione am 13. d. Mts. in dem Dorfe Sabanglin bei Port Arthur gefangen genommen worden, wo sie während des Bombardements vom 10. d. Mts. von der japanischen Flotte an Bord gegangen waren. —

Die nordwestlichen Dampfer „Seislab“ und „Argo“, die seit Beginn der Feindseligkeiten in Port Arthur zurückgehalten worden sind, sind am 14. d. Mts. ausgelaufen.

London, 15. März. „Standard“ meldet aus Tokio: Für die Kriegsanleihe sind u. a. sehr viel kleine Beträge gezeichnet worden. Die Zeichnungen von Summen unter 200 Yen belaufen sich im ganzen auf 50 Millionen Yen, von denen 33 Millionen zu einem höheren Kurse angeboten sind, als der Emissionskurs beträgt. — Die Regierung wird vom Parlaamente wahrscheinlich noch die Ermächtigung zur Aufnahme einer andern inneren, in 10 Jahren rückzahlbaren Anleihe in Höhe von 150 Millionen Yen verlangen. — Der bisherige Verlauf des Krieges hat gezeigt, daß die japanische Verwaltung auf der Insel Formosa festen Fuß gefaßt hat. Dort herrscht vollständige Ruhe, die Eingeborenen steuern zur Kriegsanleihe bei und feiern die Erfolge der Japaner.

Partei-Nachrichten.

Taktische Erörterungen.

Der badische „Vollstreuer“ veröffentlicht eine Erklärung des Genossen Kautsky, worin sich dieser gegen die vom „Vollstreuer“ gegebene Interpretation seiner Dresdener Rede (siehe den Artikel in gestriger Nummer des „Vorwärts“) wendet, als er habe er einen Konflikt. Er interpretiert seine Dresdener Äußerung genau so, wie wir es gethan haben. Kautsky begründet seine Erklärung zum Schluß so:

„Ich glaube, es liegt nicht bloß in meinem persönlichen Interesse, sondern auch im Partei-Interesse, daß die falsche Darstellung des „Vollstreuers“ berichtigt wird. Denn da meine Ausführungen in Dresden durch die Majorität der Genossen nicht desavouiert wurden und ich nach wie vor eine Vertrauensstellung in der Partei einnehme, heißt es diese, nicht bloß mich, diskreditieren und kompromittieren, wenn man mir Anschauungen in die Schuhe schiebt, die ich mit denen der Propagandisten der That, der Most, Haselmann, Peukert usw. beden, von unsrer Partei aber stets zurückgewiesen wurden.“

Der „Vollstreuer“ giebt nun auch zu, daß Kautsky nicht dazu aufgefordert hat, die Gegensätze zu erweitern und Konflikte herbeizuführen. Er erklärt auch, daß er das Vorhandensein des Gegensatzes zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Bourgeoisie und Proletariat stets zugegeben habe. Diese Erklärung scheint uns recht überflüssig, denn wer diesen Gegensatz leugnete, der hörte auf, Socialdemokrat zu sein. Weiter schreibt der „Vollstreuer“:

„Ich habe ferner zugegeben, daß diese Gegensätze und Konflikte die Tendenz haben, sich zuzuspitzen. Allein ich bin mit vielen andern Genossen der Ansicht, daß es deshalb nicht notwendigerweise zu einem letzten großen entscheidenden Konflikt, zu einer Katastrophe kommen muß. Damit, daß die Gegensätze und Konflikte die Tendenz haben, sich zu erweitern, bezw. zuzuspitzen, ist doch noch keineswegs gesagt, daß diese Tendenz sich in der Praxis bis zur „großen Entscheidung“ durchsetzen müsse. Das Walten der Tendenz kann durch eine planmäßige gezielte Aktion durchkreuzt, unter Umständen sogar aufgehoben werden.“

Daß der Konflikt durch gezielte Reformen vermieden werden kann, das ist doch wahrhaftig keine neue Entdeckung des Genossen Stolz und seiner Freunde. Wo ist der Socialdemokrat, der das bestritt? Die Differenz liegt also lediglich in dem Urteil über das zukünftige Verhalten der herrschenden Klasse und in der Anschauung darüber, wie wir uns verhalten, wenn die herrschende Klasse einen Konflikt heraufbeschwört. Es ist für die Diskussion jedenfalls sehr nützlich, wenn die Differenz möglichst klar gestellt wird. Deshalb wäre es bei einer Fortsetzung der Diskussion ersprießlich, wenn auch unterschieden würde zwischen einer auf gezieltem Wege vor sich gehenden Volksentredung und einem Staatsstreich. Diese Unterscheidung fehlt bisher und daraus erklären sich wohl gleichfalls verschiedene gegensätzliche Urteile.

Der erste socialistische Wahltag in Südamerika. Aus Buenos-Ayres wird gemeldet, daß dort bei den Gemeindevahlen der erste socialistische Gemeindevorteiler gewählt wurde.

Parlamentarisches.

Die Budgetkommission des Reichstags schloß am Mittwoch zunächst die Beratung des Etats der Schutzgebiete bei den einmaligen Ausgaben für Ostafrika fort. Die Grenze zwischen Deutsch-Ostafrika und dem Kongostaat hat zu Streitigkeiten Anlaß gegeben; sie soll jetzt durch eine Expedition festgesetzt werden, dafür werden 94 000 M. gefordert und von der Kommission genehmigt. Im Anschluß an den Etat für Ostafrika wurde ein Rest aus dem Postetat ausgearbeitet, eine Position, die sich auf die Fortführung der Telegraphenlinie von Tabora aus bezieht. Abg. Spahn hat beantragt, die Linie nicht nach dem Tanganikasee, sondern nach dem Viktoria Nyanza zu bauen; die Reichsregierung hat sich mit der Abänderung einverstanden erklärt. Abg. Richter wünschte eine Erörterung des ganzen Systems unfrer Kolonialpolitik, das zweite Gebiete mit keinen Militärposten zu überziehen pflege. Die formelle Behandlung des Abänderungsantrages gebe zu konstitutionellen Bedenken Anlaß. Staatssekretär v. Stengel knüpfte diese Bedenken zu zerstreuen, indem er darauf hinwies, daß die Aufsicht der Regierung einen selbständigen Antrag der Regierung zur Ergänzung des Etats darstelle. Abg. De. Spahn zog seinen Antrag zu Gunsten der neuen Regierungsvorlage zurück. Staatssekretär Kräfte legte dar, daß entgegen der Meinung des Abg. Richter, die Telegraphenlinie in den Schutzgebieten sehr wichtig seien; das habe sich jetzt in Südwestafrika gezeigt. Man könne sich, wenn genug Telegraphenstationen vorhanden wären, auf größere Militärsationen beschränken. Principiell für den Ausbau nach der englischen Cap-Caprolinie in Udsicht an Tanganikasee trat Abg. Graf v. Ortolan ein; er stellte aber seine Wünsche zu Gunsten der jetzigen Vorlage zurück in der Hoffnung, die andre Linie doch gebaut zu sehen. Die Position wurde in der neuen Fassung der Regierung angenommen.

Etat für Lugo. Für den Bau einer Eisenbahn von Lome nach Klein-Popo wurden als dritte Rate 450 000 M. gefordert. Abg. Richter wies darauf hin, daß man nach der Bewilligung von zwei Raten noch einen Kostenanschlag gemacht habe, der um 60 Proz. höher sei. Die Statistikerung der Etats der Schutzgebiete gebe zu sehr großen Bedenken Anlaß; die Defizits der Schutzgebiete

würden in den Etat des Auswärtigen Amtes eingestellt; ergebe sich aber einmal ein kleiner Ueberschuß, dann könne man mit ihm im Etat der Schutzgebiete. Der Kolonialdirektor bemerkte, daß der Bahnbau überhaupt noch nicht begonnen sei. Man hoffe, den Rest aus den eignen Einnahmen des Schutzgebietes decken zu können. Abg. Dr. Sadelm in tabelte entschieden das unklare System der Etatsaufstellung, das zu schmerzlichen Bedenken Anlaß gäbe; nicht verwendete erste und zweite Raten, über deren Verbleib man im Unklaren gelassen sei, tauchten hier plötzlich als „Ersparnisse“ auf. Abg. Graf v. Arnim meinte, das einzig richtige System sei der Bau der Eisenbahnen auf Anleihe und nicht auf laufende Einnahmen der Schutzgebiete. Geheimrat Tzole behauptete, die nicht verwendeten ersten und zweiten Raten flössen nicht in den sogenannten Kolonialreserdefonds, wo sie aber blieben, wüßte er auch nicht; Geh. Rat Seih stellte den Gang der Bewilligungen und Verwendungen dar: im Etat für 1903 sei bereits darauf hingewiesen worden, daß der Bahnbau noch nicht begonnen werden konnte. Die nicht verwendeten Raten seien „in Rest gestellt“ worden, nicht dem Reserdefonds zugewiesen gewesen. 450 000 M. Ueberschüsse seien von dem Schutzgebiete abgeliefert worden.

Abg. Singer meinte, für diese Bahn ständen sehr 800 000 M. zur Verfügung, aber ob dieser Betrag aufgebraucht werden könne, darüber sei noch gar nichts gesagt worden. Auch in den Kreisen der Regierung habe offenbar Unklarheit über die Gestaltung des Etats-titels geherrscht. Gegen das Verlangen des Grafen v. Arnim, Kolonialbahnen auf Anleihe zu bauen, sei einzuwenden, daß das nur geschehen dürfe, wenn die Voraussetzungen späteren Ruhens gegeben sei. Das sei aber nicht der Fall.

Der Kolonialdirektor Dr. Sadelm bemerkte, daß die Bahn innerhalb 20 Monaten längstens fertiggestellt sein müßte. Sie werde von dem Werke Gustavshagen ausgeführt. Abg. Freiherr v. Richthofen trat für volle Bewilligung ein. Kolonialbahnen dürften nicht auf Anleihe übernommen werden. Der Titel wurde schließlich bewilligt.

Nach einigen Bemerkungen zu andren Titeln und einer langen Geschäftsordnung-Debatte wandte sich die Kommission der Finanzreform-Vorlage zu, über deren Behandlung wir an anderer Stelle des Blattes berichten. —

Wahlprüfungs-Kommission. Am Mittwoch setzte die Kommission die Prüfung der Wahl des Fürsten Bismard im Wahlkreis Jerichow I und II fort. Zu den bereits gemeldeten Behauptungen des Protestes tritt als besonders gravierend noch hinzu, daß im Orte Knobloch, wo die Vertrauensleute der socialdemokratischen Partei ebenfalls gegen ihre Hinausweisung aus dem Wahllokal mit dem Hinweis protestierten, daß der Landrat auf telegraphische Bescheid antwortet habe, die Wahlhandlung sei öffentlich, der Wahlvorstand sagte, „von dem habe ich gerade den Bescheid, Sie wegzuziehen.“ Ingesamt sind nach dem Protest in 28 Orten die socialdemokratischen Vertrauensleute aus dem Wahllokal gewiesen worden. Nach der Feststellung dieser Protestpunkte entspann sich eine principielle Diskussion darüber, ob in diesen Fällen die Öffentlichkeit der Wahlhandlung — § 9 des Wahlgesetzes — beschränkt resp. ausgeschlossen worden sei. Von socialdemokratischer und freisinniger Seite wurde dies allerdings behauptet, während die Mehrheit entgegengelegter Ansicht war. Es mußte auch nichts, daß die socialdemokratischen Mitglieder sich auf die bisherige Praxis der Wahlprüfungs-Kommission beriefen und Einspruch erhoben, daß auch in diesem Falle die bisherige Praxis der Wahlkommission umgekehrt wird. In den Sessionen 1894/95, 1897/98 sowie 1898/1900 sind Beschlüsse gefaßt worden, gegen die die Kommission heute direkt verstieß, indem sie mit Mehrheit — gegen die Stimmen der Socialdemokraten und Freisinnigen — beschloß, diese Beschlüsse für so unerblich zu erachten, daß Verweiderhebungen nicht angestellt werden sollen. Einzelne Kommissionsmitglieder der Mehrheit konnten in der Diskussion ihre Abneigung gegen die Anwesenheit socialdemokratischer Vertrauensleute in den Wahllokalen nicht verhehlen.

Dann wurde in fünf Fällen die mit der Beschaffenheit der Wahllokale zusammenhängende Kontrolle der Stimmzettel für erheblich gefunden und eventuelle Verweiderhebung beschlossen; ebenso, weil in vier Fällen der Isolierraum ungenügend und Kontrolle der Wähler er. geübt worden war, sowie für einige weitere Fälle, wo der Gemeindevorstand auf Veranlassung des Gemeindevorstandes Stimmzettel für Bismard ausgetragen oder Schleppeidanten verrichtet hatte, oder wo der Wahlvorstand ein Wahllokal vor der Auszählung aus der Urne genommen oder andre, direkte Verunstaltung zu Gunsten Bismards betrieben hatte. Indes alle diese Fälle führten — nachdem die hauptsächlich in Betracht kommende ungesetzliche Ausschließung der Öffentlichkeit bei der Wahlhandlung als unerheblich erklärt worden war — nach vorgenommener Berechnung nicht mehr zur Annahme, daß durch sie das Endergebnis der Wahl geändert worden wäre. Deshalb beschloß die Mehrheit der Kommission mit acht gegen die fünf Stimmen der Socialdemokraten und Freisinnigen, die Wahl für gültig zu erklären. Da auch in diesem Falle sich die Centrumsmittelglieder in direktem Widerspruch mit ihrer eignen und der bisherigen Praxis der Kommission gestellt haben, wird dieser Beschluß im Plenum lebhafteste Anfechtungen erfahren. — Nächste Sitzung Donnerstag.

Soziales.

Kerzte und Krankenkassen.

Ueber dieses Thema sprach Dr. Jabel am Dienstag in einer stark besuchten Versammlung des Wahlvereins für den dritten Kreis. Im ersten Teil seines Vortrages kritisierte der Redner die Haltung des „Vorwärts“ in dem gegenwärtigen Konflikt zwischen Kerzten und Krankenkassen. Da die Kerzten, welche der „Vorwärts“ in dieser Angelegenheit brachte, in ganz einseitiger Weise den Kerzten gegenüber wohlwollend, den Kerzten gegenüber aber überwiegend gehalten seien, so halte er — Redner — sich verpflichtet, den Standpunkt der andren Seite hier zur Geltung zu bringen. An sich habe ja die vorliegende Frage mit der Partei nichts zu thun, jedoch habe die offizielle Vertretung der socialdemokratischen Partei nicht immer einen so feindlichen Standpunkt gegenüber der Kerzerebewegung, besonders der freien Kerzterwahl angenommen, wie das in den letzten Monaten geschehen sei. Früher sei die Stimmung in Parteikreisen entschieden für die freie Kerzterwahl gewesen, man habe diese Bewegung unterstützt. Bei der Beratung der letzten Novelle zum Krankenversicherungs-Gesetz habe Stadthagen im Reichstage beantragt, daß die freie Kerzterwahl bei der Gemeinde-Krankenversicherung einzuführen sei. Dieser Antrag sei dann gegen die Stimmen der Socialdemokraten abgelehnt worden. Woher komme nun der jetzige Wandel in der Haltung der Partei-Organ? Tatsache sei, daß die Stellungnahme des „Vorwärts“ in vielen Kreisen und auch bei den socialdemokratischen Kerzten Anstoß erregt habe. Es sei eine gebäffige Weise, wie der „Vorwärts“ die Sache behandle. Von Rezipienten habe der „Vorwärts“ gesprochen. Das könne einen Arzt, der mehr ist wie nur ein Rezipientenreifer, nicht gleichgültig lassen. Der „Vorwärts“ scheine zu vergessen, daß die ärztliche Tätigkeit gegenüber den Patienten mit der Untersuchung beginnt, die oft sehr schwierig ist. Welche Schwierigkeit und Mühe verursache nicht die Feststellung, daß jemand an Tuberkulose leide, und in der Fürsorge für die Tuberkulosekranken hätten die Kerzte in den letzten Jahren viel geleistet, überhaupt sei die Vorbeugung, die Verhütung der Krankheiten wichtiger wie die Heilung. Nach diesen Gesichtspunkten handle der Arzt, und es heiße die Kerzte vor den Kopf stoßen und den ganzen ärztlichen Stand beleidigen, wenn die Kerzte verächtlich als Rezipientenreifer bezeichnet werden. Die Kerzte seien Kerzten, in dem Verhältnis zwischen Kaiserverwaltung und Arbeitern eine vermittelnde Stellung einzunehmen. Die socialdemokratischen Kerzte stehen politisch den Kassenmitgliedern viel näher wie den Kerzten, sie stehen in allen socialpolitischen Angelegenheiten auf der Seite der Kassenmitglieder, aber gewerkschaftlich gehören sie zu den Kerzten. Wie die Gewerkschaften der Arbeiter politisch neutral sein müssen, so auch die Kerzerebewegung. Die Politik gehöre da nicht hinein. Gewerkschaftlich gehen die socialdemokratischen Kerzte

Schüler an Schüler mit ihren Kollegen. In dem Streit zwischen Krankenkassen und Ärzten stehen die sozialdemokratischen Ärzte zwischen zwei Feinden. Es sei ihnen unangenehm, daß dieser Konflikt ausgebrochen ist und daß er auf beiden Seiten mit verächtlichen Worten geführt werde. Wenn dieser Kampf unvermeidlich sei, dann müsse er wenigstens in einer Form geführt werden, die nicht gehässig ist. Die sozialdemokratischen Ärzte hätten geglaubt, durch ihre Erklärung im „Vorwärts“ es dahin zu bringen, daß die Form des Kampfes eine andre werde; aber der „Vorwärts“ schimpft nach wie vor. — Im zweiten Teil seines Vortrages erörterte der Redner die Entwicklung der Ärztebewegung und der Bewegung für die freie Arztwahl. Er führte aus, daß die ärztliche Versorgung der Kassennmitglieder infolge der freien Arztwahl bedeutend besser geworden sei, wie sie früher war, und daß die Einführung der freien Arztwahl für die versicherten Arbeiter in jeder Hinsicht von Nutzen sei. Die Kassenverwaltungen, aber nicht die Mitglieder seien gegen die freie Arztwahl. Die Verwaltungen wollen nicht mit der Organisation der Ärzte, sondern nur mit dem einzelnen Arzt zu thun haben. Genau wie die Unternehmer, welche die Arbeiterorganisation nicht anerkennen. — Wenn der „Vorwärts“ für festangestellte Bezirksärzte eintrete und der Ansicht sei, daß die angestellten Ärzte ein Interesse an dem sozialen Ausbau der Krankenkassen haben, so frage Redner: Wo haben denn früher, vor der freien Arztwahl, die festangestellten Kassenzurück ein Interesse an dem sozialen Ausbau der Kassen bewiesen? Erst seit Einführung der freien Arztwahl sei die soziale Mitarbeit in große Kreise der Ärzte getragen. — Solange die Bewegung für freie Arztwahl auf Berlin beschränkt war, herrschte ein gutes Verhältnis zwischen Kassen und Ärzten. Als aber die Bewegung von Leipzig aus centralisiert wurde — die Forderung: Begleichung der Mindesttarife hatte der Leipziger Verband bereits fallen gelassen —, kam in das Verhältnis zwischen Kassen und Ärzten ein Riß, hervorgerufen durch das verächtliche Vorgehen des „Vorwärts“ gegen die freie Arztwahl. — Weiter führte der Redner aus, daß die freie Arztwahl wirkte nicht ungünstig auf die finanzielle Lage der Kassen ein, der freigelegte Arzt sei unabhängig vom Kassenvorstand und könne deshalb seine Berufspflichten unbefangt ausüben. Zwischen Ärzten und Kassennmitgliedern gebe es kein gegenläufiges Interesse. Das Recht der Organisation würden sich die Ärzte nicht nehmen lassen. Die sozialdemokratischen Arbeiter hätten ein Interesse an der Centralisation der Krankenkassen. Der Widerstand gegen die Centralisation gehe von den Kassenverwaltungen aus. — Der Vortragende legte folgende Resolution vor:

„Die Versammlung kann sich mit der Haltung des „Vorwärts“ in dem Streit zwischen Krankenkassen und Ärzten nicht einverstanden erklären. Die verächtliche und gehässige Behandlung der Ärzte in demselben kann nur die Gegensätze verschärfen und ein Hindernis für die gütliche Beilegung des Streits bilden, welche gütliche Beilegung im Interesse der Versicherten, der Kranken Arbeiter ist. — Die Versammlung hält es für das selbstverständliche Recht der Ärzte, sich lokal oder central zu organisieren und erwartet von den Krankenkassen, daß sie diesen Organisationsbestrebungen der Ärzte kein Hindernis in den Weg legen. Andererseits erwartet die Versammlung im Interesse der Versicherten von den Krankenkassen, daß sie endlich Ernst machen mit der Centralisation mindestens sämtlicher Ortskassen, um so gegenüber der ärztlichen Organisation eine geschlossene Einheit zu bilden.“

Nachdem Genosse Jabel geendet hatte, verharrete die Versammlung in lautlosem Schweigen. Nur Einzelne spendeten dem Vortragenden schwachen Beifall. Der Vorsitzende, Genosse Frey, erklärte, die Resolution könne nicht zur Abstimmung kommen, da diese Versammlung keine beschließende sei. Nur in Generalversammlungen könnten Beschlüsse gefaßt werden.

Dem Vortrage folgte eine lange, sehr sachliche Diskussion, an der sich acht Redner beteiligten. Die Diskussion wie die Stimmung der Versammlung ließ deutlich erkennen, daß das vom Genossen Jabel beantragte Labelsolium gegen den „Vorwärts“, wenn eine Abstimmung darüber stattgefunden hätte, sicher — und vielleicht einstimmig — abgelehnt worden wäre.

In der Diskussion wurde ausgeführt: Es liege gar keine Veranlassung vor, den „Vorwärts“ zu rüffeln. Der „Vorwärts“ habe die Pflicht, die Interessen der versicherten Arbeiter wahrzunehmen. Die Ärzte vertreten ja ihre Interessen in ihren Organen ebenfalls in scharfster Form. Jede Nummer der „Medizinisch. Reform“ strotze von heftigen Angriffen auf die Krankenkassen. Demgegenüber habe der „Vorwärts“ die Pflicht der Abwehr. Uebrigens habe der „Vorwärts“ erst nach dem bekannten Auftreten des Dr. Mugdang im Reichstage einen scharferen Ton angeschlagen, was durchaus berechtigt sei. Wenn der „Vorwärts“ von Rezipienten sprach, so sei damit keineswegs der ganze Stand der Ärzte getroffen. Es seien damit nur solche Ärzte gemeint, die ihren Beruf ausschließlich als Geschäft betrachten, und daß es solche giebt, könne doch niemand leugnen. Den sozialdemokratischen Ärzten müsse gesagt werden, daß sie es unterlassen haben, die Reichstagsrede Mugdangs abzuschütteln. Die sozialdemokratischen Ärzte hätten die Pflicht gehabt, die geradezu ungeheuerlichen Unwahrheiten, Verdrehungen und Verleumdungen, die Dr. Mugdang gegen die Krankenkassen richtete, zu widerlegen. Mugdangs Auftreten sei nicht geeignet, die Stimmung für freie Arztwahl zu verbessern. Es könne konstatiert werden, daß in Kassenkreisen, wo man seit der freien Arztwahl günstig gestimmt war, nach dem Vorgehen Mugdangs die Stimmung umgeschlagen ist und man von der freien Arztwahl nichts mehr wissen will. Ferner wurde in der Diskussion betont, daß die Kassenverwaltungen durchaus keine Gegner der Organisation der Ärzte seien. Die Verwaltungen seien auch nicht gegen die freie Arztwahl, sie seien von den Mitgliedern gewählt und hätten deren Willen auszuführen. Eine Verwaltung, die gegen den Willen der Mitglieder die freie Arztwahl nicht einführen wolle, würde einfach hinweggesetzt werden. Ein gegensätzliches Interesse zwischen Kassennmitgliedern und Kassenverwaltungen bestehe nicht. Weiter wurde daran erinnert, daß die Bewegung für freie Arztwahl nicht aus ärztlichen Kreisen, sondern aus den Reihen der Krankenkassen entstanden sei, was schon beweise, daß die Kassen nicht grundbänglich gegen die freie Arztwahl seien. Die Ärztebewegung habe die weitere Verbreitung der freien Arztwahl gerade dadurch erschwert, daß sie Forderungen stellte, welche die Kassen beim besten Willen nicht tragen können. Die Ärzte verlangen jetzt — nach dem Vorbilde der Junier —, daß ihnen auf Kosten der Arbeiter eine standesgemäße Existenz gewährt werde. Das sei nicht schön, und sozialdemokratisch sei es schon lange nicht.

Wenn die ärztliche Organisation sich auf eine Stufe stelle mit der gewerkschaftlichen Arbeiterorganisation, dann solle sie doch, um die Existenz ihrer Mitglieder zu sichern, von organisationswegen eine Unterstützung analog der gewerkschaftlichen Arbeitslosen-Unterstützung einführen. — Im übrigen wurde in der Diskussion die Frage, ob die freie Arztwahl wirklich das beste System sei, ausgiebig erörtert. Keiner der Redner lehnte die freie Arztwahl grundbänglich ab, jedoch brachte man die bekannten Gründe zur Geltung, welche vom Standpunkt dagegen sprechen. Erwähnt sei noch, daß auch Dr. Rünter in der Diskussion das Wort nahm, um in längerer Ausführungen die Vorzüge der freien Arztwahl darzulegen. Er betonte ebenso wie Dr. Jabel, daß er gegen die Einmischung der Behörden in diesen Streit sei, und daß er die Art, wie in Köln die freie Arztwahl zu stande gekommen ist, nicht billige. Freiwillig müßten die Kassen sich für die freie Arztwahl entscheiden.

Dr. Jabel war im Laufe der Diskussion zu einem Patienten gerufen worden, er hatte deshalb nicht Gelegenheit, auf die Einwürfe der Diskussionsredner zu antworten.

Nach dem Ergebnis der Diskussion haben wir keinen Anlaß, auf die Einwände des Genossen Dr. Jabel gegen unsere Stellungnahme einzugehen. Wir müßten nur mehrfach Gesagtes nochmals wiederholen. Nur gegen die Behauptung möchten wir uns verwahren, daß wir mit verächtlichen und gehässigen Mitteln kämpften. Wir haben lediglich sachlich die Interessen der Kassen vertreten, haben aber das gehässige Auftreten der Führer der Ärztebewegung sowie die von ihnen angewandten unlauteren Mittel gebührend gekennzeichnet und

werden das auch in Zukunft thun. Das Recht der Organisation haben wir den Ärzten niemals abgestritten, sondern im Gegenteil mehr als einmal ausdrücklich erklärt, daß wir ihnen dies Recht unumschränkt zugestehen.

Wir sind ferner dafür eingetreten, daß die Ärzte möglichst hoch bezahlt werden, daß man sie nicht überbürdet und daß die Arbeitsbedingungen mit den Organisationen der Ärzte vereinbart werden. Wir erkennen also den Ärzten alles zu, was wir auch für die organisierten Arbeiter fordern.

Redaktion des „Vorwärts“.

Die Kreishauptmannschaft Leipzig hat dem Vorstand der Leipziger Orts-Krankenkasse folgende Verordnung zugehen lassen: Königlich Sächsische Kreishauptmannschaft.

IV D. 186. Leipzig, 14. März 1904.

Die königliche Kreishauptmannschaft bezweifelt, daß mit den der Kasse für den 1. April 1904 neben mehreren Beratungsanstalten und Polikliniken zur Verfügung stehenden 75 Ärzten (ausschließlich der in den Außenorten praktizierenden, in der Mündigkeit nicht begriffenen 35 Kassenzurück) den an Versorgung der Kassennmitglieder und Angehörigen derselben mit ärztlicher Hilfe zu stellenden Ansprüchen in ausreichender Weise genügt werden kann. Immerhin ist diese Zahl eine derartig große, daß die Kreishauptmannschaft unbedenklich ihr Einverständnis damit erklären kann, wenn mindestens der Versuch gemacht wird, mit den obigen Hilfskräften über die eingetretene Schwierigkeiten hinweg zu kommen. Die Kreishauptmannschaft wird dem Kassenvorstand eine ausreichende Frist zur Anstellung eines solchen Versuches gewähren. Eine bestimmte Frist vorzuschreiben, lehnt die Kreishauptmannschaft zwar ab, sie will aber mit ihrer Ansicht nicht zurückhalten, daß dieselbe auf mindestens einen Monat bemessen werden wird.

Sollte sich während dieser Uebergangszeit oder schon vorher herausstellen, daß die Zahl der zur Verfügung stehenden Ärzte zur Aufrechterhaltung des ärztlichen Dienstes nicht ausreicht, so würde sich die Kreishauptmannschaft eine Anordnung des Inhaltes vorbehalten müssen, daß bis zur Beschaffung der erforderlichen Anzahl von Ärzten die Kassennmitglieder und deren Angehörige sich durch Ärzte aus dem Kreise der bisherigen Kassenzurück behandeln lassen dürfen, die ihre Hilfeleistungen nach den Mindestsätzen der ärztlichen Gebührenliste vom 28. März 1899 zu liquidieren hätten und ihre Forderung von der Kasse oder den sie in Anspruch nehmenden Personen unmittelbar bezahlt erhalten würden. Eine derartige Anordnung würde Geltung bis auf weiteres erhalten und dann aufgehoben werden können, wenn der Nachweis erbracht sein würde, daß die nötige Anzahl von Distriktsärzten und Beratungsanstalten beschafft sei.

Die Kreishauptmannschaft hofft, es werde dem Kassenvorstande gelingen, eine Anzahl der bisherigen Kassenzurück wiederum zur Uebernahme von Kassenzurückstellen zu vermögen und auf diese Weise den Frieden mit der hiesigen Ärzteschaft wenigstens zu einem großen Teile wieder herzustellen.

Bei dieser Sachlage glaubt die Kreishauptmannschaft, daß es vom Vorstande wird umgangen werden können, der Generalversammlung eine Streichung des die Angehörigen-Unterstützung betreffenden § 20 des Kassensatzes, wenn auch nur vorübergehend, vorzuschlagen.

Königliche Kreishauptmannschaft.

gez.: v. Ehrenstein.

Dieses korrekte Verhalten der Behörde bezeichnet die „Vossische“ als ein „Eingreifen in den Streit“ und als „gewagt“. Hätte die Leipziger Behörde das Kölner Muster angewandt, dann wäre das wohl der „Vossin“ als korrekt erschienen?

Unfallverhütung bei der Eisenbahn.

Die Magdeburgische „Vollstimme“ erzählt: Bei der Frau eines Eisenbahners stellte sich vor ca. 14 Tagen ein Herr ein, der sich bei seinem Eintritt als Vertreter der „Vollstimme“ vorstellte und versuchte, die Frau zum Abkommen auf die „Vollstimme“ zu bewegen. Darauf entspann sich folgender Dialog:

Die Frau: „Es thut mir leid, bei dem geringen Lohne meines Mannes und der großen Kinderzahl sind wir nicht im Stande, für derartige Sachen Geld auszugeben. Außerdem ist mein Mann an der Bahn, und da darf er noch nicht einmal seine Frühstücksstunde in die „Vollstimme“ einwickeln.“

Der Herr: „Nicht so, liebe Frau! Ich bin nämlich nicht von der „Vollstimme“, sondern von der Bahn, und soll mich danach erkundigen, welche Zeitung von unsern Bahnarbeitern gelesen wird.“

Aus Königsberg berichtet unser dortiges Parteiblatt, daß den in der königlichen Eisenbahn-Hauptwerkstätte beschäftigten Arbeitern vor einigen Tagen zugemutet wurde, schriftlich zu bezeugen, ob sie Sozialdemokraten seien oder nicht. Wer sich zur Sozialdemokratie bekenne, werde sofort entlassen.

Es scheint bei der preussischen Staatsbahn derselbe Grundsatz zu herrschen, den kürzlich der Kriegsminister im Reichstage vertheidigte: gesinnungsfremde Leute sind besser wie intelligente.

Gewerkschaftliches.

(Siehe auch 2. Beilage.)

Deutsches Reich.

Auf den Oberwerken in Steintal haben am Montag sämtliche Zimmerleute, die an den drei von der „Stern“-Gesellschaft in Berlin bestellten Personendampfern arbeiteten, wegen übermäßig niedriger Accordlöhne die Arbeit niedergelegt. Die „Stern“-Gesellschaft sollte sich einmal um die Verhältnisse kümmern, unter denen ihre Dampfer hergestellt werden. Die Accordlöhne sind so niedrig, daß die Arbeiter in der That dabei nicht für ihre Familie sorgen können. Die betreffende Arbeit, wegen welcher es zu Differenzen kam, ist noch lange nicht fertig, aber der Accordlohn ist schon aufgearbeitet. Die Herabsetzung der Löhne und Accordpreise geht aber auch Hand in Hand mit einer übermäßigen künstlichen Steigerung der Leistungen der Arbeiter. Daß dabei sorgfältige Arbeit nicht geliefert werden kann, liegt wohl auf der Hand. Die „Stern“-Gesellschaft macht aber auch einen erheblichen Teil ihres Geschäftes mit den Berliner Arbeitern, die nicht gern auf Dampfern fahren möchten, von denen ihnen bekannt ist, daß sie zu ungunstigen Lohn- und Arbeitsbedingungen oder gar von Streikbrechern hergestellt sind.

Zur Tapezierer-Bewegung. In Hannover haben 45 Gewerkschaften mit 81 Gehilfen die Forderungen bewilligt. — In Dresden sind 75 Tapezierer im Ausstand. Es sind Einigungsverhandlungen vor dem Gewerbegericht angebahnt. Die Innungsbesitzer laufen den Unternehmern, die bewilligt haben, die Thüre ein, um sie zur Zurücknahme der Bewilligung zu veranlassen. — In München hat die Innung es abgelehnt, mit der Lohnkommission zu verhandeln. Von den Einzelritten, an die sich die Gehilfen infolge dessen wandten, haben einige die neuen Bedingungen bewilligt, die Mehrzahl verhält sich ablehnend. Die Lohnkommission hat sich, um einen Streit nach Möglichkeit zu vermeiden, an das Gewerbegericht als Einigungsamt gewandt.

Schneiderstreik. Aus Halle berichtet man uns unterm 16. März: Die Hallesche Schneider-Gesellschaft hat heute abend in einer stark besuchten Schneiderversammlung in geheimer Abstimmung mit 184 gegen 28 Stimmen, morgen früh wegen Lohnunterschieden die Arbeit niedergelegt. Sie haben den Geschäftsinhabern einen dreiklassigen Tarif zur Anerkennung unterbreitet, verlangen unter anderem für Tag-

schneider 45, 40 und 35 Pf. Stundenlohn, Aufbesserung der Accordpreise für Heimarbeiter 10 Proz. Zuschlag und bis Ende März 1905 Einführung von Betriebswerkstätten. Einige Geschäfte bewilligten die Forderungen. — Ueber eine eigentümliche Vorgehensweise von organisierten Schneidern berichtet unser Breslauer Parteiblatt: Bei der Firma Stephan Eiders „Zur großen Fabrik“ auf der Ohlawerstraße wurden am Sonnabend zwei dort auf Werkstelle arbeitende Schneider plötzlich und ohne Angabe von Gründen entlassen und am Montag folgten noch zwei weitere, darunter auch der Werkmeister, die sämtlich Mitglieder des Schneiderverbandes sind. Nach Berichten der ausländischen, speziell der österreichischen, Fachpresse der Schneider stellt diese mit Millionen arbeitende Weltfirma ein jesuitisches Unternehmen dar, das zu denjenigen gehört, die speziell in Deutschland seit Beginn des Kulturkampfes mit großem Eifer gefördert wurden, um den Anhängern des Ordens der Gesellschaft Jesu und den damit verbundenen Gesellschaften eine materielle Stütze zu bilden. Dem entsprechen auch die geschäftlichen Verhältnisse den Arbeitern gegenüber. Wo eine neue Filiale gegründet werden sollte, wandte man sich Monate vorher bereits an die katholischen Arbeiter- und Gesellenvereine um Zuweisung von Arbeitskräften. Es ist aber erklärlich, daß diese zumeist aus rüchständigen Gegenden zuziehenden Arbeiter nur selten die geeigneten für dieses „moderne“ geleitete Unternehmen darstellen. Man bediente sich schließlich auch anderer Arbeiter, und wenn dieselben für dieses Geschäft gut qualifiziert waren, wurden sie nach ihrer politischen oder religiösen Ueberzeugung nicht gefragt. In der That heißt die Mittel. Seit der Gründung der Breslauer Filiale haben die jetzt entlassenen vier Arbeiter bei der Firma gearbeitet, und speziell der Werkmeister hat sich bezüglich der Heranbildung geeigneter Arbeitskräfte die größte Mühe gegeben. Jetzt sind genügend „ruhige“ Kräfte vorhanden und nun schüttelt man diejenigen ab, die unter den andern für ihre Organisation wirken, nachdem dies durch die Liebedienerei eines „christlichen“ Kollegen nachbar wurde. Selbstverständlich wird sich der Schneiderverband noch näher mit der Sache befassen, obwohl die Gewahrgelsten nicht nach Wiedereinstellung verlangen, da sie jetzt während der Saison mit Leichtigkeit andre und wahrscheinlich bessere Arbeit finden.

Halle, 16. März. (Privattelegramm.) Es streiken noch 190 Schneider, 22 Geschäfte hatten bis heute abend bewilligt.

Ein Streit der Stukkature ist in Essen ausgebrochen. Bemerkenswert an dem Streit ist besonders das geschlossene Zusammengehen der freien und der christlich organisierten. In geheimer Abstimmung stimmten von 139 Mitgliedern der freien Gewerkschaft 124 für den Streit; in einer zu gleicher Zeit tagenden Versammlung der christlichen Organisation stimmten von 60 Anwesenden 50 für den Streit. 9 gaben weiße Stimmzettel ab und nur einer war gegen den Streit. Die Unterhandlungen mit den Unternehmern verliefen resultatlos.

Der Malerstreik auf der Neptunwerft in Rostock dauert fort. Die Streikenden haben infolge eines kleinen Erfolges erzielt, als es ihnen gelungen ist, einen Malermeister, der ihre Arbeiten mit Hilfe seiner Leute auszuführen unternommen hatte, zum Rücktritt von seinem Vertrage mit der Werft zu bewegen. Die über das Geschäft desselben verhängte Sperre wurde aufgehoben.

Die Maler sind in Bremerhaven in einen Streit getreten. — Zugung ist ferngehalten.

Ausland.

Die Aussperrung in der Diamantindustrie. In Antwerpen sind am Montag wieder 60 Holländer in Arbeit getreten. Es stehen den Diamantarbeitern dort fortdauernd eine größere Anzahl Fabriken offen, als sie für die ihnen zur Verfügung stehende Arbeit benutzen können. Zu den wieder eröffneten Fabriken ist die von Seriel u. Sohn hinzugekommen. Andererseits wird gemeldet, daß die Fabrik von Van den Eijden, die bisher gegen die Bedingungen des Diamantarbeiter-Verbandes arbeitete, auf Betreiben der Juweliere geschlossen worden ist. — Am Montag hat in Rotterdam eine Konferenz zwischen Korden und Groeffer und Vertretern der Antwerpener Arbeitgeber stattgefunden. Sie verlief resultatlos.

Der Antwerpener Diamantarbeiter-Verband hat ein Manifest verbreitet, das sich unter anderem gegen das Gerüde der Juweliere von Errichtung einer Fachschule wendet. Das Manifest endigt mit folgenden Worten: „Die Arbeiter verweigern keineswegs die Lehrlinge, die für das Gewerbe notwendig sind. Aber die Arbeitgeber haben uns bereits dreimal die Verminderung unserer Arbeitsstunden verweigert, die wir so nötig haben für unsere Gesundheit und für das Wohlergehen unserer Frauen und Kinder. Darum, Mitbürger, handelt es sich in diesem Kampf. Und das haben wir in diesem Augenblick dreiviertel gewonnen. Die Zukunft und Blüte der Industrie kann in seinen bessern Händen sein als bei uns, die wir direkt von ihr leben müssen. Sie wollen allein Herr sein über unser Wohl und Weh und die Präntension, mitreden zu wollen über unser Wohl und Weh und das unser Frauen und Kinder. Urteilt ruhig über uns, Mitbürger.“

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Wiederbevollmächtigt.

München, 16. März. (B. L. Z.) Die Korrespondenz Hoffmann meldet: Die in der Presse verbreiteten Gerüchte von der bevorstehenden Abberufung des Generalmajors v. Endres von dem Posten als bairischer Militärbevollmächtigter in Berlin entscheiden jeglicher Grundlage.

Ein englisch-französischer Vertrag.

London, 16. März. Das Reutersche Bureau meldet aus Paris: Mit Bezug auf die verschiedenen Mitteilungen, welche über den neuen englisch-französischen Vertrag veröffentlicht worden sind, wird aus gut unterrichteten Kreisen berichtet, daß die Verhandlungen, welche seit so langer Zeit zwischen der französischen und englischen Regierung geschwebt haben, nunmehr hauptsächlich abgeschlossen sind. Es ist eine gute Verständigung erzielt worden in allen Kolonial- und andern Fragen, die seit lange bremsend waren und zwischen den Nationen schwebten. Der Regelung unterliegen nur noch Einzelfragen, auch soll noch über die Formulierung der einzelnen Fragen Beschluß gefaßt werden, so daß die Unterzeichnung des oder der Abkommen, je nachdem, in einigen Tagen möglich sein dürfte. Im Prinzip sind alle Fragen geregelt.

Japans Kriegskosten.

Tokio, 16. März. (Meldung des Reuterschen Bureau's.) Die Regierung hat beschlossen, dem Parlament in einer besonderen Tagung, die am 18. März beginnen soll, Vorschläge zu unterbreiten betreffs Ausdehnung des Tabakmonopols auf bearbeiteten Tabak, Einführung einer Salzsteuer und Erhöhung verschiedener anderer Steuern. Das Gesamtergebnis aus diesen neuen Einnahmequellen wird auf 68 Millionen Yen geschätzt. Die Kriegskosten vom Ausbruch der Feindseligkeiten bis Ende Dezember d. J. werden auf 536 Millionen Yen geschätzt. Es wird beabsichtigt, diese Kosten zu decken durch die Erträge der neuen Steuern, ferner durch Ausgabe von Bonds, durch eine schwebende Anleihe und durch Entnahme aus dem Special-Reservefonds.

Opfer der Arbeit.

Kaiserslautern, 16. März. (B. L. Z.) Bei Sprengarbeiten in einem Steinbruch unweit Pirmasens wurde, wie die „Pfälzische Presse“ meldet, einem Arbeiter durch Sprengstücke der Kopf abgerissen, vier andere wurden schwer verletzt.

Göttingen, 16. März. (B. L. Z.) Heute morgen entgleiste bei der Einfahrt in den Bahnhof von Münden von dem D-Zuge 43 der Hamburger Durchgangswagen. Mehrere Passagiere wurden leicht verletzt.

Reichstag.

50. Sitzung, Mittwoch, 16. März 1904, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: Kommissare.

Die zweite Lesung des Militär-Etats wird fortgesetzt beim Kapitel „Technische Institute der Artillerie“.

Abg. Jubel (Soz.):

Früher war ich es allein, der die Mißstände in den Artillerie-Berufsstellen hier im Reichstage zur Sprache brachte. Heute scheint auch das Centrum diese Mißstände anzuerkennen. Besonders befriedigt aber bin ich durch den Erfolg, den die sozialdemokratische Erziehung bei dem Kollegen Pauli-Potsdam gehabt hat. (Heiterkeit.)

Ein Erlaß, der in den Berufsstellen bekannt gegeben ist, besagt, daß größere Aufträge an die Werkstätten nur dann zu erwarten seien, wenn ihre Preise nicht wesentlich höher seien als die Fabrikpreise der Privatindustrie. Sonst müßten größere Arbeiterentlassungen stattfinden. Danach können sich die Arbeiter in Spandau im April, Mai und Juni wieder auf Entlassungen gefaßt machen. Ich habe schon früher nachgewiesen, daß die Fabrikationskosten in Spandau höher sein müssen als die der Privatindustrie. Das bedingen die ganzen Einrichtungen in Spandau. Diese höheren Preise sollen nun den Arbeitern zum Nachteil gereichen. Die Arbeiterschaft in Spandau wird in ihrem Bestande erniedrigt, die Kaufkraft aber vermehrt. Das kommt in keinem Privatbetriebe vor. Auch die mannigfachen Anforderungen der Artillerie-Prüfungskommission tragen zur Verteuerung der Produktion bei. Die Arbeiter sind immer die Karmiden, die die Kosten bezahlen müssen.

Wie kann es die Betriebsverwaltung vor der Öffentlichkeit verantworten, daß Arbeiter, die im Feuerwerkslaboratorium 12 Jahre lang thätig waren und einen Lohn von 4,50 Mark erhielten, in andre Betriebe eingestellt werden mit einem Lohn von 4 Mark? Abgediente Arbeiter der Pulverfabriken sind entlassen worden, um nachher wieder als Handlanger eingestellt zu werden! Auch in Siegburg sind ja zahlreiche Arbeiter entlassen worden. In der Spandauer Gewerfabrik kommen die Verhältnisse ebenfalls nicht zur Ruhe. Den invaliden Arbeitern der Gewerfabriken ist die Invalidenrente, die ihnen aus der Landesversicherungs-Anstalt zustand, auf unbestimmte Zeit gesperrt worden. Es wird behauptet, die bisher gezahlte Rente sei zu groß, weil seit Mitte des vorigen Jahrhunderts außerdem eine Invalidenklasse für die Beamten und Arbeiter dieser Institute bestand. Die Kriegsverwaltung sollte mit aller Energie dafür sorgen, daß den Arbeitern die bisherige Rente von 48 M. monatlich nicht gekürzt wird.

Ein Erlaß an die Meister und Meistergehilfen, der im Sommer 1903 bekannt wurde, besagt: „Auseinandersetzungen von Meistern Arbeitern gegenüber haben Veranlassung zu unliebamen Erörterungen in den Zeitungen gegeben. Es wird deshalb bestimmt: das gesamte Meisterpersonal ist darauf hinzuwirken, im Verkehr mit den Arbeitern sehr vorsichtig zu sein, insbesondere alle Auseinandersetzungen zu vermeiden, die zu Anklagen in der Presse Anlaß geben können.“ Dabei bedienen sich die Meister den Arbeitern gegenüber oft sehr unhöflicher Ausdrücke. Einem 71 Jahre alten Arbeiter wurde gesagt: „Lehnen Sie sich nicht auf, Sie dumme Mann Sie!“ Redner citirt einige weitere Ausrufungen, die den Arbeitern gegenüber gefallen sind. Im Feuerwerks-Laboratorium ist vor ganz kurzer Zeit ein Anschlag angebracht, wonach während der Arbeit die Arbeiter kein Wort mit einander wechseln dürfen. Ein weiterer Anschlag sagt, daß die Thore mit dem Schläge der Stunde des Arbeitsbeginns geschlossen werden sollen. Bisher wurden Verspätungen von fünf Minuten nicht gerechnet; jetzt sollen die Thore mit dem Pflöckchen geschlossen werden. (Sehr richtig! rechts.)

Die schlechtest bezahlte Kategorie in den Spandauer Werkstätten sind die Kanzeleischreiber. Ein Bogen, der 1162 Silben enthält, wird mit 35 Pf. bezahlt. Der Kanzeleischreiber muß 20 Silben in der Minute schreiben, wenn er in der Stunde 35 Pfennig verdienen will! Die Betriebschreiber haben einen Anfangslohn von 4 M., der von Jahr zu Jahr um 10 Pf. pro Tag steigt. Die Kanzeleischreiber haben einen festen Lohn überhaupt nicht. Ihre Arbeitskraft wird außerordentlich herangezogen, um den Etat der Verwaltungsbehörden nicht zu überschreiten. Um 30 M. pro Woche zu verdienen, müssen die Kanzeleischreiber bis 15 Stunden täglich arbeiten, auch Sonntags. Wenn sie einmal nicht fest angestellt werden können, so sollte man wenigstens den Preis für den Bogen auf 40 Pf. erhöhen. Die Steindruckergehilfen wünschen mit den Buchdruckern gleichgestellt zu werden; sie beziehen jetzt im Höchstfall einen Lohn von 4 M. pro Tag, während die Buchdrucker 5-5,50 M. beziehen.

In der Hausordnung steht: In Spandau ist es jedem Arbeiter unterlagt, irgend welche Agitation zu treiben. Verdreht er sogar sozialdemokratische Agitation, so hat sein letztes Stündlein geschlagen. Man sollte man doch erwarten, daß die Verwaltung ihren Arbeitern mit gutem Beispiel vorangehe. Bei der letzten Reichstagswahl aber wurden eine Anzahl Arbeiter am Stimmwahltag auf Kosten der Institute beurlaubt, um bei der Wahl als Listenführer, Wahlkontrollanten usw. zu Gunsten des schlichten Mannes aus der Werkstatt thätig zu sein! (Abg. Pauli-Potsdam verbeugt sich. — Heiterkeit.) Es wurde während der Arbeitszeit auch eine Schmähschrift gegen die Sozialdemokratie, sowie die famosen Wälo-Wedden verteilt. Ja, sogar Polizeispione sind in den Werkstätten thätig gewesen. Ein Arbeiter, der 11 Jahre lang in Spandau gearbeitet hatte, wurde eines Morgens vor seinen Meister citirt, der ihn fragte: „Wie steht es mit den fünfzig Mark, die Sie von Liebnicht für Wahlagitation erhalten sollen?“ Der Arbeiter sagte, er wisse nichts davon, und hat, ihm den Denunzianten, der solches behauptet habe, zu nennen. Das wurde verweigert. Dem Arbeiter wurde am 18. Juni gekündigt; am 12. September wurde er entlassen. Der Hauptmann Berger, an den er sich wandte, erklärte, er handele im Auftrage von Berlin. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Später teilte ihm Hauptmann Berger mit: „Ich würde gern meinem Herzen Luft machen, aber ich kann und darf es nicht.“ Der Arbeiter befindet sich jetzt in der Lungenheilstätte zu Weich, in der Zwischenzeit haben sich mehrfach Geheimpolizisten nach ihm erkundigt. Das ist doch der Militärverwaltung wenig zu verdanken! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ein Pulverarbeiter, der 18 Jahre in Spandau gearbeitet hat, davon 9 Jahre in der besonders gefährlichen Säure-Abteilung, wurde am 31. Juli entlassen ohne die geringste Grundangabe. Sein Vetter, ihm den Grund mitzuteilen, ist bis heute nicht erfüllt worden. Die Militärverwaltung sollte doch den Arbeiter wenigstens nicht dadurch, daß sie ihn in ungerechtfertigten Verdacht bringt, in seinem weiteren Fortkommen hindern. Der Arbeiter hat einen Brief an den Herrn Kriegsminister geschrieben, in dem es heißt: „Nun stehe ich da, alt und verbraucht, zu keiner körperlichen Arbeit mehr fähig. Wer von den Privatunternehmern nimmt noch so ein altes Wad in Beschäftigung?“ Die Antwort des Kriegsministers enthielt den Satz, daß bei der Entlassung nach dem Arbeitsvertrage verfahren sei und daß den Unterstützungsgehilfen nicht entprochen werden könne. Diese Antwort war nicht einmal mit einer Zehn-pfennigmarke frankirt!

In der Deutzer Militärwerkstatt wurde ein Sattler, der 18 Jahre durch ununterbrochen gearbeitet hatte, entlassen, nachdem er im Betriebe sein Gehör verloren hatte. Er kam erst in ärztliche Behandlung, wurde dann wieder eingestellt, aber als sein Zustand sich immer mehr verschlechterte, entlassen. Er bekommt nicht einen einzigen Pfennig Unterstützung von der Militärverwaltung,

sondern ist vollkommen auf die Armenunterstützung und die Invalidenrente angewiesen. Seine fortwährende Bitte an die Verwaltung, man möge ihn in seiner Wohnung beschäftigen, ist bisher nicht erfüllt worden. Möge die Kriegsverwaltung die Sache noch einmal ins Auge fassen!

Im Erfurter Betriebe sind ebenso wie in Spandau im vorigen Jahre Lohnabzüge eingeführt worden. Die Feldzeugmeisterei erklärte diese Abzüge für unberechtigt. Trotzdem ist die Bitte der Erfurter Arbeiter, ihnen die entzogenen Lohnsätze nachzuzahlen, bisher abgelehnt worden. In den Erfurter Werkstätten ist absolut nicht für Ventilation gesorgt. Beschwerden beim Inspektor nützen nichts. Das Del, das den Arbeitern geliefert wird, ist verdorben und ruft Hautkrankheiten hervor. Maschinen alten Systems werden angewendet und den Schaden hat die Verwaltung. Den Arbeitern fällt es schwer, die Arbeit vorrichtsmäßig zu liefern. Gefragt wird über den Ton, den der Inspektor anspricht auch den Meistern gegenüber, die dadurch nicht an Ansehen gewinnen. Noch heftiger werden natürlich die Arbeiter angefahren. Auch die Reinlichkeit läßt zu wünschen übrig. Die Spundnäpfe bleiben vierzehn Tage lang ungeräumt.

Auch aus Hanau kommen Klagen. Den Arbeitern ist die Schutzkleidung entzogen worden. Die Arbeiter bitten, daß ihnen die jetzige Arbeitszeit erhalten bleibt, die auf Veranlassung des Direktors verändert werden soll. Beschwerde wird über zwei Meister geführt, die durch Erpressung von den Arbeitern über 400 M. herausgeschlagen haben. Als die Arbeiter ihr Geld zurück verlangten, wurden sie mit Maßregelung bedroht. Von dem Obermeister dort wird behauptet, daß er sich durch Liebesgaben, die seine Familie in Empfang nimmt, bescheiden läßt. Aus dem Unterstützungsfonds, der in Spandau für Arbeiter errichtet ist, hat sich Meister Jäger 150 Mark erschlichen. Die Quittung dafür ist vorhanden. Dieser Meister Jäger steigt immer mehr im Ansehen bei seinen Vorgesetzten zum Schaden der Arbeiter. Selbst der „schlichte Mann aus der Werkstatt“ (Heiterkeit), der noch vor zwei Jahren die Spandauer Institute als Musterwerkstätten bezeichnete, hielt gestern eine Revision der Verhältnisse von oben bis unten für notwendig. Ich habe mich gefreut, daß unter Erziehung auf so fruchtbaren Boden gefallen ist. (Lachen rechts. Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Generalmajor Sirt von Arnim:

Die Wünsche des Herrn Pauli auf Lohnverbesserungen in Spandau liegen der Lohnordnungs-Kommission vor, wie auch die Wünsche der Arbeiterauschüsse und werden zur definitiven Feststellung der Lohnordnung benutzt. Der Termin des Inkrafttretens dieser Lohnordnung mußte hinausgeschoben werden. Eine Schädigung der Arbeiter ist dadurch nicht eingetreten. Jedemfalls ist zu hoffen, daß die Lohnordnung günstig wirken wird. Die Zahl der Arbeiter, die über 4 M. erhalten, ist wieder gestiegen, überhaupt stehen wir im allgemeinen, was die Höhe der Löhne anbelangt, besser da als die Privatindustrie oder Kommunalbetriebe. Den Herren, die es wünschen, wird das statistische Material über diese Verhältnisse bereitwillig zugänglich gemacht werden. (Bravo.) Einzelne Kategorien, wie die Artillerie- und Traindepotarbeiter, bedürfen allerdings noch der Aufbesserung. — Die Gehälter der Beamten hängen zusammen mit einer allgemeinen Neuordnung in der Verwaltung der technischen Institute. Einzelne Beamtenkategorien, wie die Meister, herauszugreifen, ist nicht möglich. Lediglich finanzielle Rücksichten werden es bestimmen, wann die Neuordnung der Beamtengehälter erfolgen kann. Je eher dies möglich ist, desto lieber wird es der Militärverwaltung sein. Sehr eingehend sind die Schreiberverhältnisse erörtert worden. Der Wunsch, daß die Verwaltungsbeamten Beamte werden, ist unerfüllbar und auch vom Reichstag früher abgelehnt worden. Die Lage der Kanzeleischreiber ist, wie ich in der Kommission nachgewiesen habe, lange nicht so traurig, wie es Herr Jubel hinstellte. — Daß die Wohnungen in Spandau von den besser entlohnten Arbeitern eingenommen werden, ist leider richtig. Das liegt daran, daß zu teuer gebaut ist. In Zukunft werden auch für die niedrig entlohnten Arbeiter Wohnungen beschafft werden. Die Verhältnisse der Kantinen werde ich untersuchen. Wenn die Kassen zu kurz sind, wird für längere Offenhaltung der Kantinen gesorgt werden. Daß sie den Tag über offen sind, halte ich nicht für richtig. — Was die Ausführungen des Herrn Jubel betrifft, so kann ich unmöglich auf alle von ihm vorgebrachten Fälle eingehen. Wenn die Rede gedruckt vorliegt, werde ich sehen, über welche Punkte in Erwägung einzutreten ist. — Daß gewisse Ersparnisse eingetreten sind und Arbeiterentlassungen zur Folge hatten, ist richtig; das war aber eine notwendige Konsequenz der beschränkten, uns vom Reichstag zur Verfügung gestellten Mittel. Jedenfalls ist es uns gelungen, die Zahl der zu entlassenden Arbeiter durch die Schreibungen von 900 auf 400 zu verringern. Ob bei einzelnen Entlassungen zu rigoros vorgegangen ist, wie Herr Jubel behauptete, kann ich nicht nachprüfen, im allgemeinen kann ich jedenfalls den Direktoren das Zeugnis anstellen, daß sie mit äußerster Sorgfalt alle näheren Verhältnisse, die in Betracht kommen: Familie, Dauer der Beschäftigung usw., prüfen. Daß Arbeiter-Auschüsse die Arbeit niedergelegt haben, ist vorgekommen. Es handelte sich aber um Mißverständnisse, um Bagatelien, so daß eine Verständigung nach einigen Tagen möglich war. Manchmal lag der Grund auch in Schwierigkeiten, die die Ausschüsse mit den Arbeitern selbst hatten. Sozialdemokratische Agitation von den Werkstätten fern zu halten, sehen wir allerdings als unsere Pflicht an. (Sehr richtig! rechts.) Daß eine Wahlagitation von Seiten der Behörden stattgefunden hat, ist mir völlig unbekannt. Die Reden des Herrn Kriegsministers sind allerdings den Arbeitern zugänglich gemacht; ich sehe nicht ein, warum wir nicht für die Aufklärung unserer Arbeiter sorgen sollen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Das Bedürfnis war ein sehr großes. Ob Fälle von Erpressungen vorgekommen sind, wird nachgeprüft werden. Besser wäre es, wenn derartige Beschwerden an zuständiger Stelle vorgebracht würden. — Wir sind noch wie vor bemüht, für das Wohl unserer Arbeiter zu sorgen, soweit es in unserer Kraft steht und soweit die Mittel ausreichen. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Becker (C.): Die Arbeiter in den mir bekannten Reichsbetrieben sind im großen ganzen mit ihren Löhnen und Arbeitsbedingungen zufrieden. Das läßt sich nicht aus, daß immerhin einzelne Wünsche bei den Arbeitern vorhanden sind. So haben die Siegburger Arbeiter den dringenden Wunsch, daß die Kriegsverwaltung für ältere, invalide gewordene Arbeiter eine Pensionsklasse einrichte. Die bestehenden Alterszulagen sind nicht zureichend, außerdem haben die Arbeiter kein Anrecht darauf.

Abg. Pauli-Potsdam (L.): Mit den Ausführungen vom Bundesratsrat ist auch das Haus zufrieden sein. Ich habe gestern kein einziges provozierendes Wort gegen die Herren Sozialdemokraten gebraucht, das habe ich Herrn Jubel überlassen. Wir wollen die Geschäfte des Hauses besorgen, das Provokieren überlassen wir Ihnen! (zu den Sozialdemokraten.) Herr Jubel rief mir im vorigen Jahre zu: „Sehen Sie sich nach einem andern Wahlkreis um!“ Aber ich bin wieder da, vertritt denselben Wahlkreis! (Heiterkeit rechts.) So schlecht sind die Institute in Spandau nicht, wie Herr Jubel es in seiner verworrenen Rede eben darzustellen suchte. (Sehr gut! und Heiterkeit rechts.) Ueber die Wahlagitation ist Herr Jubel ganz falsch informiert. Von 2 Uhr nachmittags hatten die Arbeiter am Wahltag völlig frei. Da sind sie denn auch als Schleppe eingetreten, und auch auf meiner Seite. Wer wollte löstigeitren Arbeitern das verwehren? Ich könnte schöne Platten

von der Wahl anführen. So hat ein Arbeiter an drei verschiedenen Stellen Viehnicht gewählt. Ich kann nichts dafür, wenn das Vier, das der Schwiiegerbater Viehnichts bereits für die Arbeiter aufgelegt hatte, nicht getrunken wurde, wenn die Tausende von Fadeln für Herrn Viehnicht nicht angezündet werden konnten! (Sehr gut! und Heiterkeit rechts.) Das ist die schlimmste Wahlbeeinflussung, daß man Arbeiter zu lauern sucht, indem man ihnen Freibier verspricht. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Sie (zu den Sozialdemokraten) wollen nur Ihre Parteilasse füllen, das ist Ihr ganzer Lebenszweck: Sie treten nur für die Arbeiter ein, um von den Arbeitergroßen zu leben! (Große Unruhe bei den Sozialdemokraten. Wiederholte Rufe: Unverschämtheit! — Frechheit!)

Vizepräsident Graf Stolberg: Wenn Sie sagen, die Sozialdemokraten trieben nur Agitation, um von den Großen der Arbeiter leben zu können, so nehme ich an, daß Sie damit nicht Mitglieder dieses Hauses gemeint haben (Heiterkeit und Unruhe), sonst würde es unzulässig sein.

Abg. Pauli (fortfahrend): Ich gebe dem Hause anheim, wie es darüber denkt. Der konservative Kandidat Hammer hatte Herrn Jubel zugestanden, daß er sich mit ihm in einer Wahlversammlung auseinandersetzen wolle, zu der Herr Jubel nur 10 Genossen mitbringe. Herr Jubel aber brachte 100 Genossen mit und ging mutig in der Mitte. (Heiterkeit.) Das nennen Sie Mannesmut! Das sind doch komische Verhältnisse des Begriffes „Mut“. (Gelächter bei den Sozialdemokraten.) Herr Jubel hat in einer Versammlung in Potsdam behauptet, ich sei im Jahre 1896 im Reichstage gegen die Vergütung des Hofenstrafes aufgetreten. Ich bin aber erst seit 1898 im Reichstage. (Große Heiterkeit rechts.) Sie (zu den Sozialdemokraten) werden sich bei den nächsten Wahlen wieder die verdiente Niederlage holen! (Weißfall rechts.)

Abg. Singer (Soz.): Herr Pauli hat behauptet, wir Sozialdemokraten füllten bei der Wahlagitation unsere Taschen auf Kosten der Arbeiter. Er hat deutlich zu erkennen gegeben, daß es seine Absicht war, uns direkt diesen Vorwurf zu machen. Von einem anständigen Manne sollte man verlangen, daß er einen solchen Vorwurf nicht ohne Beweis erhebt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich kann nur erklären, daß an dieser Behauptung selbstverständlich nicht ein wahres Wort ist. Ich fordere Herrn Pauli auf, uns den unter unsren Genossen zu nennen, der Wahlagitation treibt, um seine Taschen zu füllen. Wenn jemand außerhalb dieses Hauses uns gegenüber eine solche Behauptung aufstellte, so würden wir ihn einen erbärmlichen Verleumder nennen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dr. Baasche: Ich kann selbst unter dieser Bedingung eine solche Keufzerung einem Abgeordneten gegenüber nicht zulassen. (Zurufe bei den Sozialdemokraten: Aber die Verleumdung haben Sie zugelassen!) Die Verleumdung ist nicht ausgesprochen gegen irgend ein Mitglied dieses Hauses. (Lebhafter Widerspruch und große Unruhe bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Jubel (Soz.): Wenn Herr Pauli heute noch diesem Hause angehört, so verdankt er das, was ich allerdings im vorigen Jahre nicht vermuten konnte, allein dem Umstande, daß er auf der linken Seite dieses Hauses, bei der Freisinnigen Volkspartei, politische Freunde besitzt, die bei der Stichwahl voll und ganz für ihn eingetreten sind. (Bravo! rechts.) Herr Pauli hat bei der Hauptwahl 13 588 Stimmen, die Sozialdemokraten 15 780 Stimmen, die Freisinnige Volkspartei 5033 Stimmen erhalten. Alle Stimmen der Freisinnigen sind dem „schlichten Mann aus der Werkstatt“ bei der Stichwahl zugefallen. Herr Pauli hat heute den Mund so außerordentlich voll genommen und ist doch mit kaum 200 Stimmen Majorität gewählt worden. Er wird auch wissen, daß seine Lage in diesem Hause als gezählte zu betrachten sind. In Spandau hat er 4119 Stimmen bekommen, der Sozialdemokrat 5600 Stimmen. (Große Unruhe rechts. Lebhafter Rufe: Zur Sache!)

Vizepräsident Dr. Baasche: Ich kann den Redner jetzt nicht unterbrechen, nachdem beinahe zwei Stunden die Sache behandelt ist und Herr Pauli ihn angegriffen hat. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Jubel (fortfahrend): Herr Pauli ist außerordentlich wandlungsfähig. Gestern erklärte er, das Kriegsministerium komme aus den Erwägungen nicht heraus, und heute sprach er ihm das größte Vertrauen aus. Die Behauptung, daß ich dem Kandidaten der konservativen Partei das erwähnte Versprechen gegeben hätte, wenn er mich in seiner Versammlung sprechen lasse, um meinen Standpunkt klar zu legen, erkläre ich für eine bewusste Unwahrheit. Die Stimmen für Herrn Pauli sind zurückgegangen von 41,7 Proz. auf 38 Proz., die der Sozialdemokratie gestiegen von 33 Proz. auf 44 Proz. Hoffentlich sehen wir Herrn Pauli zum letzten Male im Reichstage. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dr. Baasche: Zu Wort ist nur noch Herr Pauli gemeldet. An und für sich sind ja solche Zwiegespräche zwischen zwei Abgeordneten aus einem Wahlkreise nicht sonderlich geeignet zur Fortführung unfer Geschäfte. (Heiterkeit.) Ich bitte Herrn Pauli, sich möglichst kurz zu fassen.

Abg. Pauli (L.): Ich will mich bemühen, dem Wunsche nachzukommen. Herrn Singer erwidere ich, daß sein Parteigenosse Herbert in Stettin bei der Wahlagitation von jedem Arbeiter pro Woche 5 Pfennig erhalten hat, so daß er ein Einkommen von 200 M. pro Woche hatte. (Stürmische Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Daß Herr Jubel in einer konservativen Versammlung statt 10 Leute, wie er versprach, 100 mitgebracht hat, ist mir von Herrn Hammer selbst erzählt worden. Herr Jubel ist nur mit Hilfe der Freisinnigen in den Reichstag gekommen.

Vizepräsident Dr. Baasche: Ich erinnere Sie an Ihr Versprechen. (Heiterkeit.)

Abg. Pauli (fortfahrend): Nur noch ein Wort. Herr Jubel behauptete, die Stimmen der Sozialdemokraten würden sich immer mehr vermehren. In Lüneburg haben die Sozialdemokraten 1500 Stimmen weniger als im vorigen Jahre erhalten. Und so wird es jetzt fortgehen, dann fliegen Sie alle hinaus. (Große Heiterkeit.)

Abg. Herbert (Soz.): Herr Pauli hat behauptet, ich erhielte in Stettin von jedem meiner Parteigenossen fünf Pfennig, das mache ein Einkommen von zweihundert Mark wöchentlich. (Auf rechts: Jawohl!) Wer die Behauptung aufgestellt hat, weiß ich nicht. Jedenfalls ist er ein Idiot allerersten Ranges, und wenn jemand eine solche Karre für bare Münze nimmt, so kann man nicht mehr ernsthaft mit ihm diskutieren! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Damit schließt die Diskussion, was mit Provozieren und Heiterkeit begrüßt wird. Das Kapitel wird bewilligt, ebenso debattelos der Rest des Ordinariums.

Es folgt das Extra-Ordinarium. Zum Titel „Anschluß von Militärgebäuden in Mey, Saargemünd, Straßburg u. a. an Wasserleitungen“ bringt Abg. Gröber (C.) die Meyer Wasserlieferungs-Frage zur Sprache. Es sind hier zu Unrecht Vorwürfe gegen die Meyer Kommunalverwaltung erhoben worden. Der Fall ist typisch für die Folgen, die falsche Berichte an höchster Stelle nach sich ziehen müssen. Das kaiserliche Telegramm wäre berechtigt gewesen, wenn die ihm zu Grunde liegenden Voraussetzungen wahr gewesen wären. In Wirklichkeit war gar keine Epidemie vorhanden und die Stadtverwaltung hat dies durch Plakate der Bevölkerung mitgeteilt, ohne daß die kaiserliche Aufsichtsbehörde eingeschritten wäre. Das beweist, daß sie nicht einschreiten konnte. 1870 entstand in Mey eine Typhus-Epidemie, als bei der Verlagerung die Gorgier Wasserquellen der Stadt abgescnitten waren. Die Epidemie hörte auf, als die Stadt ihre verlästerte Douillonquelle wieder hatte! Einzelne Typhusfälle sind in Mey stets vorgekommen. Aber nirgends läßt sich ein Zusammenhang mit dem Geruch von Wasser aus der Gorgier Leitung

nachweisen. Viel eher als der Stadtverwaltung könnte man der Militär- und Staatsverwaltung einen Vorwurf daraus machen, daß sie die Regelung der Wasserwerkfrage so lange verzögert hat. (Bravo! im Centrum.)

Generalmajor Galkwitz: Ich habe bereits in der Budgetkommission erklärt, daß die Militärverwaltung bei der Abfassung des mehrfach erwähnten Telegramms in keiner Weise beteiligt gewesen ist. — 1870 waren die Gorker Wasserquellen noch gut, heute sind sie verfallen. Schon der Umstand, daß die Stadt beschloffen hat, die Quellen jetzt ganz aufzugeben und nicht mehr zu reparieren, beweist, daß nicht alles in Ordnung war. Die Militärverwaltung hat seit Jahren auf eine Regelung der Wasserwerkfrage gedrängt, ihr kann man also keine Schuld beimessen.

Nach weiteren Bemerkungen des Geheimrats v. Holten und des Abg. Gröber (C.) schließt die Diskussion. Der Titel wird bewilligt. Für die Verlobung des deutschen Eisenbahnbesitzer im Interesse der Landesverteidigung werden 11 400 000 M. gefordert. Die Kommission hat von dieser Summe 800 000 M. abgesetzt. Das Haus beschließt debattelos nach dem Kommissionsantrag.

Abg. Jüri zu Dohna-Schloditten (L.) erkundigt sich nach dem Stande der Entfestigungsfrage in Königsberg i. Pr.

Generalmajor Stgt v. Armin: Diese Frage ist zur Zeit Gegenstand der Beratungen zwischen den beteiligten Ressorts. Vor Abschluß der Verhandlungen kann ich natürlich keine bestimmten Angaben machen. Die Interessen der Stadt werden seitens der Militärverwaltung in jeder Weise gewahrt werden. (Bravo!)

Das Extra-Ordinarium wird bewilligt. Die Petitionen zum Militär-Etat werden entsprechend den Kommissionsbeschlüssen erledigt.

Vizepräsident Dr. Paasche: Damit ist der Militär-Etat erledigt. (Bravo!)

Es folgen Wahlprüfungen, zunächst über die Wahl des Abg. Grafen Ballestrem (C.). Die Kommission beantragt, die Wahl für gültig zu erklären.

Vizepräsident Dr. Paasche: Das Wort hat der Berichterstatter, Abgeordneter Dr. Wiemer.

Abg. Dr. Wiemer (fr. Sp.): Ich verzichte! (Bravo!)

Für den Kommissionsbeschluss erhebt sich das gesamte Haus. Vizepräsident Dr. Paasche: Ich notifiziere, daß die Wahl des Abg. Grafen Ballestrem einstimmig für gültig erklärt worden ist. (Lebhafte Bravo's.)

Die Wahl des Abg. Hartling-Wiesbaden (natl.) beantragt die Kommission für gültig zu erklären.

Abg. Lipinski (Coc.): Gegen die Wahl war Protest erhoben wegen ungeschickter Verbote von Versammlungen. Solche Verbote sind außerordentlich häufig. So sind im ersten schlesischen Wahlkreise 57 Versammlungen verboten worden, weil Befehl vorliegen sollte, daß Minderjährige daran teilnehmen könnten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Nach der Wahl haben dann die höheren Behörden erklärt, daß diese Verbote auf einer falschen Auslegung des Vereinsgesetzes beruhten. Von den anderen zahlreichen Fällen solcher Versammlungsverbote will ich nur ein paar Proben anführen.

Präf. Graf Ballestrem: Ich muß Sie bitten, nur zu der Wahl zu sprechen, die uns beschäftigt. Eine ganze Liste solcher Verbote jetzt vorzulesen, das geht doch nicht.

Abg. Wellstein (natl.): Die Wahlprüfungs-Kommission kann sich nur an das ihr vorliegende Material halten, auf theoretische Erörterungen sich einzulassen, ist nicht ihre Sache. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.)

Die Wahl des Abg. Hartling wird hierauf für gültig erklärt.

Neber die Wahlen der Abgeordneten Drejski (Pole) und Münch-Ferber (natl.) werden Weisenerhebungen beschloffen.

Die Wahlen der Abgeordneten Günter (fr. Sp.), Gué (Coc.), Fehr, von Wolf-Metternich (C.), Mattien (natl.), Fries (natl.), Gräfe-Wintz, Lenzmann (fr. Sp.), Dr. Pachnide (fr. Sp.), Sittari (C.) und Jessen (Däne) werden für gültig erklärt, über die Wahl des Abg. Dietrich (L.) werden Weisenerhebungen beschloffen.

Die Wahl des Abg. Buchwald (Coc.) beantragt die Kommission für ungültig zu erklären.

Abg. v. Gerlach (Kosp. der fr. Sp.): Ich bin der Meinung, daß die Wahl für gültig erklärt werden muß. Eine amtliche Wahlbeeinflussung ist infolgedessen vorgekommen, als der altenburgische Minister v. Hellendorff sich in einer Versammlung gegen die Kandidatur des Bändlers von Widdau ausgesprochen hat. Herr v. Hellendorff hat sich aber gleichzeitig gegen die sozialdemokratische Kandidatur erklärt. Er sagte nach dem Bericht der „Altenburger Landeszeitung“: „dem Vorgehen der Umsturzpartei müsse ein Ende gemacht werden“. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Außerdem lag noch eine dritte Kandidatur vor, die des freisinnigen Volksparteilers Dr. Hartmann. Diese Kandidatur wird mit einer gewissen Eleganz aus dem schriftlichen Bericht, der überhaupt in Behauptungen härter ist als in Beweisen, zu eliminieren versucht. Der Bericht sagt, diese Kandidatur sei keine ernsthafte gewesen. Es entschieden aber auf Dr. Hartmann fast 3000 Stimmen. Die Rede des Herrn v. Hellendorff mag allerdings Herrn v. Widdau einige Stimmen gelostet haben, diese Stimmen sind aber der freisinnigen Kandidatur zu gute gekommen. Daß die Rede des Ministers dem Sozialdemokraten zu gute gekommen sein sollte, ist nirgend bewiesen und nach den politischen Verhältnissen ja auch ganz ausgeschlossen. Im Bericht wird zwar gesagt, die Sozialdemokratie habe sich in ihren Flugblättern auf die Rede v. Hellendorff berufen. Die dort angeführten Stellen aber stammen gar nicht aus der Rede v. Hellendorff. Der größte Schmeißer liegt in der Behauptung, daß „Agrarier aus Erbitterung über das Verhalten des Ministers, um der Regierung gleichsam einen Denkzettel zu geben“, sozialdemokratisch gewählt hätten. Hier muß ich ein Wort zu Gunsten der Agrarier sagen: (Lautes ironisches Bravo! rechts.) für so borniert halte ich keinen Agrarier. (Lachen rechts.) Ich bitte, die Sache unparteiisch und objektiv zu betrachten und die Wahl für gültig zu erklären.

Abg. Dr. Wolff (Wirtschaftl. Sp.): Herr Gerlach hat seine Behauptung, daß der Bericht des Abg. Dr. Wolff (Heiterkeit) logische Schmeißer enthalte, nicht bewiesen. Er behauptete, es wäre unmöglich, daß Mitglieder des Bundes der Landwirte aus Wut über die Erklärung des Ministers sozialdemokratisch gewählt hätten. Wir haben aber auch unsre Mitsäuler wie die Sozialdemokratie. Es entspricht durchaus der Volkspolologie, daß die Leute sich sagten, wenn trotz aller Erklärungen der Regierung für die Landwirtschaft ein Minister eine solche Erklärung abgibt, dann bleibt nichts übrig, als daß wir sozialdemokratisch wählen. Viele Wähler, die sonst v. Widdau gewählt hätten, sind auch zu Hause geblieben und haben durch ihre Stimmenthaltung dem Sozialdemokraten die Mehrheit verschafft. Herr Buchwald hat nur eine Mehrheit von etwas über 500 Stimmen bei 86 000 abgegebenen Stimmen. Die Augen Genossen haben die Rede des Ministers in der einseitigsten Weise für ihre Interessen ausgenutzt. Eine Wahlbeeinflussung zu Ungunsten des unterlegenen Kandidaten muß auch naturgemäß zu Gunsten des siegreichen Kandidaten wirken. Daher ist auch die Kommission zu der Ungültigkeitserklärung der Wahl gekommen. Daß die freisinnige Kandidatur mit Recht aus dem Bericht eskamotiert ist, hat der Verlauf der Wahl bewiesen. (Widerpruch links.) Ich bitte Sie, den unparteiischen Beschluß der Kommission anzunehmen. (Bravo! rechts.)

Abg. Fischer-Verein (Coc.): Herr Gerlach hat den Standpunkt vertreten, daß das Auftreten des Ministers v. Hellendorff genüge, um die Wahl für ungültig zu erklären. Diesen Standpunkt hat die Kommission nicht eingenommen; wir nähern uns diesem Standpunkt eher. Wenn der Reichstag erklärt, daß Eintreten eines hohen Staatsbeamten in die Wahlprüfung genügt zur Kassierung der Wahl, so sind wir bereit, diesen Standpunkt einzunehmen und alle Konsequenzen daraus zu ziehen. Aber das Haus und die Wahlprüfungs-

Kommission haben bisher diesen Standpunkt nicht vertreten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Beschluß der Kommission bedeutet eine vollkommene Verleugnung ihres bisherigen Standpunktes. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Am 22. Januar 1904 hat in einer Versammlung, keiner Wähler-versammlung, Abg. v. Widdau Bericht über die Jollistampfe erstattet. Dazu hat Herr v. Hellendorff seine Meinung gesagt. Das war lange vor Ausschreibung der Wahl! Wollen Sie auch Neuerungen aus 1902, aus 1901 als Wahlbeeinflussungen auffassen? Bisher hat die Wahlprüfungs-Kommission nur Ereignisse aus der Zeit von der Ausschreibung der Wahl bis zur Wahl als Momente der Wahlbeeinflussung angesehen. Sie (nach rechts) müssen aus Ihrem jetzigen Beschluß die Konsequenz ziehen, daß kein Beamter je seine politische Meinung sagen darf! Jede Neuerungen eines Beamten, eines Ministers, des Königs, des Kaisers zu irgend einer Zeit müßte als Wahlbeeinflussung angesehen werden! Wer kann ernsthaft glauben, daß ohne die Stellungnahme des Ministers v. Hellendorff die Sozialdemokratie in Altenburg nicht gesiegt hätte? Gerade bei Organisationen wie dem Bunde der Landwirte und der Sozialdemokratie, die Interessenvertretungen sind, ist es ausgeschlossen, daß jemand gegen sein eigenes Interesse stimmt! Die Wahlbeeinflussung im Wahlkreise Altenburg war immer außergewöhnlich groß. Bei diesem großen politischen Interesse sollen Tausende von Agrariern aus Wut gegen die Regierung für den Sozialdemokraten gestimmt haben! Noch dazu war am 16. Juni Herr v. Hellendorff gar nicht mehr Minister! Eine solche Demonstration gegen einen Minister a. D. wäre doch völlig sinnlos. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Falls die Ministerrede überhaupt eine Wirkung gehabt hat, kann sie höchstens dem freisinnigen Kandidaten zu gute gekommen sein. Man muß sich geradezu auf den Kopf stellen (Zuruf rechts): Stellen Sie sich doch auf den Kopf! Heiterkeit), um die Dinge so zu sehen, wie sie die Mehrheit der Kommission sieht.

Hat es sich hier überhaupt um eine amtliche Wahlbeeinflussung gehandelt? Es war keine Wählerversammlung. Es gab vielleicht noch gar keinen Kandidaten des Freisinn und der Sozialdemokratie. Es war eine konservative Parteiversammlung. Es handelte sich um die Frage, ob der bisherige Kandidat v. Widdau, der in dieser Versammlung Bericht erstattete, geeignet sei zu einer Kompromißkandidatur zum Kampfe gegen den Minister. Der Minister hat sich aufs schärfste gegen die Sozialdemokratie ausgesprochen. Wie können Sie da die Wahl kassieren? Das können Sie doch nur aus dem einzigen Grunde, weil die Wahlbeeinflussung gegen die Sozialdemokratie erfolglos geblieben ist. Wenn die Wahl zu Ungunsten Buchwalds ausgefallen wäre, hätten Sie nie daran gedacht, das Eintreten des Ministers gegen v. Widdau als Wahlbeeinflussung auszulagen und die Wahl zu kassieren. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Wellstein (C.) bestreitet, daß der Beschluß der Kommission von ihrer bisherigen Praxis abweiche.

Abg. Stücken (Coc.): Ich kenne die Vorgänge aus eigener Anschauung. Das, was die Kommission als Wahlbeeinflussung ansehen will, war nur ein häuslicher Streit zwischen dem Bunde der Landwirte und den städtischen Konservativen. Herr Dr. Wolff hat einen Brief erwähnt. Ich kann mir nach meiner Kenntnis der Verhältnisse denken, wer der Briefschreiber gewesen ist. Den Agrarier liegt alles daran, die Ungültigkeitserklärung der Wahl durchzuführen. Die Ungültigkeitserklärung würde bedeuten, daß Macht vor Recht geht! (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Wiemer (fr. Sp.): Wir haben schon in der Kommission für Gültigkeit der Wahl gestimmt. Nach den Prinzipien der freien Beweiswürdigung halten wir auch jetzt amtliche Wahlbeeinflussung nicht für erwiesen. Wir beantragen die Wahl an die Kommission zurückzuverweisen.

Bei der sofort vorgenommenen Abstimmung über den Antrag auf Rückverweisung wird dieser gegen die Stimmen der Linken, der Polen und Antisemiten sowie der bairischen Centrumsmitglieder und des Abg. Müller-Pulba (C.) abgelehnt.

Abg. Fischer (Coc.) polemisiert gegen den Abg. Wellstein. Nur weil ein Sozialdemokrat gewählt sei, wolle man hares Recht beugen.

Damit schließt die Diskussion. Die Abstimmung ist auf Antrag Singer namentlich. Die Ungültigkeit wird mit 126 gegen 81 Stimmen bei 4 Stimmenthaltungen ausgesprochen.

Abg. Wellstein (C.) beantragt, die Prüfung der Wahl des Abg. Blumenthal morgen als ersten Punkt auf die Tagesordnung zu setzen. Auf Widerspruch der Abg. Bayer (fr. Sp.) und Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.) hin wird der Antrag abgelehnt.

Auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung, Donnerstag 1 Uhr, steht somit: 1. Zweiter Nachtrag-Etat für Südwestafrika, 2. Marine-Etat.

Schluß 8 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

43. Sitzung vom 16. März 1904, mittags 11 Uhr.

Am Ministertische: Studt.

Zur Beratung steht der Etat des Ministeriums der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten, in zweiter Lesung. (Titel Ministergehalt.) Der Berichterstatter Abg. Winkler (L.) schlägt vor, aus dieser Generaldebatte wie in früheren Jahren die allgemeinen Universitätsfragen, die Fragen des höheren elementaren und technischen Unterrichtswesens, der Kunst und Wissenschaft auszuscheiden und bei den Ueberschriften der einzelnen Kapitel eine allgemeine Debatte zu eröffnen. Vorbehalten bleibe natürlich, auf diese Fragen einzugehen, soweit sie mit der großen Politik in Zusammenhang stehen.

Präsident v. Kröcher: Abgesehen von dem letzten Vorbehalten (Heiterkeit) stimme ich der Anregung zu.

Abg. Fehr v. Jeditz (fr.) macht zur Geschäftsordnung darauf aufmerksam, daß auch die Fragen, die in besonderen — zurückgestellten — Anträgen behandelt seien, hier nicht besprochen werden sollten. Auf Vorschlag des Abg. Dr. Forst, dem die Abg. v. Jeditz, von der Heydebrand und v. Kröcher zustimmen, wird die oberschlesische Frage gesondert am Schlusse der Generaldebatte erörtert werden. Zur Sache erhält das Wort

Abg. Dr. Hadenberg (natl.): Der konfessionelle Friede im Lande hängt wesentlich vom Verhältnis der Regierung zu den Konfessionen ab. Der Friede hängt davon ab, ob sie versteht, ihre Stellung gegenüber den Konfessionen festzuhalten, oder ob fremde Einflüsse sich einbringen. Alle Interessen zu befriedigen, ist ja so schwer wie die Quadratur des Kreises. Ich kann auch verstehen, daß bei der Zersplitterung der staatsbehaltenden Parteien, bei der drohenden Ablehnung notwendiger Forderungen für unsre Wehrkraft die Regierung keine staatsbehaltende Partei unnötig erbittern will, um nicht die bestehenden Schwierigkeiten zu vernebeln.

Ich erkenne also an, daß ich das Entgegenkommen der Regierung an die katholische Kirche und das Centrum aus diesen Gründen verständlich finde, aber es gibt eine Grenze, wo das Entgegenkommen aufhört. Und jetzt sind wir bei der Grenze angelangt oder haben sie überschritten. (Große Unruhe im Centrum.) Die Grenze bilden die berechtigten Empfindungen des andern Bevölkerungssteiles. (Lebhafte sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Man kann über die Notwendigkeit und Richtigkeit der Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes streiten, aber begreifen Sie denn nicht die symptomatische Bedeutung der Gegenbewegung, die tiefe Entrüstung weiter Kreise?

Von dem Erlaß, der am 23. Januar d. J. in Schulangelegenheiten erging (Zuruf im Centrum: Auch das noch!), ist einiges gewiß berechtigt, die Aufhebung einiger Verbote ist durchaus zu billigen. Aber das Vereinswesen, die Vereinsmeierei, so hieß es bisher immer, soll von der sich für das Studium vorbereitenden Jugend ferngehalten werden. Die haben ihre Vereine in der Schule, in den

Klassen, dort arbeiten sie gemeinsam hin auf alles Gute und Große. Alle Schülervereine können da nur ein Moment der Zersplitterung hinzubringen. Sie werden einwenden, die Jugend, das gefährlichste Alter, sollte eine Stütze finden in gesunder Religion. Es giebt keinen unter uns, der das nicht aus vollem Herzen wünscht. (Lebhaftes Bravo!) Aber ich sage Ihnen gerade als Geistlicher: den Schülern in diesem Alter kann die Religion nicht lieb und wert gemacht werden durch allzu große Anhäufung religiöser Lehren. Solche Kongregationen können die Sittlichkeit heben, sie aber auch zerstören. (Sehr richtig! links.) In anderen Ländern, in denen diese Marianischen Kongregationen weit verbreitet sind, steht die Sittlichkeit nicht höher als bei uns. In Ihren Schriften wird gelehrt, daß ein Kongregationist nicht den zwanzigsten Teil von den Sünden begehrt, die ein anderer Schüler thut. Kann das Bescheidenheit und Demut lehren? Und nun denken Sie sich erst das Verhältnis an den paritätischen Gymnasien! Eine Hauptaufgabe der Kongregationen ist die Jurisdiktion der Pädagogen in den Schoß der katholischen Kirche. Ich bedauere, daß die Klust zwischen den Konfessionen immer tiefer wird. Aber es ist nicht unsere Schuld. (Unruhe und Widerspruch im Centrum.) Ist es aber wünschenswert, daß die Schüler der höheren Anstalten, die beufen sind, im späteren Leben leitende Stellungen einzunehmen, frühzeitig nach Konfessionen von einander getrennt werden? Sie sollen Achtung vor jeder ehrlichen Ueberzeugung lernen. Sie sollten nicht zu Hygintimus oder Hurratriotismus, sondern zu ehrlicher Liebe zum Vaterlande erjogen werden. Dann aber muß die Politik auch in jeder möglichen Weise von der Schule ferngehalten werden. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Wenn auch die Regierung Unteroffiziere und Schiffe zur Erhaltung ihrer Großmachtsstellung braucht, darf sie deshalb doch nicht die unvergänglichen idealen Güter Deutschlands preisgeben. Mag die Regierung den Parteien, die Wehrforderungen ablehnen, die volle Verantwortung für die Folgen zuschreiben. Aber sie soll nicht Terrain preisgeben, das sie später mit großem Kostenaufwand wieder zurückerobert muß. Für eine solche Politik können wir uns nicht verantwortlich machen. (Lebhafte andauernde Beifall bei den Nationalliberalen und links.)

Abg. Dr. Forst (C.): Der moderne Staat soll aus dem Geist der Reformation stammen? Ich könnte demgegenüber auf die katholischen Staaten hinweisen. Aber wir sagen die Sache überhaupt viel praktischer auf! (Lebhaftes sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Ach, wenn Sie wüßten, wie bescheiden wir sein müssen. Preußen hat katholische Landes-teile recipiert und wir katholischen Preußen haben danach das Recht, in Preußen frei zu leben. (Sehr wahr! im Centrum.) Fürst Bismarck selbst erklärte mitten im Kulturkampf, daß wenn der Frieden käme, die schärfsten Ausnahmestimmungen wieder aufgehoben werden müßten. Man lasse also das häßliche Wort von den „kleinen Gesekten“ und stelle sich auf den großen Standpunkt des Staatsmannes, der die Verantwortung trägt, in schweren Zeiten das Staatsgeschick zu lenken. Wenn jetzt nach langen Jahren ein Teil der kirchenpolitischen Gesetzgebung abgebrochen wird, so entsteht ein ungeheurer Lärm im Vaterlande, während wir doch weit davon entfernt sind, auch nur den Rechtszustand erreicht zu haben, den wir vor den kirchenpolitischen Kämpfen befehen haben. Die erste Grundlage des Staates ist die Gerechtigkeit. Wer der Gerechtigkeit zum Siege verhilft, schädigt nie ideale Güter. Und wir verlangen nichts als Gerechtigkeit, aber volle Gerechtigkeit. (Lebhafte Beifall im Centrum.)

Der § 2 des Jesuitengesetzes enthält Bestimmungen, wie wir sie nicht einmal gegen Anarchisten oder Revolutionäre haben. Es ist ein schlimmeres Ausnahmengesetz als das Sozialistengesetz war. Es stellt die Jesuiten entlassenen Zuchtanstalten und Sagabunden gleich. Selbst Herr v. Bennigsen und der größte Teil der Nationalliberalen haben im Reichstage für Aufhebung des § 2 gestimmt. Schon seit 1897 waren Sie auf die Aufhebung dieses Gesetzes gefaßt. Warum also jetzt diese „unerhörte Aufregung“? Die schlimmen Folgen, von denen die Zeitungen dichten, werden nicht eintreten.

Ueber die Form und den Zweck der Marianischen Kongregationen kann ich mit Ihnen nicht diskutieren. Mit der verhöhnenden Verleugung aus den Statuten haben Sie eine sehr empfindliche Stelle in unsem katholischen Herzen getroffen. (Sehr wahr! im Centrum.) Ich will die Marianischen Kongregationen auch nicht Ihnen gegenüber verteidigen. Sie haben dafür kein Verständnis. (Widerpruch.) Wenn Sie es hätten, würden Sie katholisch! (Stürmische andauernde Heiterkeit.)

Zum Vergleich stelle ich nur die evangelischen Junglingsvereine. Das sind Kinder unter 18 Jahren. (Zuruf des Abg. Dr. Friedberg: Aber nicht Schüler!) Auf einem ihrer Feste in Kiel erliefen sogar der Oberpräsident, welcher Lärm würde entstehen, wenn ein katholischer Oberpräsident zu einem Fest einer Kongregation ginge. (Heiterkeit. Unruhe bei den Nationalliberalen.) Aber das will keiner, das kann keiner thun, weil es einen katholischen Oberpräsidenten überhaupt nicht giebt. (Große Heiterkeit.) Auf einer Tagung der Religionslehrer der Provinz Sachsen wurde über das Thema beraten: Wie rüsten wir unsre Schüler (hört! hört!) zum Kampf gegen den Ultramontanismus aus? Da möge Herr Dr. Hadenberg Frieden predigen! Katholische Lehrer würden nie solche Leisätze aufstellen. (Unruhe bei den Nationalliberalen.)

Auch wir wünschen im Interesse des Vaterlandes die Einigkeit der gläubigen Christen, die durch den Kulturkampf getrennt worden sind. Aber gehen Sie auch von den Worten zu Thaten über. (Bravo! im Centrum.)

Abg. v. d. Heydebrand (L.): Ich frage den Reichskanzler an, warum er vorher im Reichstage angelündigt hat, daß Preußen für Aufhebung des § 2 stimmen werde. Viele Mißverständnisse wären ohne das unterblieben.

Die Erregung über die Aufhebung des § 2 beruht ja zum Teil auf Unkenntnis seines Inhalts und seiner Bedeutung, zum Teil auf Verbeugung auch parteipolitischer Natur. (Lebhaftes wiederholtes sehr richtig! im Centrum.)

Trotzdem vermissen wir weite Volkstheile die Festigkeit in der Stellung der Regierung. Man glaubt, daß sie staatsrechtliche Positionen unangenehmlicher Vorteile willig aufgibt. (Sehr richtig! rechts und bei den Nationalliberalen.) man fürchtet, daß ihr Entgegenkommen zur Schwächung der evangelischen Interessen führen wird. (Lebhafte Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.) Wegen der Aufhebung der Verfügung über die Marianischen Kongregationen haben wir große Bedenken. Sie kann jedenfalls nur so lange gebilligt werden, als nicht der konfessionelle Friede oder pädagogische Interessen geschädigt werden. Beim Jesuitengesetz sagen wir: Bis hierher und nicht weiter! (Lebhafte Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.)

Ministerpräsident Graf Bälou: Als ich das Haus betrat, sprach Herr Dr. Hadenberg die Besorgnis aus, die Staatsregierung könne durch kirchenpolitische Gebiet Zustände machen, durch welche die nationale Weiterentwicklung geschädigt werden könnte. Er sprach von Rücksichtlosigkeit gegenüber dem Centrum, von kleinen Gesekten. Ich freue mich, diese Vorwürfe, die ich auch in der Presse mit dem Worte „Aushandel“ ausgedrückt fand, von dieser Stelle aus beleuchten zu können. Was soll dann dieses ewige Geschrei — ich spreche natürlich nicht von Mitgliedern dieses Hauses (Große Heiterkeit) — über Abhängigkeit der Regierung vom Centrum und über Aushandel! Wo sind denn die Staatsklübe, die ich habe wegstreifen lassen? Um derartige Anklagen nicht unwiderprochen ins Land gehen zu lassen, muß ich hier auf Fragen eingehen, die eigentlich zur Zuständigkeit des Reichstags gehören.

Was hat man hier alles als Entgegenkommen gegen das Centrum ausgelegt. Zunächst das Gesetz für die Sicherung des Wahlgeheimnisses. Die Forderung danach war von keiner Seite ernsthaft bekämpft und von niemand lebhafter gefördert worden, als von dem freisinnigen Abgeordneten Dr. Warth, den wohl niemand für einen geheimen Affilierten des Centrum halten wird. Dann die Erhöhung des Zolles auf Walzgerste. Wenn es Sie interessiert, will ich Ihnen verraten, daß die erste An-

regung zur Unterscheidung zwischen Maß- und Zuttergerste von einem liberalen Abgeordneten ausgegangen ist.

Der Fall Spahn. Herr Dr. Martin Spahn ist für seine Stellung durchaus qualifiziert. Ich habe das schon einmal im Reichstage dargelegt, und Herr v. Köster hat im Reichstage ja ausführlich darüber gesprochen. Die Maßnahmen zur Errichtung der Straßburger Universität haben wir im Interesse des Reichsgedankens getroffen. Es ist mir nun vorgeworfen worden, daß ich mich für die Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes erklärt und mich für seine Aufhebung anheißig gemacht habe; es ist mir insbesondere die dabei eingeschlagene Taktik verübelt worden. Ich will vor allem die unrichtige Behauptung zurückweisen, als ob ich die Bundesregierungen verstimmt hätte, weil ich ihnen meine Erklärung nicht vorher angekündigt habe. Ich will dann weiter betonen, daß die verbündeten Regierungen nach wie vor auf dem Standpunkte stehen, daß eine Zulassung von Niederlassungen der Mitglieder des Ordens der Gesellschaft Jesu nicht angingig ist. Von einer Aufhebung auch des § 1 des Jesuitengesetzes ist absolut keine Rede. Zu der Erklärung vom 3. Februar v. J. habe ich nur für mich persönlich erklärt, daß mir die konfessionellen Verhältnisse in Deutschland die Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes ratsam erscheinen lassen.

Ich habe die Aufhebung nicht für sofort versprochen, nicht einmal für die preussischen Stimmen, sondern ich habe nur versprochen, meinen Einfluß auf die preussischen Stimmen geltend machen zu wollen. Die Zustimmung Preußens habe ich gleich erlangt, die Zustimmung der Mehrheit der verbündeten Regierungen erst nach einem Jahr. Aus Rücksicht auf die Bundesregierungen selbst habe ich diese nicht vorher von meiner beabsichtigten Erklärung in Kenntnis gesetzt. Ich wollte in dieser heiklen Frage alle Verantwortung auf mich nehmen. Die Zustimmung des Bundesrats wäre gewiß schon früher erfolgt, wenn nicht durch das Auftreten des Bischofs von Trier der Mehrheit der Zeitpunkte für die Aufhebung unpassend erschienen wäre. (Sehr richtig! links.) Die Aufhebung selbst habe ich für ein Gebot politischer Zweckmäßigkeit und Billigkeit gehalten und ich habe mich dabei von denselben Gründen leiten lassen, die Herr v. Bennigsen einmal im Reichstage ausgesprochen hat. Die Mehrheit der nationalliberalen Partei hat sich für die Aufhebung des § 2 erklärt. Auch der Abg. Vassermann hat in einer höchst bedeutenden Wahlrede in Karlsruhe diesen Standpunkt noch vertreten. Ich habe zwar gesehen, daß ein Teil der Mitglieder der nationalliberalen Partei nur aus dem Grunde für die Aufhebung des § 2 gestimmt hat, weil er gehofft habe, die Regierung würde dem Beschluß keine Folge geben. (Große Heiterkeit im Centrum.) Das kann ich aber gar nicht verstehen. Ich kann wohl verstehen, daß jemand den Parlamentarismus für schädlich und überflüssig hält; aber daß jemand, der auf dem Boden der Konstitution und des Parlaments steht, nur einen Beschluß fassen könnte in der Hoffnung, daß er nicht zur Ausführung kommt, das wäre ja beinahe jesuitisch. (Große andauernde Heiterkeit.) Ich bin viel zu konstitutionell, als daß ich in Abstimmungen und Anträgen nicht die ethische Absicht sehe, das Beschlossene und Beantragte auch wirklich realisiert zu sehen. Für die Aufhebung des § 2 hat ja auch die konservative Partei gestimmt. Unter dem Antrage stehen außer dem Namen des Grafen Limburg-Stirum der leider verstorbene Grafen Kintowström und v. Levetzow. Es könnte sich also nicht um Schwäche gegenüber einer Partei, sondern nur um zu fremdliches Entgegenkommen gegenüber einem Beschluß handeln, den der Reichstag mit überwältigender Mehrheit angenommen hat. Wenn also irgendwas, was ich energisch bestritte, gebilligt worden ist, so sind wir allzumal Sünder (Heiterkeit) und niemand hat das Recht, sich hier zu drapieren und zu sagen: ich danke dir, daß ich nicht bin wie der Ministerpräsident! (Große Heiterkeit.) Den Sturm in der öffentlichen Meinung habe ich vorher gesehen, aber ein leitender Politiker kann sich nicht richten nach Weisfall oder Mißfall, nach Applaus oder Fischen, sondern muß lediglich das thun, was dem ruhig und pflichtgemäß erwogenen Interesse des Landes entspricht. So gar der engere Anschluß für die Abwehrbewegung gegen die Zulassung der Jesuiten in das Deutsche Reich hat in einer Petition an den Bundesrat erklärt, daß er auf den § 2 keinen Wert lege. Es ist also nichts geschehen, weder auf gesetzlichem, noch auf personellem Gebiet, was den wiederholten Vorwurf der Schwäche der Regierung gegenüber dem Ultramonarchismus rechtfertigen könnte.

Aber mit derselben Entschiedenheit weise ich die verstedten Vorwürfe des Abg. Dr. Borch zurück: die katholischen Mitglieder haben allen Grund, sich ihrer Rechte und Freiheiten zu freuen (Hoi! im Centrum), eine völlige, grundsätzliche Einigung zwischen uns und Ihnen wird nie möglich sein. Es liegt im Wesen der Dinge, daß wir alle Ihre Beschwerden nie werden abstellen können. Wir dürfen aber nicht durch ständige Verleumdung des sehr empfindlichen Grenzgebietes zwischen Staat und Kirche fortwährend schwere Unruhe erzeugen, sondern müssen bemüht sein, den modus vivendi aufrecht zu erhalten, den die Weisheit des Fürsten Bismarck und des vereinigten Papstes Leo XIII gefunden hat. Wir erfüllen die Wünsche der katholischen Bevölkerung, soweit es in einem paritätischen Staat möglich ist, ohne seinen Interessen oder denen der andern Konfessionen etwas zu vergeben. Die Katholiken haben allen Grund, mit ihrer Lage zufrieden zu sein, wenn sie andere Länder zum Vergleich heranziehen, auch katholische — ich nenne absichtlich keinen Namen. Voraussetzung für die Aufrechterhaltung des konfessionellen Friedens ist die Aufrechterhaltung der Staatshoheit, die anzustreben die Regierung zu gestalten wird. Sie wird die katholische Bevölkerung nicht besser behandeln als die evangelische, aber es wäre eine ethische Ungerechtigkeit und ein politischer Fehler, sie schlechter zu behandeln. Sie haben gleichmäßigen Anspruch auf Berücksichtigung, Schutz, Förderung durch den Staat. Die Verschiedenheit der katholischen und evangelischen Kirche übersehe ich durchaus nicht. Man darf die Verhältnisse nicht über einen Leisten schlagen, aber trotzdem ist es unsere Pflicht, nach einer möglichst wenig bedrückenden, möglichst schonenden Regelung zu suchen.

Ich betrachte es als erste Pflicht der Regierung, dafür zu sorgen, daß die Gewissensfreiheit in keiner Weise bedroht wird, daß die Wissenschaft frei, die uns Deutsche teurer ist als jede andre, und die freie Forschung, auf der die Wissenschaft beruht, geschützt wird. Aber wir wollen den Kampf dafür nicht auf eine Weise führen, durch die ohne Not fremde Empfindungen und Gefühle verletzt werden, nicht mit Zwangswaffen, die auf geistigen Gebiet selten zu dauerndem Erfolg führen. Wir mißbilligen auch die Unzulässigkeit derjenigen, die Geist und Wissenschaft allein gepachtet zu haben glauben. Wir wollen den Kampf der Lehren, der Prinzipien, der Dogmen nicht auf politische Gebiet übertragen. Ich bin nicht der Ansicht des Herrn Superintendenten Meier in Jüdisch, der mich in letzter Zeit so scharf angegriffen hat, daß die Bismarcksche Regelung aus dem Jahre 1857 ein schmählicher Kulturfriede, ein trauriges Ereignis der deutschen Geschichte war. Aber wenn ich solche Insinuationen lese, verstehe ich die Empfindungen des alten Weibes, das Holz zum Scheiterhaufen trägt.

Jedenfalls ist es weder lang noch politisch, den Gegensatz zwischen den bürgerlichen Parteien durch übertriebene Betonung der konfessionellen Gegensätze noch zu verschärfen. Ihre Einheit ist notwendig im Interesse der nationalen Geschlossenheit nach außen wie gegenüber der sozialdemokratischen Gefahr im Innern. Was uns trennt, müssen wir aus dem Wege räumen, auch wenn es dabei nicht ohne Opfer an Reichthümern abgeht. (Weisfall im Centrum.)

Kultusminister Staudt (bei der großen Unruhe schwer verständlich) verteidigt die Aufhebung der Erlasse aus dem Jahre 1872 gegenüber dem Abg. Hadenberg. Ich bin mir der Verantwortung, die ich damit übernehmen habe, voll bewußt. Die Entscheidung ist nach meiner tiefsten persönlichen Ueberzeugung getroffen worden, ohne Hinblick auf jeden aktuellen politischen Zweck. Sorgfältige Voruntersuchungen über die Marianischen Kongregationen haben gezeigt, daß sie in keinem Zusammenhang mit den Jesuiten stehen. Das haben mir auch hochgestellte Mitglieder der

katholischen Kirche versichert. Man haben wir zahlreiche evangelische Schillervereine, während die katholischen verboten waren. Ich kann es ja verstehen, wenn das evangelische Bewußtsein sich gegen die Marianischen Kongregationen sträubt. Unzweifelhaft hätten sich auch schwere Uebelstände ergeben, wenn wir nicht bedeutende Anstalten hinzugefügt hätten, die das Staatsinteresse wahren und den konfessionellen Frieden hinreichend sichern. Sollten sich trotzdem Schäden ergeben, so werden wir rücksichtslos dagegen vorgehen. (Bravo!)

Abg. Graf Nolte (H.): Wenn die Regierung auf diesem Wege fortfährt, so wird allerdings in der evangelischen Bevölkerung weitgehende Mißstimmung entstehen. Die Kongregationen hätten in der Schule nichts zu suchen. Die Erfahrungen, die man mit den Kongregationen gemacht habe, ermutigten durchaus nicht dazu, ihnen weiteren Spielraum zu lassen. Die Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes sei als Einzelmaßregel unbedeutend, habe aber Bedeutung, wenn man den gesamten Regierungslauf betrachte. Verbast zu beklagen sei die Uneinigkeit und Zerissenheit der evangelischen Christen. (Weisfall links und bei den Freikonserverativen.)

Hierauf wird die Weiterberatung auf Donnerstag 11 Uhr vertagt.
Schluß 4 1/2 Uhr.

Aus Industrie und Handel.

Die deutschen Kolonien als Kapitalanlagemarkt.

Die Beweggründe, welche die heutigen Kapitalisten für Kolonialerwerbungen begeistern, sind wesentlich andre, als in früheren Perioden der Wirtschaftsgeschichte. Was im sechzehnten und siebzehnten Jahrhundert die Spanier und Portugiesen, die Niederländer und Engländer zu ihren Kolonialerwerbungen trieb, das war in erster Linie die Suche nach edlen Metallen, vornehmlich Gold, und daneben das Bestreben, auf die Ausfuhr der in jenen exotischen Gebieten gewonnenen, in Europa hochgeschätzten Bodenprodukte ein Handelsprivileg zu erlangen, das ihnen ermöglichte, ungehindert durch fremde Konkurrenz, diese Erzeugnisse auf dem damaligen europäischen Markt mit enormen Profiten abzusetzen.

Als später die maschinelle Großindustrie sich mehr und mehr ausdehnte, begann man, die Kolonien von einem andern Gesichtspunkt aus zu betrachten: als gute Absatzgebiete für die Ware, die der einheimische Markt nicht aufnehmen vermochte. Um nun diesen Absatz dem Mutterlande möglichst zu sichern, wurde zwischen diesem und seinen Kolonien ein wohlausgestelltes System von Handelsbegünstigungen und Differentialzöllen eingeführt, das den Händlern anderer Nationen den Export nach diesen Kolonien entweder ganz verperrte oder wenigstens stark beschränkte.

Auch England befolgte in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts eine solche Kolonial-Handelspolitik. Mit dem stetigen Fortschritt des englischen Industrialismus verloren aber diese Maßnahmen zum Säuße des Absatzes nach und nach alle Berechtigung. England erlangte unter den europäischen Staaten thatsächlich ein Weltindustrie- und Welthandelsmonopol. Auch ohne jene besonderen Schutz behaupteten seine Industrieprodukte die Kolonialmärkte, und zwar nicht nur die Märkte der eignen Kolonialbesitzungen, sondern trotz aller Zollschranken zum Teil auch der fremden Kolonien. Weshalb also sollte die englische Industrie sich durch derartige zollpolitische Abwehrmaßnahmen ein Monopol sichern, das sie ohnehin besaß und das nur den europäischen Kontinentalstaaten einen Vorwand zu ähnlichen, noch schärferen Abwehrungen lieferte? Schon in den zwanziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts regte sich denn auch in England eine lebhaftere Opposition gegen diese Art der Kolonialpolitik, die mit dem Erstarken der sogenannten Manchester Schule immer mehr an Boden gewann. Vielfach finden wir sogar in den vierziger, fünfziger Jahren die Ansicht vertreten, daß der Besitz von Kolonien nur eine den Wohlstand des Bürgerthums beeinträchtigende Last sei; denn die Erhaltung der Kolonien koste bedeutende Summen, während der Absatz nach jenen Gebieten auch ohnehin in England verbleibe. So begann denn das damalige englische Kolonial-Handelsystem schnell abzubrechen, 1860 wurden dessen letzte Reste beseitigt.

Heute steht wieder in England wie bei fast allen andern großen Staaten das Streben nach Kolonialerwerbungen im Vordergrund, aber das Motiv ist ein andres geworden. Zwar spielt auch heute noch dabei der Warenexport eine Rolle, doch weit größere Wichtigkeit haben für die Kapitalisten die Kolonien als profitable Anlagemärkte für ihre überschüssigen Kapitalien erlangt. Nicht mehr das Absatzbedürfnis der Industrie, sondern das Verwertungs- und Expansionsbedürfnis des Geldkapitals ist es, das hinter der heutigen Kolonialpolitik als Treiber steht. Man braucht sich nur die Kolonialerwerbungen der letzten Zeit, die Erwerbungen Englands in Südamerika, die Eroberung Madagaskars durch Frankreich, die Kämpfe der Amerikaner um Kuba, Portorico und die Philippinen in ihrer Entstehung näher anzusehen, um sofort dieses Agens der modernen Kolonialpolitik zu erkennen.

Selbst für unsere armseligen deutschen Kolonien gilt dieses Motiv. So gering der Außenhandel der deutschen Kolonien und der Anteil des deutschen Zollgebietes an diesem ist, so bürokratisch die Verwaltung geführt, das nach Anlage suchende Kapital hat in den letzten Jahren sich ihnen doch in recht beträchtlichem Maße zugewandt. Nach einer von der „National-Zeitung“ dem Kolonial-Handels-Archiv für 1904 (herausgegeben vom Kolonialwirtschaftlichen Komitee) entnommenen Zusammenstellung sind in den deutschen überseeischen Besitzungen zur Zeit 122 Pflanzungs-Unternehmungen und 472 Handelsgesellschaften und Handelsfirmen thätig. Das Kapital, mit welchem diese Unternehmungen arbeiten, ist nur bei den größeren Pflanzungs- und Handelsgesellschaften angegeben. Es entfallen auf:

Kamerun . . .	39 Unternehmen, dav. 16 Gesellsch.	mit 16 500 000 M.
Ostafrika . . .	116 „ „ „ „	15 744 800 „
Südwestafrika . . .	207 „ „ „ „	59 241 000 „
Togo . . .	39 „ „ „ „	1 230 000 „
Niuea . . .	62 „ „ „ „	80 750 000 „
Südpazifik . . .	131 „ „ „ „	9 671 000 „

zusammen 504 Unternehmen, dav. 74 Gesellsch. mit 186 196 800 M.
Rechnet man diesem Betrage die Betriebsmittel der übrigen 520 Unternehmungen und die Kapitalien der Ansiedler in Südwestafrika (813), Ostafrika und Samoa hinzu, so wird eine Schätzung des in den deutschen Kolonien investierten Kapitals auf 300 Millionen Mark noch hinter der Wirklichkeit zurückbleiben.

Die Ziffern liefern eine Erklärung für die Kolonialbegeisterung gewisser Kapitalistenkreise.

Zahlungseinstellung der Firma Brendel u. Co., Berlin. Endlich werden nähere Angaben über die Vermögenslage der Firma bekannt. Nach der Darlegung des Justizrats Kempner in der gestrigen Gläubigerversammlung stehen einer Gesamtschuldenlast von 2 400 000 M. Werte von 300 000 M. gegenüber. Sowie sich im einzelnen bisher übersehen läßt, sind Debitoren im Buchwerte von 1 207 000 M. vorhanden, von denen jedoch nur etwa der vierte Teil einbringlich ist. Die Buchgläubiger haben 1 808 000 M. zu fordern, wovon 1 615 700 M. durch Lombards gedeckt sind. Die Summe der fehlenden Effekten wurde mit 2 164 076 M. angegeben, so daß also in der Hauptsache die Depoitalgläubiger die Geschädigten sind. Die außer den Debitoren vorhandenen Aktien sind unbedeutend, an Effekten sind ca. 17 000 M. vorhanden, ferner ein Guthaben Hugo Brendels von 35 000 M., mehrere Vertheilungen, deren Wert noch nicht angegeben ist, und einige kleine

Guthaben bei der Reichsbank, dem Kassenverein usw. Schließlich kommt noch das Grundstück in der Carnerstraße in Betracht.

Die Bestände der Masse sind eintheilbar bei der Deutschen Bank hinterlegt. Von drei Seiten sind Forderungen zu erwarten, doch handelt es sich dabei, wie mitgeteilt wurde, nur um verhältnismäßig geringe Summen, so daß ein Konkurs vermieden werden dürfte. Die Verammlung gab schließlich ihre Zustimmung zu folgendem Vorschlag: Der Bücherrevisor soll so schnell als möglich Klarheit schaffen; ferner soll auf die Tagesordnung der nächsten Gläubiger-Versammlung der Antrag auf Bildung eines Gläubigerausschusses gesetzt werden und es soll verurtheilt werden, eine außergerichtliche Liquidation herbeizuführen und über die Aufhebung der Arreste zu verhandeln.

Der Stahlwerksverband ergreift Kampfmaßnahmen gegen die ansehenden Werke. Wie die „Kölnische Zeitung“ erfährt, hat im Anschluß an die letzte Jochenbesitzer-Versammlung des Rheinisch-Westfälischen Kohlenyndikats der Anseh zu Förderung der Ausfuhr einer Anregung des Stahlwerksverbandes einstimmig entsprochen, vom 1. April d. J. ab Ausfuhrvergütungen nur in grundsätzlicher Uebereinstimmung mit dem Stahlwerksverband und dem beiden Hoheisenyndikaten zu bewilligen. Damit sei ausgesprochen, daß diejenigen Werke, welche dieselben Erzeugnisse wie die Mitglieder des Stahlwerksverbandes herstellen, aber ihren Beitrag zu demselben verweigern, vom 1. April d. J. ab keinerlei Ausfuhrvergütung mehr erhalten.

Ludwig Löwe u. Co., Aktiengesellschaft, Berlin. Nach Mitteilung in der gestrigen Aufsichtsrats-Sitzung beträgt der Gewinn 1 130 395 M., von dem nach Abschreibungen in Höhe von 300 465 M. eine Dividende von 10 Proz. verteilt werden soll.

Rheinische Stahlwerke, Weidernich. Der „Kölnischen Volkszeitung“ zufolge genehmigte die heutige Generalversammlung der Duisburger Eisen- und Stahlwerke mit allen vertretenen 3025 Aktien die Uebertragung des Gesellschaftsvermögens an die Rheinischen Stahlwerke in Weidernich gegen Gewährung von 1 Million Mark neuzuschaffender Aktien der letzteren Gesellschaft.

Gerichts-Zeitung.

Für einen folgenschweren Zusammenstoß zwischen einem Kollon und einem Straßenbahn-Wagen wurden der Kutscher Wilhelm Haase und der Straßenbahnfahrer Otto Müller gestern vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I zur Verantwortung gezogen. Wegen beide war die Anlage wegen fahrlässiger Tötung erhoben worden. Am Abend des 13. Januar fuhr ein vom Angeklagten Müller geführter Straßenbahnwagen der Linie 39 die Jerusalemstraße entlang. Als er zur Ecke der Schützenstraße gekommen war, kam seitwärts von der Schützenstraße her ein schwerer, vom Angeklagten Haase geführter Rehlwagen im Trabe hergefahren. Der Fahrer des Rehlwagens glaubte, daß er dem drohenden Zusammenstoß dadurch entgehen würde, daß er seinen Wagen in die schnellste Gasse brachte und suchte infolge dessen noch schnell vor dem Rehlwagen vorbeizufahren. Der Versuch mißglückte aber. Haase konnte den Rehlwagen nicht schnell genug zum Stehen bringen und es erfolgte ein heftiger Zusammenstoß am vorderen Teil des Rehlwagens. Dabei zerbrach die Weichselstange des Rehlwagens, dieser rutschte bei dem glücklichen Wetter mit der Weichselstange bis nach der hinteren Plattform, rief dort den zum Aufsteigen dienenden Handgriff los und dieser flog mit aller Wucht den auf der Plattform stehenden Drehschler Paul Müller an den Kopf. Der Weichselstange erlitt eine Zersplitterung des Stirnbeins, dessen Knochen in das Gehirn hineingedrückt wurden. Er wurde bewußtlos zur Sanitätskutsche gefahren, verstarb aber auf dem Transport dorthin. — Die Anlage legte beiden Angeklagten eine Fahrlässigkeit zur Last; dem ersten, weil er in zu schnellem Tempo aus der Schützenstraße in die Jerusalemstraße hineingefahren war, dem zweiten, weil er nicht rechtzeitig gebremst hatte, sondern in besonderer Schnelligkeit die Seitenstraße passirt hatte. Der Gerichtshof hielt auch ein Verschulden beider Angeklagter für dargelegt und beurteilte Haase zu zwei Monaten, Müller zu einem Monat Gefängnis.

Schwefelnpflege vor Gericht. In dem Verleumdungsprozeß, der zur Zeit die Hamburger Strafkammer beschäftigt, handelte es sich gestern wesentlich um die Frage, ob dem Bürgerchaftsausschuß, der sich nach Erscheinen der inkriminierten Proschüre mit einer Untersuchung der sittlichen Zustände in den Krankenhäusern zu befassen hatte, von den einzelnen Anstaltsleitern bei den Visitationen etwa falsche Thatsachen vorgezeigt worden seien. Beachtenswert ist da die Zeugenaussage des Direktors Dr. Lenhard vom Eppendorfer Krankenhaus: Er sei von der Besichtigung des Krankenhauses einige Tage vorher durch ein Mitglied der Bürgerchaft benachrichtigt worden. Es sei aber keinerlei Veränderung vorgenommen worden, so daß von einer Täuschung des bürgerchaftlichen Ausschusses keine Rede sein könne. Auf Antrag des bürgerchaftlichen Ausschusses habe bezüglich der Wäsche eine Veränderung stattgefunden, eine weitere Veränderung sei nicht vorgenommen worden. Die Proschüre habe auf die Schwefelnpflege sehr deprimierend gewirkt. Dies habe ihn veranlaßt, die Erklärung der Direktoren und Oberärzte zu bewirken, hauptsächlich um die Schwefelnpflege zu beruhigen. — Auf Befragen des Angeklagten Dr. Rosen behandelte der Zeuge: Kurz nach dem Erscheinen der Proschüre habe eine Anzahl Schwefelnpflege in ihre Verlesung in die Frauenstationen gebeten, da ihnen die weitere Beschäftigung auf den Männerstationen zuwider war. — Auf weiteres Befragen bemerkt der Zeuge: Er sei lange Zeit Krankenhausarzt in Leipzig gewesen und habe dort die Wohlthat der Schwefelnpflege kennen gelernt. Als er nach Hamburg kam, habe er sich geäußert, daß hier die Schwefelnpflege noch nicht eingeführt sei. — Gegen 5 Uhr nachmittags wird die Verhandlung auf Mittwochvormittag 9 1/2 Uhr vertagt. — Mittwoch und Donnerstag gelangen die Einzelsätze zur Verhandlung. Bei dieser wird im Interesse der öffentlichen Sittlichkeit die Oeffentlichkeit ausgeschlossen werden. In dieser Verhandlung werden sicherem Vernehmen nach derartige schändliche Dinge zur Erörterung kommen, daß eine Vertäglichkeit schon aus Anstandsgründen unterbleiben muß.

Eine Berliner Nordkat wird zur Zeit vor dem Gericht in Kalisch, Rußisch-Polen, verhandelt. Es handelt sich um den russischen Staatsangehörigen Jozef Weber (Leszynski), der beschuldigt ist, im Dezember 1902 in Berlin seine Tante, die in der Rosenhalsstraße wohnhafte Krämerwitwe Ludwig, betäubt und ermordet zu haben. Von den 35 aus Berlin geladenen Zeugen sind nur drei, der Polizeiinspektor Braun, die Kriminalkommissare Weiß und Keiser, bei Beginn der Sitzung erschienen. Die Zeugen sollen nämlich sämtlich, mit Ausnahme der drei letztgenannten, die Zeugengebühren im voraus verlangt haben, was ihnen das Gericht nicht bewilligen wollte. Das Gericht beschloß, sich mit der Verlesung der schriftlichen Aussagen zu begnügen. Aus den Anlage-Akten geht die bekante Thatsache hervor, daß der Angeklagte mit Hilfe einer in Ostrowo (Provinz Posen) gestohlenen oder gefälschten Legitimationskarte über die russische Grenze geflohen und in Kalisch verhaftet worden ist; als russischer Unterthan konnte er nicht ausgeliefert werden. Auf Befragen des Angeklagten erklärt sich dieser für unschuldig. — Kriminalkommissar Braun aus Berlin machte in stichendem Rußisch seine Angaben über die Resultate des Ermittlungsverfahrens und der Voruntersuchung, die sich genau mit der Veröffentlichung gelung sind. — Nicht minder belastend für Leszynski waren die Vernehmungen zweier anderer Kriminalkommissare des Berliner Polizeipräsidiums, der Herren Keller und Weiß, deren Aussagen im wesentlichen mit jenen des Kriminalkommissars Braun übereinstimmen. Sie gelangten zu der Schlussfolgerung, daß L. der Alleinverursacher an dem Verbrechen sei, dem die Witwe Ludwig zum Opfer gefallen.

Der Gerichtshof verurteilte den früheren Kellner Adolf Leszynski nach kaum einhalbjähriger Verurteilung zu 15 Jahren Zwangsarbeit und lebenslänglicher Anstalt im Sibirien. Der Verurteilte, der bis zuletzt seine Unschuld beteuert hatte, nahm das Erkenntnis ruhig mit einem Achselzucken entgegen.

Achtung!

Achtung!

Socialdemokratischer Verein im 5. Berliner Reichstags-Wahlkreise.

Freitag, den 18. März, abends 8 1/2 Uhr:

Versammlung

in der Brauerei Schweizergarten, Neues Königsthor am Friedrichshain.

Tages-Ordnung:

1. Weder Jena noch Sedan. Referent: Reichstags-Abgeordneter Genosse Gradnauer.
 2. Diskussion.
 3. Partei- und Vereins-Angelegenheiten.
- Gäste erwünscht. Vollzähliges Erscheinen der Mitglieder erwartet.
Der Vorstand.

Wer lügt?

Die Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten oder die Naturheilkunde?

Heute, Donnerstag, den 17. März, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15:

Volks-Versammlung

über das Thema:

Syphilis und Quecksilber als Erwidrerung

auf den Vortrag des Herrn Prof. Dr. Neisser vom Sonntag, den 13. März, und Protest gegen die zu erwartende Einführung der zwangswweisen Einspritzung mit Quecksilber für Geschlechtskrankte.

Hochinteressante Diskussion.

Eintritt frei für Männer und Frauen.

Die Gruppe Berlin des Deutschen Bundes.

Orts-Krankenkasse der Gastwirte und verwandten Gewerbe zu Berlin. Bekanntmachung.

Am Donnerstag, den 24. März 1904, nachmittags 3 1/2 Uhr, findet eine

Ausserordentliche General-Versammlung

der Statutenrevisoren im Lokale des Herrn Huss, Mantuffelstraße 95, statt.

Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes über die Verhandlungen des Verbandes der Krankenkassen Deutschlands in Leipzig.
2. Beschlußfassung über die Anstellung von Bezirks- und Special-Ärzten.
3. Freie Besprechung.

Berlin, den 15. März 1904.
Der Vorstand.
Poppe, Braun, Vorsitzender. Schriftführer.

Erklärung.

Wir stellen hiermit fest, daß der Zentralverband d. Zimmerer, Zahlstelle Berlin und Umgegend, mit dem in der Nr. 40 des „Vorwärts“ veröffentlichten Inserat nicht das geringste zu thun hat. Das Inserat ist aufgegeben ohne unser Wissen und Willen. Die Anweisung des Verbandes der Zimmerer durch die „Einigkeit“ Nr. 11 ist daher in jeder Beziehung gegenstandslos.

Der Vorstand des Verbandes der Zimmerer. Zahlstelle Berlin und Umgegend.

Aufruf.

Schmid Wilhelm Hinz, geboren 5. Oktober 1861 Gorlin, wird behufs Vernehmung in einem Unfallsprozeß um Angabe seiner Wohnung erlucht. Zuletzt ist derselbe Liebenwalderstraße gemeldet gewesen. Bei Nachweis werden Unkosten erstattet.
Frau Marie Hoffmann, Bittenbergplatz 3.

Buchhandlung Vorwärts

Berlin SW. 68, Lindenstr. 69.

Nieder mit den Sozialdemokraten

von Wilhelm Braide ist soeben in neuer Uebersetzung herausgegeben.

Preis 10 Pfg. Porto 3 Pfg.

„Nieder mit den Sozialdemokraten“ ist eine der ältesten, aber noch immer wirkungsvollen Agitationsbroschüren für die ländliche Bevölkerung. Braide hat die landläufigsten Horrorsagen, die gegen unsere Partei erhoben werden, in volkstümlicher, allgemein verständlicher Weise widerlegt. Die Märchen vom „Teiler“, von der „Verführung der Familie und Religion“, die auch heute noch in entlegenen Gegenden von unsern Gegnern kolportiert werden, sind in überzeugenden Worten zurückgewiesen.

Extra-Unterstützungskasse für Buchbinder und verw. Gewerbe zu Berlin.

Sonntag, 20. März, vorm. 10 Uhr: General-Versammlung

bei Lippke, Reichstr. 15.

Tages-Ordnung:
1. Besetzung der Protokolle.
2. Abnahme der Jahresrechnung und Decharge-Erteilung.
3. Verschiedene Anwesenheitsangelegenheiten.
Der Vorstand.
H. H. Herzhoff, Berf.

Grosse Freiburger Dombau-Lotterie.

Ziehung. 23.—26. März.

Hauptpr.: 100 000, 10 000, 20 000, 10 000 M. usw.
Lose: 3,30
I. Rador, Haupt-Kollekteur, Mainz.

Eureka
bestes
Waschmittel

Die höchste Temperatur
gibt
MERKUR
Vorzügliche Dauerbrand-
Billigstes
Kessel- und Feuerung.
Heizmaterial
gibt die höchste Temperatur!
Alleinverkauf für Berlin und Provinz Brandenburg durch:
Dahmann & Co., Berlin NW., Holsteiner Ufer 8.



Einsegnungs-Anzüge

in den neuesten façons in blau und schwarz Kammgarn und Cheviot.

Julius Lindenbaum,

Grosse Frankfurterstrasse 141, Ecke Fruchtstrasse.

Grösstes Etablissement des Ostens, Wortlostens und Südostens.

Naturheilk., Reform, Kuranst., Köpnickstr. 72, Spreeh. 11-1.6-8.

Männer-Vortrag
morgen Freitag, ab. 8 1/2, Arminh., Kommandantenstr. 20
Die sexuelle Neurasthenie.
Demonstr. an gr. elektrischen Lichtbildern vom prakt. Naturheilk. Grundmann.
Gäste Eintritt und Broschüre 20 Pf.

Central-Verband der Maurer etc.

Zweigverein Berlin.

Freitag, den 18. März 1904, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer Nr. 15 (großer Saal):

General-Versammlung

für sämtliche Bezirke und Zahlstellen der Maurer sowie der Sektion der Putzer und der Sektion der Gips- und Cementbranche, gleichzeitig der Gruppe der Fliesenleger.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Ed. Bernstein über: „Das Reich der Gewerkschaften und seine Grenzen“. 2. Diskussion. 3. Berichterstattung von der Gaukonferenz. 4. Aufstellung eines Kandidaten zum zweiten Bevollmächtigten des Zweigvereins. Mitgliederbuch legitimiert, ohne dasselbe kein Zutritt.
Der Zweigvereins-Vorstand.

Extra-Preise

Warenhaus

A. Wertheim

Donnerstag
Freitag
Sonnabend
soweit der Vorrat reicht:

Herrengarderobe

Jakett-Anzüge	schwarz oder blau Cheviot	23 Mk.	schwarz/weiß gemustert	23 Mk.
Frühjahrs- u. Sommerpaletots	schwarz/weiß gestreift	22.50 Mk.		
Gummi-Paletots	schwarz-weiß gestreift mit Sammetkragen	21 Mk.		
Beinkleider	dunkel gestreift	5.50 u. 7.25 Mk.		

Ein grosser Posten

Phantasie-Westen neueste Stoffe und Façons 4.60 Mk.

Knabengarderobe

Schul- u. Spiel-Anzug	für 2-4 Jahre	4.50	5-6 Jahre	5 Mk.	7-9 Jahre	5.75 Mk.
Blusen-Anzug	passend für 3-4 Jahre	6.80	5-6 Jahre	7.75	7-8 Jahre	8.75
	passend für 2-4 Jahre	4.25	5-7 Jahre	5.25	8-10 Jahre	6.25 Mk.
Pyjack	passend für 2-4 Jahre	4.75	5-6 Jahre	5.75	7-9 Jahre	7 Mk.
Cheviot-Beinkleider	dunkelblau für 3-9 Jahre	1.40	für 10-14 Jahre	1.80		

Schuhwaren

Herren-Schnürstiefel	Rossleder 7 Mk.	Box-Calf 11.75	Wichskalb 12.50 Mk.
Herren-Zugstiefel		11.75	12.35 Mk.
Damen-Schnür- u. Knopfstiefel		10 Mk.	10.75
Damen-Schnürschuhe	Rossleder	3.85 Mk.	
Damen-Knopfschuhe		3.85 Mk.	
Damen-Spangenschuhe		3.85 Mk.	
Damen-Lederhausschuhe		3.15 Mk.	

Ein Posten

Imitiert Chevreau-Stiefel
Damenstiefel 7.25, Herrenstiefel 7.75
zum Schnüren oder Knöpfen, Gummizug od. zum Schnüren

Kinder-Knopf- u. Schnürstiefel
moderne Form
Nr. 27-30 4.35, Nr. 31-35 4.95 Mk.

Die preussische Polenpolitik vor Gericht.

Wosen, 15. März. (Fig. Ber.) Gegen den Chefredakteur der „Posener Zeitung“, Hans Schäd...

Die Vorgeschichte dieses eigenartigen, das Verlechte und Verständnislose unserer gesamten Polenpolitik in das rechte Licht rüdenden Prozesses ist folgende:

Als im Herbst des vorigen Jahres in der polnisch-radikalen Wochenschrift „Praca“ ein Artikel erschien, der angeblich Bismarck-beleidigend gewesen sein soll, wurde vermutet, daß der im Gefängnis in Bronke sitzende frühere Chefredakteur der „Praca“, Dr. v. Kozłowski, der Verfasser sei. Die Durchsuchung der Gefängniszelle des letzteren ergab, daß diese einer Redaktionsstube gleich, mit Papier, Zeitungen, ja sogar mit einer Schreibmaschine ausgestattet war, und daß v. K. die weitestgehenden Verbindungen nach außen, namentlich mit dem Verleger Wiedermann hatte. Dieser Umstand gab dem Angeklagten Mediateur Hans Schäd Veranlassung, in einem von ihm verfaßten Artikel das Verlechte der preussischen Ostmarkenpolitik darzulegen und darauf hinzuweisen, daß diese Politik in letzter Linie zur Korruption führen müsse, wie sie im Falle Kozłowski-Wiedermann bewiesen sei. In dem Artikel, der überschrieben war: „Der Fall Wiedermann und seine Lehren“, wurde von dem Angeklagten behauptet, daß eine ganze Anzahl Schupleute der Stadt Wosen sowie kleinere Beamte der An siedelungskommission mit dem Verleger Wiedermann in enger Beziehung gestanden hätten, so daß es ihm ermöglicht wurde, der Kommission die Güter vor der Nase wegzulaufen und er außerdem mit wichtigen Nachrichten für sein Blatt bedient wurde. „Wie ein Scheinwerfer“ — so heißt es in dem betreffenden Artikel — „leuchtet der Fall Wiedermann hinein in die Nacht unserer Verhältnisse, und zeigt uns Bilder, vor denen wir entsetzt zurückweichen, Bilder, die die demoralisierende Wirkung der bisherigen Ostmarkenpolitik mit ihrem Prämien- und Belohnungssystem in erschreckender Weise illustrieren.“

Durch diesen Artikel haben sich beleidigt gefühlt und Straf-antrag gestellt: der Oberpräsident der Provinz Posen, der Regierungspräsident, der Provinzial-Steuerdirektor, der Polizeipräsident von Posen, das Provinzial-Schulkollegium, der Präsident der An siedelungskommission sowie die königliche Eisenbahndirektion. Die genannten Behörden haben außerdem gegen die verantwortlichen Redakteure des „Kurier“ sowie des „Goniec“, welche Blätter den Artikel abdruckten, ebenfalls den Straf-antrag gestellt, und werden auf Antrag des Staatsanwalts diese Anklagen mit der gegen Schäd verbunden.

In der ersten Verhandlung, die bereits am 8. März stattfand, verteidigten die mitangeklagten Redakteure der beiden polnischen Zeitungen die Ansicht über die Verfasser der betreffenden Artikel. Der Angeklagte Schäd dagegen bekannte sich als den Verfasser des Artikels: „Der Fall Wiedermann und seine Lehren“. Natürlich habe er keineswegs die Absicht gehabt, die antragstellenden Behörden zu beleidigen. Es sei eine weitverbreitete Meinung, daß die Regierung mit ihrer bisherigen Ostmarkenpolitik nicht das Nützlichste treffe und daß es so nicht weitergehen könne. Daß tatsächlich Verstöße von Beamten vorgekommen seien, sei im Falle Wiedermann gerichts-notorisch erwiesen und es seien deswegen auch Verurteilungen erfolgt. Er könne außerdem aber noch Fälle anführen, die das von ihm in dem Artikel Behauptete in allen Punkten beweisen. Die Mitteilungen seien ihm von durchaus glaubwürdigen Personen — Beamten — gemacht worden. Wenn er seine Gewährsmänner nicht nenne, so geschehe es einzig nur aus dem Grunde, um sie nicht zu ruinieren. Er gebe sich nicht dazu her, das Redaktionsgeheimnis zu brechen. Einen Fall jedoch wolle er mitteilen. Der Angeklagte erzählte sodann die überraschende Tatsache, daß ihm, als er noch Redakteur der „Frankfurter Oder-Zeitung“ war, die Mitteilung gemacht wurde, daß der damalige Präsident der An siedelungskommission, Dr. v. Wittenburg, mit dem Rittergutsbesitzer Schulz in Rosengarten bei Frankfurt a. D. wegen Verkaufs seiner im Regierungsbezirk Posen besitzenden Güter in Unterhandlung stehe. Obwohl die Verhandlungen zwischen den beiden Genannten geheim geführt worden seien, sei plötzlich der Güteragent Wiedermann auf dem Plan erschienen und habe dem Schulz eine Offerte gemacht. Vom deutschen Ostmarken-verein sei ihm, dem Angeklagten, damals die Mitteilung gemacht worden, daß ein Referat-Offizier, nämlich der Rittergutsbesitzer Schulz, seine Güter an einen Polen verkaufen wolle. Der Angeklagte habe sich daraufhin mit Schulz in Verbindung gesetzt und dieser habe seiner Entrüstung Ausdruck gegeben darüber, wie es möglich sei, daß Wiedermann von dem beabsichtigten Verkauf an die An siedelungskommission erfahren habe. Es habe sonst niemand hiervon etwas gewußt. Hieraus schließt der Angeklagte, daß nur durch Verrat von Beamten der An siedelungskommission dem Wiedermann diese Kenntnis geworden sei.

Der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Kollenscher beantragt hierauf die Ladung des Rittergutsbesitzers Schulz-Rosengarten sowie des früheren Präsidenten der An siedelungskommission, Dr. v. Wittenburg. Unter dem Widerspruch des Staatsanwalts wurde nach längerer Beratung des Gerichtshofes diesem Antrage stattgegeben und die Verhandlung auf den 15. d. M. vertagt.

In dieser Verhandlung teilt zunächst der Vorsitzende mit, daß der als Zeuge geladene frühere Präsident der An siedelungskommission, Dr. v. Wittenburg, ein Erscheinen abgelehnt habe mit der Motivierung, daß er außer Stande sei, binnen 24 Stunden die Strapazen der Reise sowie eine Vernehmung zu ertragen. Das Staatsministerium hatte die Genehmigung zur Zeugenvernehmung des Dr. v. Wittenburg erteilt. Der Verteidiger beantragt, den Zeugen nochmals zu laden und den Prozeß zu vertagen. Das Gericht lehnt den Antrag ab und beschließt, trotzdem in die Verhandlung einzutreten.

Nach Verkündung des Eröffnungsbeschlusses werden die Angeklagten vernommen.

Der Angeklagte Schäd,

ein früherer evangelischer Geistlicher, wird vom Vorsitzenden über sein Vorleben und seine frühere Tätigkeit eines eingehenden Verhörs unterzogen, so daß der Verteidiger beantragt, diese Fragen auf das Mindestmaß zu reduzieren, widrigenfalls er seinem Mandanten den Rat erteilen müsse, die Auskunft zu verweigern. Der Vorsitzende stellt aus den Akten fest, daß der Angeklagte im Jahre 1896 seitens des Konfessionsrats in Speier außer Verwendung gesetzt worden ist; derselbe ist seit der Zeit an verschiedenen siddentischen Blättern liberaler Richtung als Redakteur tätig gewesen und seit dem 1. März 1903 als Leitender und gleichzeitig zeichnender Redakteur an der „Posener Zeitung“ in Posen tätig. Nach Verlesung des betreffenden Artikels erklärt der Angeklagte, daß er habe darlegen wollen, daß der Kampf der Regierung gegen die Polen seiner Meinung nach ein verfehlter sei; die materiellen Mittel, die in die Ostprovinzen geworfen würden, kämen einzig ein paar Agrariern und den Polen zu gute. Es sei

Die geistige Hebung des Volkes

zu erstreben, so z. B. durch Verbesserung des gesamten Schulwesens im Osten.

Der Vorsitzende stellt die Frage, warum der Angeklagte seine Gewährsmänner nicht den betreffenden Behörden genannt habe, damit dieselben eine Untersuchung einleiten könnten. Der Angeklagte erklärt, daß durch die Veröffentlichung des Artikels die Möglichkeit gegeben war, diese Untersuchung einzuleiten. Er halte es unter seiner Würde, seine Gewährsmänner zu nennen. Der Angeklagte schildert nochmals eingehend die Vorgänge gelegentlich des beabsichtigten Verkaufs der dem Rittergutsbesitzer Schulz-Rosengarten gehörigen Güter. Schulz habe ihm selber erklärt, daß von dem

beabsichtigten Verkauf niemand außer ihm und dem Präsidenten der An siedelungskommission, nicht einmal seine Frau, gewußt habe. Schulz habe durch diesen Vertrauensbruch einen enormen Schaden gehabt. Es sollten zu der Zeit im Rosengarten herum die Kaiser-mänöver stattfinden, es war in Aussicht genommen, daß der Kaiser bei Schulz wohnen und lehrer geabelt werden sollte. Aus alledem sei nichts geworden, da bekannt und verbreitet wurde, daß Schulz seine Güter in polnische Hände, an den Güteragenten Wiedermann, übergeben sollten. Dieses könne nur durch einen groben Vertrauensbruch durch Angestellte der An siedelungskommission geschehen sei.

zweite Angeklagte Desperat

vom „Goniec“ giebt zu, den Artikel selbst verfaßt zu haben. Den Anlaß habe ihm die Enthüllung der „Pos. Ztg.“ gegeben. Er habe sich diesen Behauptungen in seinem Falle angeschlossen, sondern nur geschrieben, daß die „Pos. Ztg.“ dies und das behauptet, was ihm zum Teil selber unglaublich erscheine.

dritte Angeklagte v. Kulerski

erklärt auf Befragen, daß er früher Volksschullehrer gewesen sei. Er habe hin und wieder als solcher Vorträge im katholischen Jünglingsverein gehalten. In einem solchen habe er einmal die Ertelung des Religionsunterrichts in deutscher Sprache an polnische Kinder kritisiert und sei hierauf seines Amtes entsetzt worden. — Der Angeklagte erklärt, er habe es für seine publizistische Pflicht gehalten, die sensationellen Enthüllungen der „Pos. Ztg.“ wiederzugeben. Er habe die dort aufgestellten Behauptungen für wahr gehalten.

Die Beweisaufnahme.

Als einziger Zeuge ist erschienen der Rittergutsbesitzer Schulz-Rosengarten bei Frankfurt a. D. Er habe sein im Kreise Breichen gelegenes Gut an die An siedelungskommission verkauft. Den Entschluß habe er 1901 gefaßt und darüber mit seinem erblindeten Ober-Inspektor gesprochen.

Darauf sei er mit dem Herrn Dr. Wittenburg in Beziehungen getreten und habe auch sein Angebot an die königliche Regierung gerichtet. Dieses Angebot ist dem Landrat in Breichen zur Ermittlung des Grundbesitzes übergeben worden. Einen Tag jedoch bevor der Bescheid der An siedelungskommission eingetroffen sei, habe er schon ein Angebot der Firma Domewski u. Langner (Wiedermann) erhalten und ist auch mit derselben in Verbindung getreten. Die Firma habe er nicht gekannt, nur von seinem Schwager habe er gehört, daß die Firma gut sei, da sie schon mit den Erben des Herzogs von Anhalt in geschäftlichen Verbindungen gestanden habe. Sofort, wie er erfahren habe, wer der Herr Wiedermann sei, habe er letzterem telegraphisch mitgeteilt, daß er auf den Abschluß des Geschäftes mit V. verzichtet müsse. Daß der Ostmarkenverein trotzdem eine derartige Behauptung in die Zeitungen lanciert habe, habe ihn sehr empört. Daß er die Verhandlungen aber so geheim geführt haben soll, daß nicht einmal seine Frau davon gewußt habe, stimme nicht.

Damit ist die Beweisaufnahme geschlossen, nachdem Schäd auf die Vernehmung des Dr. v. Wittenburg verzichtet.

Die Strafbefehle.

Der Erste Staatsanwalt hält die ausgesprochenen Behauptungen für nicht erwiesen. Bezüglich der Polizeibeamten sei ein Beweis überhaupt nicht angetreten, nicht einmal versucht worden, der angetretene Beweisanzug bezüglich der Beamten der An siedelungskommission dagegen sei völlig mihlungen. Die Beleidigungen der betreffenden Beamten seien äußerst schwere und bitter er jede Konnivenz gegen den Angeklagten fallen zu lassen. Er beantragt gegen den Angeklagten Schäd eine Gefängnisstrafe von sechs Monaten, Unbrauchbarmachung der Platten sowie Veröffentlichung des Urteils in einer ganzen Reihe von deutschen und polnischen Wosener, Breslauer, Berliner Blättern, darunter auch in der „Leipziger Volkszeitung“. Bei den andern beiden Angeklagten hält der Staatsanwalt eine weit mildere Strafe an und beantragt gegen jeden der beiden Mitangeklagten eine Geldstrafe von 100 Mark.

Der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Kollenscher tritt in längerer Ausführungen der Auffassung des Ersten Staatsanwalts entgegen. Der Angeklagte habe keineswegs die sämtlichen Beamten der Provinz beleidigt. Er spreche in dem Artikel nur aus, was die Meinung der weitesten Kreise der hiesigen Bevölkerung sei. Fest stehe, daß die Politik der Regierung das gerade Gegenteil von dem erreiche, was sie bezwecke. Das beweise die Verminderung des deutschen und die Vermehrung des polnischen Grundbesitzes in der Provinz Posen, sowie das Anwachsen der polnischen Stimmen. Das sei eine einfache Wahrheit und das sei unbedingt auch den Richtern bekannt. Dem wollte der Angeklagte vorbeugen und habe er nur deutsche Interessen vertreten, wenn er der Regierung das Verlechte ihrer bisherigen Politik vorgehalten habe. Wenn er den betreffenden Behörden seine Gewährsmänner nicht genannt habe, so sei das nur ehrend für sein Handeln und zeuge von Mut, wenn er den aufregenderen Weg der Deffentlichkeit dem bequemerem, aber desto niedrigeren Weg der Deffentlichkeit vorziehe. Er beantrage daher Freisprechung eventuell eine niedrige Geldstrafe.

Der zweite Verteidiger von Chrzanowski schließt sich für seine Klienten den Ausführungen des ersteren Verteidigers an, kommt dann in sein politierten Ausführungen auf die demoralisierende Wirkung der Ostmarken-Zulagen zu sprechen und erklärt, daß die Mehrheit der Vertretung des deutschen Volkes, der Reichstag, ebenfalls diese Meinung habe. Er fordert für seine Klienten die Freisprechung.

Nach längerer Beratung verkündet der Vorsitzende das Urteil

des Gerichts. Es lautet: Der erste Angeklagte Chefredakteur Hans Schäd wird für schuldig befunden, die mittleren und unteren Beamten der Provinz der Verlechte geziehen und somit beleidigt zu haben. Die Tendenz des Artikels gehe dahin, die gegenwärtige Politik der Regierung gegenüber den Polen zu mißbilligen. Die Beleidigungen seien größtenteils Art und wird daher der Angeklagte zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten verurteilt. Der Angeklagte Desperat wird zu 50 M. und der Angeklagte Kulerski ebenfalls zu 50 M. Geldstrafe verurteilt. Außerdem wird auf Publikationsbefehl in 17 Posener und auswärtigen Zeitungen, darunter die „Leipziger Volkszeitung“, erkannt.

Lokales.

Ein Vergehen gefällig?

Als die Freireligiöse Gemeinde im vorigen Jahre ihr Herbstfest abhalten wollte, erschien der Kriminalschuttmann J. Potargieski einige Tage vorher in der Wohnung des Rentanten Wendt zu dem Zweck, sich von der allein anwesenden Frau des Rentanten ein Villet zu dem erwähnten Vergnügen geben zu lassen. Selbstverständlich erklärte der Beamte die Frau über seine Beamten-Eigenschaft nicht auf, sondern antwortete ihr auf die Frage, ob er auch Mitglied der Gemeinde sei: „Sie kennen mich doch, ich bin schon öfter hier gewesen. Mitglied bin ich ja nicht, kann es wegen der Schwiegereltern nicht werden. Meine Frau sagt zu den Eltern, wenn sie zu den Vorträgen der Gemeinde geht, daß sie in die Kirche gehe.“ Die Frau nahm an, daß sie es mit einem Feindgenossen zu thun habe und gab dem Fremden die verlangte Eintrittskarte, welche nun als Beweisstück dafür herhalten mußte, daß das Vergnügen ein öffentliches gewesen sei und daher unter die Strafbestimmungen des Vereinsgesetzes falle. Die Polizei hatte jedoch in diesem Falle mit ihrer Staatsrettung kein Glück. Der Kriminalschuttmann Potargieski mußte in der gestrigen Gerichtsverhandlung

zugeben, daß bei der Festlichkeit selbst keine Eintrittskarten verkauft worden sind, und da kein anderer Fall vorlag, in welchem ein Fremder sich ein Villet erworben hätte, so beantragte der Amtsanwalt selber die Freisprechung des wegen dieser Sache angeklagten Vorstandsmitgliedes Jänike. Diesem Antrage gemäß erkannte auch das Gericht.

Der Fall ist somit glimpflich abgelaufen und hat höchstens die Wirkung gehabt, daß er der Freireligiösen Gemeinde, wie uns berichtet wird, eine nicht unbeträchtliche Anzahl neuer Mitglieder zuführte. Aber kommen hier auch nur verhältnismäßig geringe Schädigungen des Angeklagten in Betracht, so fragt es sich doch, ob ein solches Wirken der diesmal vor Gericht blamierten Polizei in einem annähernd zivilisierten Staatswesen geduldet werden kann. Es hat lebhaft und gerechte Entrüstung in der Deffentlichkeit hervorgerufen, wenn Untersuchungsgefängnisse dadurch zu einem Gefängnis betrogen wurden, daß ihnen die Beamten im Falle der Penitenz eine Verlängerung der Haft in Aussicht stellten oder daß sie den Angeklagten mit der Unwahrheit heizukommen suchten, daß ihre etwaigen Komplizen schon gestanden hätten und es nun das Beste sei, auch mit einem Geständnis herauszurücken. In solchen Fällen muß die Polizei noch die Entschuldigung für sich anführen, daß verhältnismäßig schwere Verbrechen in Frage ständen und das öffentliche Wohl derartige Kräfte zuweisen erfordere. Was ist aber erreicht, wenn das von dem Kriminalschuttmann Potargieski verübte Kunststück gelingt? Nichts anderes, als daß sich abermals ein Staatsbürger in den Fingern und Fallstricken eines Vereinsgesetzes verfangen hat, eines Gesetzes, das dem öffentlichen Leben von heute, den Bedürfnissen des Volkes etwa ebenso Rechnung trägt, wie das preussische Dreiklassenwahlrecht, und dem die Bevölkerung daher denselben Ansehens als Recht entgegenbringt wie diesem. Als Opfer solcher Polizeikunststücke kommen ja zuweilen Angehörige der Arbeiterklasse in Betracht und diese kann im allgemeinen vielleicht nichts dagegen einzuwenden haben, wenn die Polizei in ihrer gegenwärtigen Verfassung selber für Maßnahmen sorgt, die das Ansehen der Behörde nicht erhöhen. Aber demgegenüber ist anzuführen, daß die Polizei vom Gelde der Steuerzahler erhalten wird und diese alle Ursache haben, darauf zu halten, daß auch die Kriminalschuttmänner sich nützlichere Tätigkeiten zuwenden als der hier geschilderten. Wenn dem Polizeipräsidenten etwas an der Förderung des Ansehens der von ihm vertretenen Institution liegt, dann möge es dafür sorgen, daß derartige polizeiliche Anmerkungsstücke ein Ende nehmen.

Die hygienischen Vorträge der Centralkommission der Krankenkassen Berlins und der Bororte werden auch in diesem Jahre in den Kaulen der städtischen Gemeindefschulen abgehalten. Die Vorträge beginnen am 8. März. Das Thema für Donnerstag, den 17. d. Mts., lautet für Berlin „Auge und Arbeit“ und wird in folgenden Schulen gehalten werden: Wrangeistr. 128, Reibestr. 31/32, Luisenparkstr. 115 (Eingang auch Stephanstr. 27) und Schönhauser Allee 106a. Ferner wird das Thema: „Ursache und Verhütung der Schwindel“ besprochen in Lichtenberg, Kronprinzenstr. 10. In Neu-Weichensee lautet das Thema: „Wie hält der Arbeiter Nase und Ohr gesund?“ und wird gehalten in der Aula der Gemeindefschule Langhansstr. 120. Für Freitag, den 18. März er., lautet das Thema für Berlin „Wie hält der Arbeiter Nase und Ohr gesund?“ und wird in folgenden Schulen gehalten: Sneyenaustr. 7, Zillstr. 4/5, Pankestr. 8. In Pankow, Schmidtstr. 11 lautet das Thema über „Trinken und Trunksucht“. — Sämtliche Vorträge sind unentgeltlich und bedarf es hierzu keiner Eintrittskarten.

Opfer des „Zapfenreichs“? Ueber eine angebliche Mahregelung von Potsdamer Offizieren bringt die „Potsdamer Korrespondenz“ folgende Meldung: Die auffällige plötzliche Verletzung von acht jüngeren Offizieren des 1. Garde-Regiments zu Fuß wird in Potsdam lebhaft besprochen. Es handelt sich um Offiziere, welche zu dem Kronprinzen in freundschaftlichem Verhältnis standen. Ein Offizier will wissen, daß die Verletzung deshalb erfolgt ist, weil die Offiziere in Gemeinschaft mit dem Kronprinzen in Berlin die Auf-führung von Beyerleins „Nach Zapfenreich“ in Zivilkleidern besucht haben, was für den Kronprinzen gleichfalls nicht ohne Mißbilligung abgegangen sein soll.

Bei einem Umzug tödlich verunglückt ist der 43 Jahre alte Möbeltransportarbeiter Adolf Lehmann aus der Neuen Friedr. 5. Als er in Schöneberg in der Wohnung eines Kaufmanns mit einem Arbeitsgenossen an einem Ort ein Villet trug, stürzte er über einen Teppich und fiel mit dem Leib auf den Fußboden. Das schwere Villet fiel ihm auf die Oberschenkel, deren Knochen brachen. Der Verunglückte starb im Elisabeth-Krankenhaus an den Folgen der Verletzungen.

Bermist wird seit ungefähr acht Tagen der 70 Jahre alte Musikerveteran Johann Wirtler, der von seiner Frau getrennt am Circusstr. 4 wohnte. Wirtler hat schon öfter Selbstmordgedanken geäußert.

Beim Besuch ihrer Schwester erhängt hat sich die 41 Jahre alte Wirtshausbesitzerin Auguste Boyda aus Dommitz im Kreis Torgau. Sie hatte in der Heimat ihrem Schwager, einem Tischlermeister, das Hauswesen besorgt, konnte sich aber infolge ihres aufgeregten Wesens nicht mehr mit ihm vertragen und verließ ihn am vergangenen Sonntagabend, um nach Berlin zu ihrer Schwester, einer Witwe Dorn in der Auhstr. 3 zu fahren. Während Frau Dorn gestern nach-mittag außer dem Hause ihrer Beschäftigung nachging, erhängte sie sich im Schlafzimmer mit einer Zudeckenschür am Bettposten.

Bergistet und ertränkt hat sich der 43 Jahre alte Olofer Paul Krüger aus der Dieffenbachstr. 74. Der Mann war verheiratet und Vater von zwei Kindern im Alter von 13 und 10 Jahren. Seit dem 1. Oktober v. J. lebte er von seiner Frau getrennt und lag mit ihr wegen Scheidung der Ehe in Klage. Zu Bekannten äußerte er manchmal, daß er die Scheidung nicht überleben werde. Nachdem er vorgestern noch gearbeitet hatte, ging er abends nach dem Tiergarten, stellte sich in der Nähe der Stillerstraße an einem Arm des Reuen Sees auf, nahm Gift und stürzte, als er unter dessen Wirkung zusammenbrach, ins Wasser. Gestern morgen fand man seine Leiche, die nach dem Schauhause gebracht wurde.

Auch ein Geschäftslied. Zu einem Kampf mit einem Diebe kam es gestern nachmittag in der Lothringerstraße. In einem Cigarrengeschäft am Rosenthaler Thor forberte ein junger Mann 300 Cigaretten, die er sich einpacken ließ. Er plauderte mit dem Verkäufer, nahm das Paket an sich und wollte den Laden, ohne Zahlung zu leisten, verlassen. Als der Cigarrenhändler den Kunden ein Begleichung der Rechnung ersuchte, antwortete dieser frech: „Wenn ich bezahlen will, brauch' ich Sie nicht“ und ergriff die Flucht. Er lief die Lothringerstraße entlang und warf, als ihm die Verfolger zu nahe kamen, die Cigaretten fort. Die Hoffnung des Spitzhubs, durch das bekannte Diebesmännchen einen Vorsprung zu gewinnen, erfüllte sich nicht, und als ihm an der Ecke der Gortmannstraße ein Schuhmann entgegentrat, warf sich der etwa 20jährige Bürsche auf die Erde. Seiner Verhaftung setzte er den entschiedensten Widerstand entgegen, und erst nachdem der rabiate Dieb gefesselt worden war, konnte er nach der zuständigen Polizeiwache in der Linienstraße gebracht werden. Hier gab er an, in Berlin ganz unbekannt und erst zugereist zu sein und legte sich auch einen falschen Namen bei. Der Verhörtete, der wohl guten Grund hat, die Angabe seines richtigen Nationalen zu verweigern, wurde dem Polizei-präsidenten zugeführt.

Kad und Polizei. Die Polizeiverordnung, die über die erweiterte Zulassung des Verkehrs mit Zweirädern in den Straßen Berlins angekündigt worden ist, hat folgenden Wortlaut: „Folgende Straßen und Plätze dürfen mit Zweirädern nicht befahren werden: a) Der Pariser Platz, die Straße „Unter den Linden“, der Platz am Opernhause, der Platz am Zeughaus, die Schloßbrücke, der Lustgarten; b) die Friedrichstraße von der Leipzigerstraße bis zum Bahnhof Friedrichstraße; c) die Leipzigerstraße, der Leipziger Platz, der Potsdamer Platz, die Potsdamerstraße bis zur Potsdamer Brücke. Das Kreuzen dieser Straßen und Plätze mit Zweirädern ist gestattet. Das Befahren der genannten Straßen und Plätze mit Zweirädern ist jedoch den Militärpersonen, den Post- und Telegraphenbeamten, den Mannschaften der Scharmannschaft und der Feuerwehre gestattet, sofern dieselben sich in Uniform und in der Ausübung ihres Dienstes befinden. Uebertretungen dieser Polizeiverordnung werden mit Geldstrafe bis zu 30 M. bestraft, soweit nicht nach den allgemeinen Strafrechtsgesetzen eine härtere Strafe eintritt.“ Die Verordnung tritt am 1. April in Kraft. Freigegeben sind also u. a. die Friedrichstraße südlich von der Leipzigerstraße und nördlich vom Stadtbahnhof, die Invalidenstrasse, die Rosenthalerstraße, die Potsdamerstraße von der Brücke an usw.

Straßensperrung. Die Antonstraße von der Ruheplatz- bis zur Prinz Eugenstraße wird behufs Asphaltierung vom 17. d. M. ab bis auf weiteres zur Fahrverweigerung und Reiter gesperrt.

Verhaftungen ist seit dem 15. März der Dachdeckermeister Wilhelm Weißbach. Derselbe ist geisteskrank und war zuletzt an der Großen Frankfurterstraße, Ecke Kleine Frankfurterstraße, 7 1/2 Uhr, gewesen. Er ist bekleidet mit blauem Wintermantel, schwarzem Schapphut, blauem Jackett, schwarzer mit weißen Punkten verzierter Weste, Halstuch, schwarzgetreifter Hose, Juchstiefel, braunen Socken, wollenem Unterzeug. Größe 1,75 Meter, Figur normal, trägt Perücke, grau mit schwarz melierten Vollbart, Augen braun, geht etwas nach vorn gebeugt mit eingezogenem Kopf. Jedemfalls irrte er in Berlin umher. Es wird gebeten, denselben dem nächsten Posten oder der Revierpolizei zu übergeben.

Selbstmord des koreanischen Gesundheits-Attaches Hong. Im Bureau der koreanischen Gesandtschaft, Meinelstraße 18 zu Charlottenburg, hat am Dienstag der Attache Hyeonil Hong seinem Leben durch Erhängen ein Ende gemacht. Hong war in der Berliner Gesellschaft eine sehr bekannte Persönlichkeit und auf allen Balken der Saison zu sehen. In der letzten Zeit legte er Schwermetall an den Tag. Er hatte leidenschaftlich Schindeln gemacht, die er nicht bezahlen konnte. Ein Wechsel von 5000 Mark wurde gestern im Gesundheitshotel präsentiert und da Hong nicht zahlen konnte, gab er sich den Tod.

Der Deutsche Arbeiter-Abstinenz-Bund ersucht und, folgende Erklärung aufzunehmen: In dem in der Nummer vom 15. März veröffentlichten Bericht über die „Sonderausstellung zur Bekämpfung des Alkoholismus“ erklären wir, daß die in dieser Ausstellung publizierten Schriften u. des „Deutschen Arbeiter-Abstinenz-Bundes“ von privater Seite ausgelegt wurden. Der Bundesvorstand lehnte eine Beteiligung an der Sonderausstellung strikte ab.

Die Aera der Ringkämpfe scheint wieder beginnen zu wollen. In einem Wettstreit um die „Weltmeisterschaft“, welcher am heutigen Donnerstagabend im Circus Busch seinen Anfang nimmt, werden den Reigen eröffnen der französische Amable de la Calmette gegen den Deutschen Eigemann, der Belgier Omer de Bouillon gegen den Deutschen Franz Sauerer und der Belgier Jean Vandael gegen den deutschen Meisterschaftsringler Jakob Koch, der sich in London im Jahre 1902 den „Champion Belt“ erworben. Seitens der Berliner Ringkämpfer sind zahlreiche Meldungen eingegangen und es werden schon in den nächsten Tagen ganz hervorragende Ringkämpfer wie Paul Belling, der Meisterschaftsringler von Berlin, John Roedel, Otto Witt und andre bekannte Hünen Berlins in der Arena erscheinen.

Aus den Nachbarorten.

Gemeindevertreter-Wahlen haben am Dienstag in verschiedenen Vororten stattgefunden. In Hohen-Neuendorf an der Nordbahn beteiligten sich unsere Genossen zum erstenmal an der Wahl. Die Gegner wurden gewählt mit 77 Stimmen, während unser Genosse Neumann 29 Stimmen erhielt. In Rowawes erhielten unsere Kandidaten in der zweiten Klasse 19, die gegnerischen 87 Stimmen. In Wilhelmstruß-Rosenthal-Nord gab es ein heißes Ringen zwischen den vereinigten bürgerlichen Parteien und den Sozialdemokraten. Der bürgerliche Kandidat Scheibvogel erhielt in der dritten Abteilung schließlich 94 Stimmen, der sozialdemokratische gegen 90. In der zweiten Abteilung wurde Eigentümer Koch, in der ersten Landwirt August Seeger gewählt. Pankow. In der dritten Wählerklasse siegten bei der Gemeindevertreter-Wahl die Sozialdemokraten mit erdrückender Majorität. Genosse Fenzler wurde mit 323 Stimmen gewählt, während sich auf Zellenhauermeister Mägdefrau (I) 52 und auf Elementarlehrer Sasse (Bürg.-Part.) 51 Stimmen vereinigten. Bei der zweiten Ersatzwahl brachte es Genosse Kubig auf 330 Stimmen. Von den Gegenkandidaten erhielten Rentier Kreier (I) 86, Elementarlehrer Sasse (Bürg.-Part.) 64 Stimmen. Die beiden Wahlbezirke befanden sich bisher in den Händen der bürgerlichen Parteien. Nieder-Schönhagen. Bei der gestrigen Gemeindevertreterwahl erhielten die beiden sozialdemokratischen Kandidaten 93 respektive 94 Stimmen, auf die Gegner entfielen 323 und 330 Stimmen.

Neu-Weißensee. Heute finden die Ergänzungs- und Ersatzwahlen für die zweite Klasse der Gemeindevertretung statt. Die Parteigenossen haben beschlossen, an dieser Wahl teilzunehmen. Wir richten an alle Genossen, deren Zeit es erlaubt, die Bitte, sich dem Wahlkomitee zur Verfügung zu stellen und im Vereinshaus, Charlottenburgerstraße 150, um 10 Uhr vormittags vorn im Lokal anwesend zu sein. Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

Waldhof. Der sozialdemokratische Wahlverein hält heute Donnerstag, 8 1/2 Uhr abends, im Lokal von Fechner, Oppenstr. 56, seine regelmäßige Mitglieder-Versammlung mit folgender Tagesordnung ab: 1. Vortrag des Genossen M. Schütte über: „Freiheitskämpfe einst und jetzt.“ 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist dringend erforderlich. Gäste nur durch Mitglieder eingeführt haben Zutritt.

Neu-Weißensee. Bei der Gemeindevertreter-Wahl zur 3. Abteilung am gestrigen Tage haben unsere Genossen glänzend gesiegt. Der 3. Bezirk wurde behauptet, während im 1. Bezirk der letzte bürgerliche Vertreter der 3. Abteilung verdrängt wurde, so daß die ganze 3. Abteilung der Sozialdemokratie gehört. Nun gilt es Sturm auf die 2. Abteilung zu nehmen und daher werden die Genossen, welche Wähler der 2. Abteilung sind, aufgefordert, sich heute pünktlich um 11 Uhr zur Ergänzungswahl und pünktlich um 2 Uhr zur Ersatzwahl einzufinden, denn es ist von Wichtigkeit, die ersten am Platze zu sein. — In Neu-Weißensee, wo wir zum erstenmal in die Gemeindevertreter-Wahl eingetreten sind, haben wir einen Achtungserfolg errungen, der Nichtwahl-Kandidat erhielt 62 Stimmen, der Konservative 50, der Sozialdemokrat 23 Stimmen, so daß eine Stichwahl notwendig ist. Bei den hier noch herrschenden bürgerlichen Verhältnissen war ein anderes Resultat nicht zu erwarten. Es wird aber Pflicht der Genossen sein, auch hier die Ideen des Sozialismus in die Köpfe der uns noch fernstehenden bringen zu lassen.

Stralau. Bei der Gemeinderatswahl erhielt unser Parteigenosse Wilhelm Bud alle 85 abgegebenen Stimmen; ein Gegenkandidat war nicht aufgestellt, die Wahlbeteiligung war daher nur schwach. In der zweiten Klasse wählten im ganzen vier Personen, in der ersten Klasse gar nur zwei. Hier gingen selbstverständlich die Bürgerlichen als „Sieger“ hervor.

Friedrichshagen. Die Schülerzahl des Realgymnasiums erfreut sich einer stetigen Zunahme; dieselbe beträgt zur Zeit 208 (im Vorjahre 167). Davon entfallen auf das Gymnasium 127 und auf die Volksschule 81 Schüler. Nach dem Beschluß der Gemeindevertretung erfolgt zum 1. April die Errichtung der Unterichthula. — Die Gemeindevertretung hat sich in ihrer Sitzung am Freitag u. a. mit der Etatsberatung zu befassen.

In Wilmerdorf finden die Wahlen zur Gemeindevertretung für die dritte Abteilung am Donnerstag, den 24. Freitag, den 25., und Sonnabend, den 26. März, je von 10 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags und von 4 bis 8 Uhr nachmittags im Victoriagarten, Wilhelmstraße 114, statt. Der Wahlmodus ist insoweit etwas verwickelt als die bei den Wahlen von 1902 gemachten Formfehler zu vermeiden sind und daher jeder Wähler bei der Abgabe seiner Stimme noch besonders zu bemerken hat, für welche Kategorie der einzelnen ausstehenden Gemeindevertreter er jeden seiner Kandidaten gewählt sehen will. Zu wählen sind in der dritten Abteilung sechs Gemeindevertreter und zwar 1. auf sechs Jahre als Ergänzung: a) für die turnusmäßig ausstehenden Gemeindevertreter Henze und Ratusch 2 Gemeindevertreter; b) für die ausgelassenen Gemeindevertreter Henze und Hilpert 2 Gemeindevertreter; 2. auf vier Jahre als Ersatz: für den im Jahre 1902 im Turnus gewählten Gemeindevertreter Herrmann 1 Gemeindevertreter; 3. auf vier Jahre als Ersatz: für den im Jahre 1902 zur Verneuerung der Gemeindevertretung unter Vorbehalt der Auslösung gewählten Gemeindevertreter Schröder 1 Gemeindevertreter. Von diesen sechs für die dritte Abteilung zu wählenden Gemeindevertreter können zwei Nichtangelegene sein. Nichtangelegene waren bisher die sozialdemokratischen Gemeindevertreter Hilpert und Schröder, während unser im Turnus ausstehende Gemeindevertreter Ratusch Hausbesitzer ist. Um Verneuerungen zu verhüten, werden von unserer Partei besondere Formulare herausgegeben, auf denen die für die einzelnen Kategorien aufgestellten Kandidaten richtig verzeichnet sind. Es bedarf der unausgesetzten Agitation am Orte, damit wir die bisherige Position behaupten und neue Mandate hinzu erobern. Bemerkung sei noch, daß ohne Unterschied des Namens jeder Wähler sich von den drei angelegten Wahlzettel den ihm am passendsten erscheinenden zur Ausübung seines Wahlrechtes auszusuchen kann.

Grünau. Der Etat für 1904 balanciert in Einnahme und Ausgabe mit 87 000 M., das ist ein Mehr von 20 000 M. gegen das Vorjahr. Die im Interesse der Hausbesitzer beabsichtigte Ermäßigung der Grundsteuer um 4000 M., als Gegenäquivalent für die Allgemeinheit eine Erhöhung der Gemeinde-Einkommensteuer um 6000 M. ist diesmal noch nicht zur Annahme gelangt, da die Stimmung der Bürgerschaft durch den für Grünau ganz unnötigen Kirchenbau keine günstige ist. Zu diesem Kirchenbau sind schon aus dem Gemeindefiskus 37 000 M. bewilligt; was noch kommt, ist nicht voranzusehen.

Die kleine Gemeinde Grünau hat heute schon eine Schuldenlast von über 360 000 M., die an Verzinsung und Amortisation die nicht geringe Summe von 22 688 M. verschlingt, das ist ungefähr ein Drittel der gesamten Einnahmen. Für Kanalisation und einen Kirchenbau werden neue Darlehensaufnahmen nötig werden. — Auf eine Familie kommen jetzt ungefähr 1000 M. Gemeindeforderungen, in zwei bis drei Jahren wird diese Schuldenlast auf 1500 M. pro Familie anwachsen. — Für die Privatschule, die von ca. 30 Kindern besucht wird, sind von den Gemeindevertretern 1500 M. Jahreszuschuß bewilligt, 700 M. mehr als im Vorjahre. Die Verdrängung zu solchen Zuschüssen für Privat-Unternehmungen erscheint uns fraglich. Wer seinen Kindern besseren Unterricht angeheißt lassen will, schicke sie nach Köpenick oder nach Berlin, aber verlange nicht, daß der Gemeindefiskus in solch kleinem Ort auf die Dauer diese Privat-Unternehmungen über Wasser hält. — Für die Armenverwaltung sind nur 2000 M. ausgeworfen, daraus ergeben sich die niedrigen Unterhaltungsätze.

Im Gemeindehaus III (Armenhaus) werden Mieten erhoben, wie sie ein Privatmann auch nicht höher erheben würde. Kernener Arbeiterfamilien mit drei oder vier Kindern ist es schier unmöglich, hier eine Wohnung zu finden; in diesem Falle bleibt dann das Gemeindehaus III die einzige Zuflucht, wenn noch Wohnungen vorhanden sind.

Gewerkchaftliches.

Tarifverhandlungen der Böttcher. Der Centralverein der Böttcher, Filiale Berlin, nahm am 15. März in einer sehr gut besuchten Versammlung den Bericht der Verhandlungskommission über die am Tage vorher gemeinsam mit den Vertretern des Vereins der Brauereien Berlins (des sogenannten Ringes) abgehaltene Sitzung entgegen, die die Vereinbarung eines Tarifs bezweckte. Zunächst gab Lehmann ein Bild von den Verhandlungen. Die Brauereivertreter hatten gebundene Paraden. Auf die allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit auf 9 Stunden, die gefordert war, ließen sie sich nicht ein, obwohl ihnen entgegen gehalten wurde, daß die Böttcher die 9-stündige Arbeitszeit schon seit 14 Jahren hätten und zum Teil auch schon 9 Stunden gearbeitet werde, und daß die Böttcherarbeit eine schwerere sei, als die der Brauer. Die allgemeine Einführung eines Minimal-Lohns von 32 M. stieß auch erst auf Widerstand, wurde dann aber zugesagt. Vorbehaltlich der Zustimmung der Organisationen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer wurde ein Vertrag festgesetzt, der in der Hauptsache bestimmt: Der Wochenlohn beträgt 32 M. (wo er nicht schon höher ist), die Arbeitszeit 9 1/2 Stunden ausschließlich der Pausen. Stadtarbeit ist verboten. Für Ueberstunden werden 60 Pf. gezahlt. Die Lohnzahlung erfolgt, wenn es die Mehrheit der Arbeitnehmer verlangt, des Freitags während der Arbeitszeit. Die Arbeit beginnt früh 6 Uhr. Wo bereits bessere Arbeitsbedingungen bestehen, bleiben sie erhalten. Die Gewährung von Freizeit erfolgt nach dem zur Zeit in den einzelnen Brauereien bestehenden Bedingungen. Gebläse Umlieferungen und Wäsche- und Waschlagerungen müssen entsprechend der Zahl der Beschäftigten vorhanden sein. Für gute Raucherzüge muß gesorgt werden. Bei allen Streitigkeiten aus dem Vertrage entscheidet (nach vergeblichem Einigungsversuch durch den Vertreter der Organisation) das Einigungsamt. Der Vertrag soll bindend sein vom 1. April 1904 bis zum 1. April 1907 und soll ferner auf ein Jahr weiter bestehen, wenn er nicht 1/3 Jahr vor Ablauf gekündigt wird. — Aus den näheren Mitteilungen verschiedener Kommissionsmitglieder ist noch interessant: Dem Verein der Brauereien ist vom Scharfmacherverband der Metallindustriellen nahe gelegt worden, doch nicht immer in der geübten Weise mit den Verbänden seiner Arbeitnehmer zu verhandeln usw. Aus den Verhandlungen ging hervor, daß die Brauereien glauben, die gemäß § 618 des Bürgerlichen Gesetzbuchs den Arbeitern gewährten Vorteile nicht auf die Dauer aufrecht erhalten zu können. Angehängt soll dies ihnen schon 150 000 M. gekostet haben. Demgegenüber wurde aus der Versammlung heraus festgestellt, daß bei Erkrankungen usw. fast nie ein „Vice“ eingestellt werde. Die Arbeit müsse so lange von den andern Leuten mitgemacht werden, so daß der Lohn erspart werde und somit die Brauerei keinen Nachteil habe. Großen Anstoß erregte in der Versammlung die ihr mitgeteilte Neuzugang des Herrn Haysold, er habe noch nie einen Böttcher Schwelgtropfen verlieren sehen. Im Laufe der sehr lebhaften Debatte wurde von verschiedenen Rednern das Bewilligte als sehr wichtig bezeichnet und mit Rücksicht darauf vor allem gegen die geplante lange Vertragsdauer und Kündigungsgesetz angeknüpft. Einige Kommissionsmitglieder und andre Redner traten darauf hinzu ein, das Gebotene zu akzeptieren, weil nicht mehr zu erreichen sein werde. Ueber die Vertragsdauer lasse sich ja reden. Schließlich wurde mit großer Mehrheit beschlossen, die Bedingungen des Vertrags mit der Maßgabe anzunehmen, daß jede zeitliche Bedingung ausgeglichen werde.

Ueber die Stellung zu den ringfreien Brauereien wurde dann verhandelt. Die Brauerei Börow will sich dem anschließen, was der Verein der Brauereien bewilligt. Es soll ihr Mitteilung darüber gemacht werden. Die Versammlung hielt es für selbst-

verständlich, daß auf sie, ebenso wie auf die andern, der Passus: „Bessere Arbeitsbedingungen, die schon vorhanden sind, bleiben bestehen“, Anwendung finde. An die Brauerei Pöschel soll daselbe geschrieben werden, mit dem Ersuchen, sich im übrigen den Vereinbarungen anzuschließen. Den übrigen ringfreien Brauereien gegenüber, die noch 9 1/2-stündige Arbeitszeit haben, sollen die Tarifforderungen (darunter die 9-stündige Arbeitszeit) aufrecht erhalten werden.

Im „Verschiedenen“ wurde mitgeteilt, daß im böhmischen Brauhaus noch Stadtarbeit gemacht wird. Das müsse nun aufhören.

Aus der Frauenbewegung.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Montag, den 21. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in den Arminhallen, Komandantenstraße 20: Vortrag des Herrn Dr. Osborn über: „Weinier, ein Maler und Bildhauer der Arbeiterwelt“ (mit Lichtbildern). Gäste willkommen. Der Vorstand.

Neu-Weißensee. Der Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse hielt am 14. März, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Schwegel, König-Chaussee 38, eine sehr gut besuchte Mitglieder-Versammlung ab, in welcher Herr Dr. Maurenbrecher einen Vortrag über: „Die Liebe“ hielt. Durch reichen Beifall dankte die Versammlung Herrn Dr. Maurenbrecher für den ausgezeichneten Vortrag. Die nächste Mitglieder-Versammlung findet Montag, den 11. April, statt; in derselben wird Herr Dr. Böder einen Vortrag halten. Gäste willkommen.

Verfammlungen.

Lichtenberg. Reichstags-Abgeordneter Genosse Rosenbuh sprach hier in einer gut besuchten Volksversammlung über die „Gewerbegerichts“. Der Redner wies auf die Bedeutung der Gewerbegerichts hin und ermahnte die Anwesenden, bei der am Freitag, den 18. März, in der Zeit von 3 Uhr nachmittags bis 8 Uhr abends stattfindenden Ersatzwahl zum Lichtenberger Gewerbegericht ihre Schuldigkeit zu thun. Eine kurze Diskussion schloß sich an das beifällig aufgenommene Referat. Das Wahlkomitee gab dann noch die Bezirkseinteilung bekannt, nannte die Namen der Kandidaten, die den Beteiligten durch 30 000 Flugblätter bekannt gegeben seien, und ermahnte die Genossen, bis zum Freitag die Saumigen aufzumuntern, um so den gewohnten Wahlsieg der Lichtenberger Genossen einen neuen glänzenden Erfolg hinzuzufügen. Die Genossen, die sich zur Wahlhilfe zur Verfügung stellen wollen, sind ersucht, sich in den folgenden Wahllokalen einzufinden: Schwarz, Dorfstraße; Gürsch, Frankfurter Chaussee 86; Häßlich, Frankfurter Chaussee 120, und Schürhaus, Kronprinzstr. 10.

Berlin der Friseurgehilfen Deutschlands (Zweigverein Berlin). Donnerstag, 17. März, abends 10 Uhr: Außerordentliche Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Wahlmündungsantrag. 2. Vortrag des Genossen Stepp: „Die Bedeutung des 18. März“. — Zweigverein Rixdorf. Donnerstag, den 17. d. M., abends 10 Uhr, bei Hoppe, Berlinerstr. 14: Außerordentliche Generalversammlung.

Vermischtes.

Eine ganze Gemeinde von plötzlichem Wahnsinn befallen. Ein außerordentliches Ereignis hat sich, wie aus Kifabon gemeldet wird, im Dorfe Monturo zugetragen. Die ganze Gemeinde ist von plötzlichem Wahnsinn befallen worden. Ein transer Greis hatte Bewußtsein und Bewegungsfähigkeit verloren, so daß ihn die Nachbarn für tot hielten. Man begann mit den Beerdigungsvorbereitungen. Als aber der Ortsbarbier den Mann zu walchen begann, erwachte dieser aus seiner Ohnmacht und fing jämmerlich zu schreien an. Die Umstehenden stoben auf den Marktplatz. Dort hin wurde die ganze Gemeinde zusammenberufen, und man beschloß, sich schleunigst in die Kirche zu begeben, um sich vor der Verfolgung des Bösen zu retten. Bald war die Dorfkirche bis auf den letzten Platz gefüllt. Allen voran eilte der Barbier. Er entledigte sich aller Kleider, sprang auf den Altar, hängte sich ein Heiligenbild um den Hals und behauptete, daß er ein Erzengel sei, der den Teufel bekriegen müsse. Er befahl dann der gehoramen Gemeinde, ihn anzubeten, und schließlich muhten sich alle, Männer und Frauen, gänzlich entkleiden und paarweise, wie Adam und Eva, vor dem Altar vorbeimarshieren. Alle gehörten ohne den geringsten Widerspruch. Dann nahm der Barbier das Kreuz, stellte sich an die Spitze des Zuges, befahl der Gemeinde, auf allen Knien hinter ihm herzukriechen, und verließ so die Kirche, um den Kampf mit dem Teufel aufzunehmen. Viele der Gemeindeglieder sollen unheilbar verriickt geworden sein und, wie es ihnen der Erzengel befohlen, nur noch nackt einhergehen wollen. Der Bischof hat die Kirche wegen grober Entweihung bis auf weiteres schließen lassen.

Marktpreise von Berlin am 15. März 1904

nach Ermittlungen des lgl. Polizeipräsidiums		Kartoffeln, neue D.-Gr.		7,50	6,00	
*Weizen, gut D.-Gr.	17,25	17,32	Kindfleisch, steile 1 kg	1,80	1,30	
mittel	17,29	17,26	do. Bauch	1,40	1,10	
gering	17,23	17,20	Schweinefleisch	1,60	1,00	
*Roggen, gut	13,05	—	Kalbsteck	1,80	1,20	
mittel	—	—	Dammelfleisch	1,80	1,20	
gering	—	—	Butter	2,80	2,00	
†Gerste, gut	14,40	13,30	Eier 60 Stück	4,00	3,00	
mittel	13,20	12,10	Karpfen 1 kg	2,40	1,20	
gering	12,00	11,00	Hale	3,00	1,40	
†Hafer, gut	15,50	14,50	Hamber	2,80	1,20	
mittel	14,40	13,40	Hechte	2,20	1,20	
gering	13,30	12,40	Sardine	1,80	0,80	
Nichtstrod	3,52	3,32	Schleie	3,00	1,40	
Getr	6,90	4,90	Hefe	1,40	0,80	
Erbsen	40,00	28,00	Rebhe	per Schock	15,00	3,00
Speisebohnen	50,00	26,00				
Kinlen	60,00	25,00				

* ab Bahn. † frei Wagen und ab Bahn.

Witterungsübericht vom 16. März 1904, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometere hohd mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. p. G. u. G.	Stationen	Barometere hohd mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. p. G. u. G.
Stolte	763,5	SW	2	Wolkig	0	Paparbunda	756	SH	1	mollent	-24
Hamburg	765	SW	2	Rebel	1	Belersburg	749	SW	1	Schnee	-1
Berlin	765	SW	2	Wolkig	-1	Forst	—	—	—	—	—
Frankf. a. M.	764,8	3	Wald	bd	—	Werbeben	—	—	—	—	—
München	762	SD	3	Ragen	2	Paris	764	SD	3	bedeckt	2
Wien	763	SW	1	Ragen	6						

Weiter-Prognose für Donnerstag, den 17. März 1904. Etwas mürmer, zunächst heiter und trocken bei schwachen südlichen Winden, später zunehmende Bewölkung. Berliner Wetterbureau.

Briefkasten der Redaktion.

Freundinnen. Nicht vernehmbar. — **Krankenkasse.** Senden Sie sich an August Hinte, Bankstr. 31b. Kassen, welche durch Ingerate Mitglieder suchen, sind meistens nicht zu empfehlen.

Juristischer Teil.

Die juristische Erbschaft findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Öffnung: 7 Uhr.
R. G. 99. Köpenick. Ueber mit dem ersten Vermierer geschlossener Mitgliedschaft gilt auch für den jetzigen Besitzer, falls dieser durch Kauf — ohne Substitution — Eigentümer geworden ist. So weit ohne Einfluß in Ihren Vertrag ersichtlich, können Sie zum 1. April stehen, wenn Sie bis spätestens am 3. Januar gekündigt haben. — **C. 35.** Anfragen, die sich

Freie Volksbühne.

Sonnabend, den 19. März, abends 8 1/2 Uhr, Brauerei Friedrichshain:

Internationaler Musik-Abend (Märzfeier)

(deutsche, französische, slawische Musik) — Orchester- und Vokal-Konzert.

Mitwirkende: **Philharmonisches Blas-Orchester** (52 Künstler)
Dirigent **Franz v. Blon**. — Konzert-Sängerin: Fräulein **Martha Meyer**.
Opernsänger: Herr **Richard Henkel**. — Recitation: Herr **Edgar Licho**.
Am Klavier: Herr Kapellmeister **Leonhardt**.

Festmarken a 50 Pf. sind in den 36 Zahlstellen zu haben.

Sonntag, den 20. März, nachmittags 2 1/2 Uhr:

Lesung-Theater 1. Abteilung: **Zapfenstreich.** | Metropol-Theater 13./14. Abteilung: **Medea.**

General-Versammlung: Donnerstag, den 31. März.

Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

Gegen Wanzen
Kresomalle
unfehlbar.
Fast überall zu haben. [2611b]

Für Laubenbauer
Breiter, Latten, Stiele, Dachpappe,
Spalterleiten billig. 44212
Charlottenburg, Bismarckstr. 89.



Dr. Simmel, Prinzen-
Str. 41.
Spezialarzt für
Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7. Sonntags 10-12 2-4.

Dr. Schönemann
Spezialarzt für Haut-, Harn- und
Frauenleiden, Seydelstr. 9.
1/2 12-1/2, 3/4 6-1/2, 8. Sonnt. 9-11

Arbeiter-Bildungsschule Berlin.

Sonntag, den 20. März 1904

im Gewerkschaftshause (grosser Saal), Engel-Ufer No. 15:

Volks-Lieder-Abend

bestehend in **Fest-Vortrag** — **Gesang** (Solis und Duette).
Mitwirkende: Fr. Ella Goede (Alt), Fr. Käthe Albrecht (Sopran), Herr Ernst
Heine (Baryton), Herr Kapellmeister **Hans Marcuse** (Begleitung).
Herr **Dr. Rudolf Steiner**: **Fest-Vortrag** über „Joh. Gottfr. Herder und das
deutsche Volkslied“.

Folgende Lieder gelangen zum Vortrag

Lieder für Baryton: All meine Gedanken. —
Untrene und Trost Morgengesang. —
Der Wirtin Töchterlein. Der Bote.
Lieder für Alt: Da unten im Thale. Feins-
liebchen Erkönig. Unter allen auf
dieser Erden. Die Sendung Röschen
wollen wir tanzen.
Duette für Sopran und Alt: Der kurze
Frühling. Wäg der Liebe. Flug der Liebe.
Lieder für Sopran: Die Echo. Röslein
auf der Heide. Die Sonne scheint
nicht mehr.
Duette für Sopran und Baryton: Es steht
eine Linde. Ach, wie ist es möglich dann.

Billetts a 50 Pf. inkl. Programm und Garderobe sind in den Zahlstellen der Schule
und an der Kasse zu haben. — Eröffnung 6 Uhr, — Beginn 7 Uhr.

Nachdem: **Grosser Ball.**

Restaurant „Forsthaus“

Hermisdorf an der Nordbahn, rechter Bahnaufgang.
Inhaber: Karl Dimke. 44822
Dentlicher Garten und Saal, Regelmässige Ausspannung, Station für Radfahrer.
Familien-Kaffee. — Für gute Speisen u. Getränke wird bestens gesorgt.
Kernsprecher: Amt Tegeel Nr. 162.

Das beste Husten-Mittel

sind die allbewährten, echten **Spitzwegerichsaft-Doubons**,
vorzüglich im Geschmack, sicher in der Wirkung und billig im Gebrauch, nur
allein echt zu haben bei **Gustav Behm**, Frankfurter Allee 120:
Rixdorf, Hermannstrasse 16. 42962

Künstl. Zähne

fadellose Ausführung
von 3- Mk. Plomben y. 2- Mk. an.
Max Guckel, Lausitzer
Platz 2.
Verzögerung erhält 4 Mk. Ermässigung
bei Auftrag v. 20- Mk., unter 20- 2 Mk.
Teilzahlung gestattet.

Jedes **5 Pfennig.**
Wort: **5** Das erste
festgedruckte
Wort 10 Pf. Worte mit mehr
als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste
Nummer werden
in den Annahmestellen für Berlin
bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr,
in der Hauptexpedition Linden-
strasse 69 bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Restaurations-Debitoren, gut-
gebend, Billard- und Vereinszimmer,
Jahreslohn. Monatlich 50-60 Gulde
Barisch, 12 Gulde Weibler, verkauft
hier, Alte Jakobstrasse 119. 21888

Zeitungsgeschäft zu verkaufen
Näheres Mars, Kottbusser-Strasse 96. *

Wichtig Einadruckten 1000 Kart.
halb eingezumt, verkauft Gahner
Siedl, Fiedersdorf. 26276

Gardinenhaus George Frankfurter-
strasse 9, parterre. 137*

Vorjährige Herrenanzüge, Winter-
paletots, Beinkleider, aus feinsten
Wollstoffen (pottbillig) täglich, Son-
tagsverkauf. Deutsches Verbandshaus,
Jägerstrasse 63, I. 20838*

Ueberschieber, Herrenanzüge, wenig
genutzte Kommoden, Koffer
von 6 Mark an, große Auswahl, für
jede Figur passend, auch neue, zurück-
gekauft, läuft man am billigsten direkt
nur beim Schneidermeister Fürtzschell,
Rosenthalerstrasse 15 III. 106/20*

Damenkleider 1,00, Herrenklei-
der, Beinkleider 1,25, auch Anzüge,
Kostjachen 1,25. Nur eigenes Fabrikat.
22000 Wägelchen, Weidenweg 23.
Gebrüder 1888. 26768*

Teppiche! (Jehelbaste) in allen
Größen für die Hälfte des Wertes
im Teppichlager Bruns, Haderstr.
Markt 4, Bahnhofsstr. 93/22*

Teppiche, Vorleger, Diwandeden
pottbillig Leibhaus Reanderstrasse 6.

Regulatoren, Remontoirnuten,
Uhrketten, pottbillig Leibhaus Reander-
strasse 6.

Spiegel, Bilder, Pianino, Möbel
pottbillig Leibhaus Reanderstrasse 6.

Gardinen, Stores, Vorhänge
pottbillig Leibhaus Reanderstrasse 6.

Gelegenheitskäufe: Paletots, An-
züge, Hosen, Kessel, Betten, Teppiche,
Schirme pottbillig. Lude, Dranten-
strasse 131. 26996*

Reiseflächer, Operngläser, Koffer,
Kedden, Taschen, Reisezeuge,
Bücher, Harmonikas, Geigen pott-
billig. Lude, Drantenstrasse 131. *

Möbelmagazin Meyer, Invaliden-
strasse 38, Hecht Möbel, Teppiche,
Gardinen. Ganze Ausstattungen,
einzeln Stücke. Beste Ausführung,
billigste Preise. Coullante Bedin-
gungen. 21578*

Möbelkäufer empfehle meine
Möbelschleifer für Wohnungs-
einrichtungen. Moderne Küchen, Wun-
derbare Gärten. Neell, billig. Teil-
zahlung. Garantie. Harnsd, Dres-
denerstrasse 124. 26128*

Ruhbaummöbel. Verschiedene ge-
legene Einrichtungen, darunter hoch-
feine Salongarnituren, Paneele, Sofas,
Ruhbaumplatinos, Büchertische, An-
fischelstühle, Ruhbaumstühle,
Schreibtische 26,00, Ruhebetten mit
Chaiselonguebede 22,50, Säulen-
trumeau, Facettenglas 30,00, präch-
tliche Salontische 18,00, wunder-
schöne Zimmerstühle 8,00, rechi-
telichte Hebergarnituren, Spachtelstühle,
Lüftungsbänke, Steppdecken, Salon-
bänke, Gashörner, Tischlampen, Gold-
matten, Salonstühle, Tischstühle, etc.
5,00. Verschiedene Gelegenheits (pott-
billig) Möbelkäuferer Lorenz, Allee,
Nationalstr. 25, An-
halter Bahnhofsstr. 25, Allee-
strasse 26788

1000 neue Nähmaschinen gebe auf
Wahlung, ohne Anzahlung. Lang-
schiff, hochartig, komplett, mit
allen Apparaten. Elegante Aus-
stattung, drei Jahre reelle Garantie.
Bellmann, Gellnowstrasse 29, nahe
der Landsbergerstrasse. Alle Maschinen
nehme in Zahlung. 26998*

Betten, Steppdecken, Tischdecken,
Bänke, Kleidungsstücke pottbillig
Leibhaus Reanderstrasse 6. 80/2

Möbelverkauf

passende Ge-
legenheit für Brautleute. Die Möbel-
fabrik Schönebergstrasse 2, Ecke Fiedrich-
strasse, liefert komplette Wohnungs-
einrichtungen zu 150, 200, 300, 400
Mark, hochlegante Einrichtungen bis
zu 1000 Mark und darüber. Teil-
zahlung bei geringen Anzahlungen
gestattet. Beamten ohne Anzahlung.
Staubend billig und empfehlenswert
sind die kurze Zeit vertrieben gewesenen
Möbel, zumal dieselben wie neu sind,
und damit zu räumen. Kleiderständer
24, Kommode 18, Sofa mit Auszug 30,
Beistelle mit Matratze 20, Büschel-
stühle, Vertikals 36, Salongarnitur,
Büschelgarnitur 106, Büschelstet-
tellen mit Matratzen 40, geschlichte
Büffette, Büschelstühle, Paneele, Sofas mit
Sattelstühlen 85, Schreibtisch 40,
Speisezimmer, englische Schlafzimmern,
Speisezimmer in Eichen, auch Ruh-
baum, Salons, Almhagen, auch
Jugendstil, sehr billig. Gelagerte Möbel
werden 3 Monate kostenfrei aufbew-
ahrt, durch eigene Gespanne geliefert,
auch nach auswärts. Rusterbach
gratis. Bitte genau auf Hausnummer
2 zu achten. 21788*

Möbelverkauf

In meiner Möbel-
fabrik, Gneisenstrasse 15, am
Halleischen Thor, stehen viele Woh-
nungseinrichtungen, vertrieben ge-
wesene und neue Ausstattungen zum
sehr billigen Verkauf. Teilzahlung bei
geringer Anzahlung gestattet.
Beamten ohne Anzahlung. Ich
biete gediegene Einrichtungen für
150, 200, 300, 400 Mark, hoch-
elegante von 500 bis 1000 Mark.
Ganz besonders empfehlenswert ist der
große Vorrat vertrieben gewesener und
zurückgekaufter Möbel, die noch fast neu
und im Preise bedeutend herabgesetzt
sind. Kleiderständer 24, Kommode 18,
Sofa mit Auszug 30, Beistelle mit
Matratze 20, Büschelstühle, Vertikals
36, Salongarnitur, Büschelgarnituren
106, Büschelstetellen mit Matratzen
40, geschlichte Büffette, Büschelstühle,
Paneele, Sofas mit Sattelstühlen 85,
Schreibtisch 40, Englische Schlaf-
zimmern, Speisezimmer, Salons,
auch Jugendstil. 21778*

Gelegenheitskäufe!

Büchertische
106, Paneele 56, Büschelbetten 32,
Kleiderständer, Vertikals 37, Verschieb-
schrank Allee 55, parterre. [26258]

Sofas

große Auswahl, von
21 Mark an, direkt in der Fabrik
Blumenstrasse 35 b. 21748*

Säulentrumeau

geschlichte, vierzig
Mark, elegantes Paneele, drei sechs
Mark. Stranzbergerstrasse 6a I. *

Kinderswagen

Kinderswagen, Kinderbeistellen,
Sportwagen, gedrehte, zurückgekauft
pottbillig. Schneider, Kurfürsten-
strasse 172. 22826*

Möbelgeschäfts-Einrichtungen

Büchertische, Kammern, Ruhe, Büschel-
stühle, Büschelgarnituren, etc.
billig. Jordan, Kleine Richard-
strasse 28. 21418*

Nähmaschinen

zahl bis 10,00,
wer Teilzahlung Nähmaschine kauft
oder nachweist. Alle Systeme, Woche
1,00. Vorkasse erbeten. Brauer, Vor-
dortstrasse 60. 118/0*

Rohräder

Teilzahlungen, hundert-
fünfzig Mark, Invalidenstrasse 148
(Eingang Bergstrasse), Stall-
strasse 40, Große Frankfurterstrasse 56.

1000 neue Nähmaschinen

gebe auf
Wahlung, ohne Anzahlung. Lang-
schiff, hochartig, komplett, mit
allen Apparaten. Elegante Aus-
stattung, drei Jahre reelle Garantie.
Bellmann, Gellnowstrasse 29, nahe
der Landsbergerstrasse. Alle Maschinen
nehme in Zahlung. 26998*

Betten

Steppdecken, Tischdecken,
Bänke, Kleidungsstücke pottbillig
Leibhaus Reanderstrasse 6. 80/2

Teppiche mit

herausgehenden
niederlage Große Frankfurterstrasse 9,
parterre. 137*

Uhren, Ketten, Ringe, Brillanten,

Goldsachen, Regulatoren, pottbillig.
Lude, Drantenstrasse 131. 26996*

Radfahrer!

Ein Vollen Fahrrad-
laternen und erstklassige Pneumatics
(Dunlop, Continental etc.) ist sehr
billig zu verkaufen Markstraße 19. *

Nähmaschinen

sämtlicher Systeme
ohne Anzahlung, Woche 1,00. Vork-
kasse genügt. Frankfurter Allee 10,
am Ringbühlhof. 1142*

Nähmaschinen

ohne Anzahlung
aller Systeme, bis 10,00 Vergütung.
Vorkasse. Dreifisch, Rodenber-
strasse 39. 26426*

Abwasserpumpen

8,00. Sauger,
Rohre, Gartenpumpen, Gartenschläuche,
gebrauchte, neue, billig. Pumpenfabrik
Schroder, Hochstrasse 43. 26226*

Cigarren

2000 Stück, 16, 18 bis
200 Mark, nur reelle, gut abgelagerte
Ware. Expeditionspreis Neue Fried-
richstrasse 6. 21588*

Walzstrahl

blutbildend, für
Blutarme, Brustkranke, Schwächliche,
Gewichtszunahme, bessere Geschin-
dige, überhöhen, 14 Flaschen
3 Mark. 1/2 Lonne 3,50 erhaltene.
Nicht falschen, Qualität ent-
scheidet. Forter-Kellerei Ringler,
Bernauerstrasse 119. 106/7*

Vorjährige

hochpreisige Herren-
kleider aus feinsten Stoffen, 9-12
Mark. Verbandshaus Germania, Unter
den Linden 21. 21698*

Steppdecken

billig! Fabrik Große
Frankfurterstrasse 9, parterre. 137*

Verkauf

billig gutes Bett,
Gardinen, Uebergarnituren, Stores, Büschel-
stühle, Teppich, zwei elegante Stepp-
decken (alles neu). (Für Brautleute
Gelegenheit.) Hoffmann, Raum-
strasse 52. 26558

Restaurant

gut gebend, Woche
7-9 halbe, ist sofort billig zu ver-
kaufen. Brauerer hilft. Näheres
Drantenstrasse 4, Restaurant. 123

Junger Mann

verkauft Wirtschaft,
elegantes Paneele, Säulen-
garnitur, Säulenpiegel, Hader-
strasse 68, II links, Grubzettel, Ge-
haus. 26246

Ringschiffchen

Robbin, Schnell-
näher, ohne Anzahlung, Woche 1,00,
gedrehte 12,00, Röhrenstrasse 60/61,
Grenzauerstrasse 59/60 und Große
Frankfurterstrasse 43. 198*

Wollstoffe

Kammern, Ruhe,
Büschelstühle 27. 25476*

Schlafsofa

20,00, Beistelle, Matratze
15,00, wie neu, Pottbilligstrasse 23,
Teppiche. 81/8

Material

Gemüsegeschäft mit
Rolle verlässlich Nebenwärdert. 46,
Gehaus. 1114*

Herrenrad

Damenrad
pottbillig. Vithan, Uebanstrasse 181.

Kandaryelle

(Baustelle) in schöner
Lage, nahe Stadtbahnhof, erhält
Inventarlose Käufer für 1500
Mark einschließlich Baum. Def.
Michaelstrasse 18. 26726

Garnitur

Teppiche, verlässlich
Invalidenstrasse 126, Hof I. 81/10

Wirtschaft

verlässlich Chaussee-
strasse 95 I. 81/11

Verschiedenes.

Patentanwalt Dammann, Korb-
platz 57. 26476*

Rechtsbureau!

(Andreasplatz),
Grünerweg Verbindungsweg. Lang-
jähriger Gerichtsstand! Ma-
terierung! Eingabengeld! Steuer-
erstattung! 26246*

Rechtsbureau

Drummenstrasse
vierzig, Projektbald, Obelaga-
laden, Straßsacher, Altmontelachen,
Steuerfachen, Eingabengeld, Ma-
terierung. 26256*

Kunststoffserei

von Frau Kofsky,
Steinmetzstrasse 48, Duergebäude hoch-
parterre. 26256*

Aufpolierung!

Sofas, 6,00, Matratze
4,00, auch euhern Haut, Rahmann,
Blumenstrasse 35 b. 21738*

Handleise

Prinzstrasse 63,
Ede Innenstrasse, täglich 8-8, Sonn-
tags bis 2 Uhr geöffnet. 21898*

Fahrradgeschäft

auch direkt, Kup-
fer, Schönhauser Allee 163a. 93/19

Bücher

kauf, belebt Antiquariat
Kochstrasse 56, I. Amt I. 8831. *

Rechtsbureau

(Alexander-Platz 1)
Kurzstrasse 47. Altmontelachen,
Nagen, Interventionen, Unfallachen,
Eingabengeld, Steuerfachen, Ma-
terierung. 118/19

Der Stoff hat?

Herren-
anzüge mit Futter 15,00. Wagner,
Schneidemeister, Röhrenstrasse 9,
(Pottbilligstrasse). Ausmaß 9,
reelle billig. 81/9*

Ueberrunterriat

ohne Anfor-
derstrasse 14, II links. 1123*

Achtung!

30 Mark kostet der
Anzug, wer Stoff hat. Für ladellen
Sich Garantie. Aufschuß, Almen-
strasse 2. 26716*

Englischer Garten

Alexander-
strasse 27c. Zum ersten Osterfesttag
ist der große Saal frei geworden.

Steuerberatung

Klagen, Straf-
sachen, Unfallachen, Materierung
Holzmarktstrasse 48a, Laden. 1123*

Vermietungen.

Wohnungen.

Zwei Stuben, Küche, sofort Langen-
beckstrasse 2 zu vermieten. 81/1*

Unvermietete

Edle Spar-Platz
am Bahnhof Wedding, Wohnungen
von 3, 2 und 1 Zimmer, Küche, Zu-
behör, Kochgas, sofort oder später,
billig. 21518*

Schlafstellen.

Möblierte Schlafstelle, ungeniert,
lucht anständiges Fräulein im Ede-
hofen. Offerten unter H. K. 24 Post-
amt Dierstrasse. 123

Mietsgesuche.

Zuche sofort möblierte Schlafstelle
für zwei Herren (Prüder) im Ede-
hofen. Offerten unter H. K. 24 Post-
amt Dierstrasse. 123

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.

Niemenlatzer sucht Ernst Schulz,
Ludauerstrasse 11. 21898*

Teichwache gesucht, dauernde
Stellung, Gebirge, Altmontelachen,
Häcker, Neu-Weihenfer, Langhaus-
strasse 4. 1133*

Tüchtige Farbmalerei verlangt
Straußstrasse 39. 1145

Farbmaler, Weinod, Weihen-
fer, Weihenburgerstrasse 5. 1146

Tüchtiger Steinmetz, flottes Schiffs-
bauer, auf Baumstämme und son-
stige Verzierungen gut bewandert,
aber nur solcher, sofort verlangt
Stelle dauernd. Copel, Nordend.

Gründer (Hilfsplatten-Seher (bauernde
Beschäftigung) verlangt. Rixdorf, Mün-
denerstrasse 11. 1132

Einem tüchtigen Rahmenschneider,
erste Kraft, suchen Hans Ost u. Cie.,
Kurfürstenstrasse 146. 26815

Lehrling für Versicherungsbureau
verlangt. Offerten: Heinrich, Prinz
Handjerystrasse 7. 1132

Mehrere Kammacher und
Schleifer verlangt Kammacher
Kampfenstrasse 128. 21918

Tüchtiger Steinmetz und Schiffs-
bauer verlangt Christianen, Röhren-
strasse 144. 26676

Kartonarbeiterinnen, geübte,
verlangt Raumann, Stallstrasse
strasse 3a. 81/1*

Junge Lehrlinge verlangt
Kartondruckerei Dresdenstrasse 97. 81/7

Kartonarbeiterinnen bei gutem
Verdienst verlangt Sturzebecher,
Dresdenerstrasse 97. 81/6*

Musenbenden. Dauernde Arbeit
suchen große Arbeitstuden auf Futter-
blumen oder Pottbillig. Verlegung
von Probenarbeit und Redenbuch
S. & E. Adam, Spittelmarkt 2. 26636